
A
ARCHITEKTUR
DER DDR
2'79
Preis 5,– Mark
kontakt
kontakt
POST
melodie
Dampf-Bäcker

Die Zeitschrift „Architektur der DDR"
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

Bestellungen nehmen entgegen
Für Buchhandlungen:
Buchexport, Volkseigener Außenhandelsbetrieb der DDR, DDR – 701 Leipzig
Leninstraße 16
Für Endbezieher:
Internationale Buchhandlungen in den jeweiligen Ländern bzw. Zentralantiquariat der DDR
DDR – 701 Leipzig
Talstraße 29

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR"
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin
Französische Straße 13–14
Telefon: 2 04 12 67 · 2 04 12 68 · 2 04 12 66 · 2 04 13 14
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik
Artikelnummer: 5236

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Dipl.-Ök. Siegfried Seeliger
Telefon 2 04 10
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 11-22-29 trave Berlin (Bauwesenverlag)

Gesamtherstellung

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in GDR
P 12/79 und P 3/3/79 bis P 3/12/79

Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung Berlin
1054 Berlin, Hauptstadt der DDR
Wilhelm-Pieck-Str. 49, Fernruf: 2 26 27 12
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen der Bezirke der DDR
Gültiger Preiskatalog 286/1

Archit. DDR, Berlin **28** (1979), Febr., 2, S. 65–128
ISSN 0323-3413

Im nächsten Heft:

Architektur und bildende Kunst bei der Gestaltung der Wohnumwelt
Krankenhaus Halle-Neustadt
Kreispoliklinik in Ilmenau
Klinik in Karl-Marx-Stadt
Mensabauten in Halle, Berlin, Leipzig, Dresden, Wismar
Ambulatorien in Suhl und Dresden

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 30. November 1978
Illusdruckteil: 8. Dezember 1978

Titelbild:

Fußgängerbereich Hermann-Matern-Straße in Schwerin
Blick in Richtung Pfaffenteich
Foto: Rainer Lehmann, Berlin

Fotonachweis:

Irma Schmidt, Rostock (3); Inge Blohm, Berlin (2); Ernst Hellner, Schönbach/OL (1); Rainer Lehmann, Berlin (2); Walter Thonagel, Schwerin (9); Ulrike Rosenmüller, Neubrandenburg (5); Helmut Güttner, Berlin (5); Bauinformation/Wurlitzer (2); DEWAG-Werbung Berlin (1); Institut für Denkmalpflege/Fritz (2); Friedemann Seeger, Bernau (2); Kurt Schwarzer, Berlin (5); Michael Kröber, Halle (5); Felix Immisch, Delitzsch (1); Gerhard Koch, Rostock (5); Werner Rietdorf, Berlin (10); Ulrich Frewel, Potsdam (1); Institut für Denkmalpflege, Außenstelle Halle (1); Rudolf Hartmetz, Schwedt (1); ADN/ZB-Link (1); Ernst Gahler, Rostock (4); Hanjo Volster, Wismar (1); Günter Ewald, Stralsund (1)



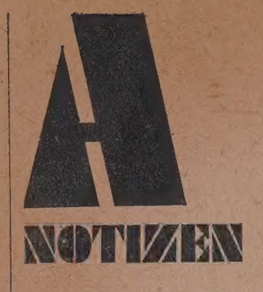
ARCHITEKTUR DER DDR

XXVIII. JAHRGANG · BERLIN · FEBRUAR 1979

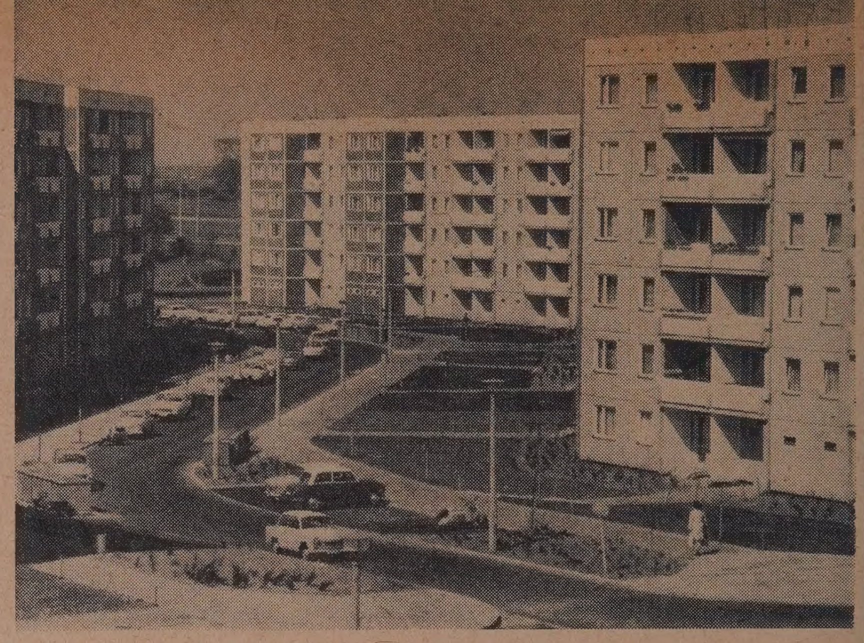
Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Prof. Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionelle Mitarbeiterin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



NOTIZEN



Mehrgeschossige Wohnbauten in Rostock-Evershagen

Arbeitsprogramm bis 1980 unterzeichnet

Im November 1978 führten die Präsidien der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Bauakademie der DDR eine gemeinsame Beratung durch.

In dem von Prof. Dr. Ulrich Hofmann, Vizepräsident für Forschung und Planung der Akademie der Wissenschaften, und Prof. Dr. Joachim Tesch, 1. Stellvertreter des Präsidenten der Bauakademie, erstatteten Bericht wurden die Ergebnisse der Zusammenarbeit seit dem IX. Parteitag der SED dargelegt. Wertvolle Beiträge zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Bauwesen wurden zum Beispiel durch die Weiterentwicklung von Wandkonstruktionen, die Rationalisierung im Kernkraftwerksbau und Untersuchungen zu ausgewählten Kommunikations- und Lebensgebieten der Bevölkerung erbracht.

Der Präsident der Bauakademie, Prof. Dr. sc. techn. Hans Fritsche, sprach zu Grundrichtungen der Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Bauwesen und zu Schwerpunkten der Bauforschung im Zeitraum 1981 bis 1990. Wesentliche Gesichtspunkte sind die Erhöhung der sozialökonomischen Wirksamkeit des Bauens durch Verbesserung der Qualität der städtebaulichen Lösungen und der Gebrauchswerte für Gebäude und bauliche Anlagen bei Einhaltung der staatlichen Normative sowie die weitere Entwicklung des technologischen Niveaus der Vorfertigungs- und Bauprozesse. Forschungsergebnisse zur Senkung des Bauaufwandes und des Material- und Energieeinsatzes werden zur Erhöhung der Effektivität des Bauens beitragen. Dabei stellte er die Entwicklung neuer Herstellungsverfahren bei der Anwendung einheimischer Rohstoffe und von Sekundärrohstoffen als wichtige Forschungsaufgabe heraus.

Der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Hermann Klare, würdigte in seiner Zusammenfassung der Beratung die bisherige Zusammenarbeit und erklärte, daß die sozialistische Forschungskooperation beider Akademien zu Forschungsresultaten führen werde, die über einen längeren Zeitraum entscheidende Wirkung auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausüben und daß es gelte, diese mit hohem ökonomischem Nutzen in die Produktion zu überführen.

Das anläßlich der Beratung unterzeichnete Arbeitsprogramm bis 1980 ist auf die Lösung der Aufgaben für die Rekonstruktion von Gebäuden und baulichen Anlagen der Industrie, die Senkung des Energieverbrauchs in Wohn-, Gesellschafts- und Industriebauten sowie die Rationalisierung der Herstellungs- und Verarbeitungsprozesse von Fertigteil- und Monolithbeton gerichtet.

Vielfältige Initiativen beim Bau von Eigenheimen

Der Eigenheimbau, wichtiger Bestandteil des Wohnungsbauprogramms, gewinnt besonders auf dem Lande ständig an Bedeutung. In der Zeit vom Januar 1976 bis Oktober 1978 wurden rund 30 000 Eigenheime fertiggestellt. Die Gesamtzahl der Ende 1978 im Bau befindlichen Objekte war um 30 Prozent höher als zum gleichen Zeitraum im Jahre 1977. Damit ergeben sich gute Voraussetzungen, auch in den Jahren 1979 und 1980 die anteiligen Ziele im Fünfjahrplan zu erreichen und zu überbieten. Diese Zahlen belegen die Bereitschaft der Bürger, mit eigenen Leistungen zur Verbesserung der Wohnbedingungen beizutragen. Diese Bereitschaft wird wirkungsvoll unterstützt durch Beschlüsse des Ministerrats aus dem Jahre 1976 und durch die Eigenheimverordnung vom August 1978, die den örtlichen Organen größere Rechte und Pflichten übertrugen und die Genehmigungsverfahren wesentlich vereinfachen.

Architekturwettbewerb 1979

Um die besten Bauten geht es demnächst wieder im „Architekturwettbewerb 1979", den die Redaktion der Zeitschrift „Architektur der DDR" in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bauwesen und dem Bund der Architekten der DDR anläßlich des 30. Jahrestages unserer Republik ausschreibt. Die Wettbewerbsausschreibung wird Anfang März dieses Jahres bei allen Bezirksvorständen unseres Architektenverbandes vorliegen und Interessenten zur Verfügung stehen. Außerdem wird die Ausschreibung im Heft 4/1979 unserer Zeitschrift veröffentlicht.

Teilnehmen können wieder alle Architekten, die ihren ständigen Wohnsitz in der DDR haben.

Vormerken sollte man sich schon die Termine: Bis zum 15. 5. 1979 sind die Arbeiten bei der zuständigen BdA-Bezirksgruppe einzureichen und bis spätestens 10. 6. 1979 müssen sie im Bundessekretariat des BdA/DDR vorliegen.

Ausstellung über Wohnungsbau

Im November vorigen Jahres wurde im Budapester Kultur- und Informationszentrum der DDR eine Ausstellung über den Wohnungsbau in der DDR gezeigt. Die Ausstellung, die im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Ungarischen Architektenverband vom BdA/DDR vorbereitet worden war, wurde vom BdA-Präsidenten Prof. Dr.-Ing. Urbanski im Beisein zahlreicher ungarischer Architekten eröffnet.

Eröffnung der Ausstellung „Wohnungsbau in der DDR" im November 1978 in Budapest



Stadtgestaltung und bildende Kunst

„Stadtbild – Stadtgestaltung und die Funktion der bildenden Kunst" ist der Titel des nunmehr in deutscher und französischer Sprache vorliegenden Protokollbandes von einem Kolloquium der Kommission „Kunst und Umwelt" bei der Internationalen Kunstkritikervereinigung AICA, das zum gleichen Thema Ende 1977 in Gera stattfand.

Diesem Kolloquium, an dem Kunstwissenschaftler, Architekten, Architekturtheoretiker, Soziologen und bildende Künstler aus 14 Ländern und Westberlin teilnahmen, waren bereits Treffen von Fachwissenschaftlern zum Thema der Gestaltung der gebauten Umwelt mit den Möglichkeiten der bildenden und angewandten Kunst vorausgegangen.

Der jetzt erschienene Protokollband des Geraer Kolloquiums ist über das Büro Internationale Organisationen – Bildende Kunst –, 104 Berlin, Tieckstraße 16, zu erwerben.

Ehrenmitgliedschaft verliehen

Dem Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Dr.-Ing. Urbanski, wurde die Ehrenmitgliedschaft des Ungarischen Architektenverbandes verliehen. Bei der Verleihung im Hause der Architekten in Budapest würdigte Prof. Dr. Janos Böhönyey, der Präsident des Ungarischen Architektenverbandes die Leistungen von Prof. Urbanski und seine Verdienste um die Zusammenarbeit der Architekten der UVR und der DDR.

Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des ungarischen Architektenverbandes an den Präsidenten des BdA/DDR, Prof. Urbanski



Große Leistungen im genossenschaftlichen Wohnungsbau

Die Wohnungsbaugenossenschaften haben sich als eine wirksame Form erwiesen, um die aktive Beteiligung der Bürger an der Lösung der Wohnungsprobleme und der Gestaltung der Wohnumwelt zu fördern. Ihre Mitglieder erbrachten beispielsweise 1977 für insgesamt 152 Millionen Mark Leistungen in materieller oder finanzieller Form

Die AWG stellen vorwiegend Neubauwohnungen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse von Arbeiterfamilien, zur Ansiedlung von Arbeitskräften, die für die mehrschichtige Nutzung betrieblicher Grundfonds benötigt werden, und zur Bildung von Stammbelegschaften in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben bereit. Sie sorgen dafür, daß die genossenschaftlichen Wohnungen in gutem Zustand erhalten, mit niedrigen Kosten verwaltet und bewirtschaftet werden und sich das gesellschaftliche Leben in den Wohngebieten ständig weiterentwickelt.

Seit 1971 konnten an AWG-Mitglieder etwa eine viertel Million Wohnungen übergeben werden, ein Drittel aller neu gebauten Wohnungen. Insgesamt verwalten sie gegenwärtig über 700 000 Wohnungen, das heißt, jede neunte in der DDR. Um die Ausführung von Klein- und Kleinstreparaturen zur Instandhaltung der Wohnungen zu sichern, entwickeln immer mehr Genossenschaften eigene Baureparaturabteilungen. 1978 führten sie Leistungen im Werte von über 31 Millionen Mark aus.



Eröffnung der Ausstellung des kubanischen Architektenverbandes in Berlin



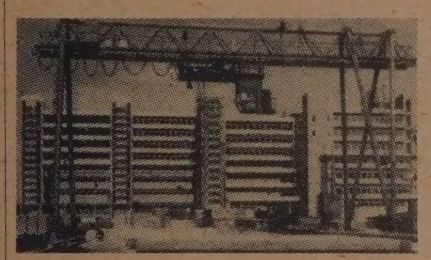
Neue Bergbaude auf dem Sniezka-Gipfel, VR Polen

Wohngebiet Alamar in Havanna

In den Räumen des BdA/DDR in Berlin wurde eine Ausstellung des Kubanischen Architektenverbandes über das Wohngebiet Alamar in Havanna gezeigt. Das im Bau befindliche Wohngebiet, das im Osten der kubanischen Hauptstadt mit günstigen Erholungsmöglichkeiten am Meer entsteht, wird künftig 150 000 Einwohner haben. Es wird außer mehr- und vielgeschossigen Wohnbauten zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen und nicht störende Arbeitsstätten umfassen.
Die Ausstellung, die in Berlin reges Interesse fand, wurde von Architekt Alberto Rodrigues, dem Leiter einer Delegation des Kubanischen Architektenverbandes eröffnet.

Zusammenarbeit mit Kubas Architekten

Zwischen der Organisation der kubanischen Architekten und dem BdA/DDR wurde Ende vorigen Jahres eine langfristige Vereinbarung über die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Verbände abgeschlossen. Zu den Vertragsverhandlungen weilten die kubanischen Architekten Alberto Rodrigues und Gregorio Alvarez in Berlin. Die Vereinbarung sieht unter anderem den Austausch von Delegationen zu Fachexkursionen, von Referenten und Experten sowie von Ausstellungen und Publikationen vor.
BdA-Präsident Prof. Dr.-Ing. Urbanski hob bei der Unterzeichnung der Vereinbarung das gemeinsame Bestreben beider Verbände hervor, besonders den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus zum gegenseitigen Nutzen zu vertiefen.



Technische Hochschule in Györ, UVR

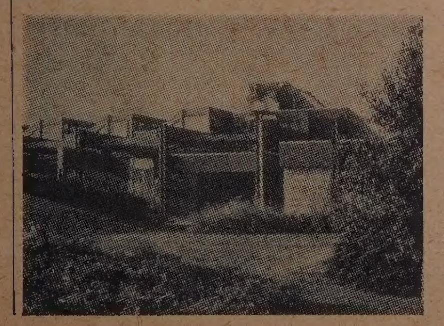


Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit dem kubanischen Architektenverband

Hochbauten sperren die Luft ab

Sechs klimatologische Gutachten in der BRD bestätigen, daß Hochhäuser in Stadtkernen die Luftzirkulation beeinträchtigen, und Hochbauten auf den Randhöhen rings um die Städte die Luftzufuhr behindern oder die Frischluft in eine falsche Richtung lenken. Dies träfe besonders für Ballungsgebiete mit kesselförmiger Topographie zu.

Reihenhäuser in Voisins-le-Bretonneux, Frankreich



Wohnungsbau in der ČSSR

Über eine Million Wohnungen sind im zurückliegenden Jahrzehnt in der ČSSR gebaut und der Bevölkerung übergeben worden. Das sind 357 000 Wohnungen mehr als in den zehn Jahren zuvor. Zugleich sind das fast die Hälfte aller Wohnungen, die seit 1948 in der ČSSR entstanden sind. Gegenwärtig leben etwa 60 Prozent aller Familien der ČSSR in Wohnungen, deren Ausstattung zum Beispiel mit Zentralheizung, Bad und warmem Wasser hohen Ansprüchen genügt. Als Kern des Sozialprogramms der PKTsch soll der Wohnungsbau auch in den kommenden Jahren mit ganzer Kraft fortgesetzt werden. Für Prag ist im laufenden Fünfjahrplan der Bau von 58 000 Wohnungen geplant.

Neues Solarheizsystem in Schweden

Ein neues Solarheizsystem, bei dem Luft als Wärmeträger verwendet wird, ist in Schweden entwickelt worden. Der Sonnenwärme-Kollektor arbeitet nach einem Zweiwegprinzip, wodurch der Kollektor nur eine geringe thermische Masse benötigt. Das bedeutet, daß auch kurze Sonnenaugenblicke von ein bis zwei Minuten ausgenutzt werden können. Der Kollektorkörper besteht aus geformtem Isoliermaterial und dient als kombinierter Isolator und Träger. Er enthält auch den Luftauffangkanal und trägt zwei Kollektorenelemente, von denen jedes 600 mm × 600 mm mißt und nur 300 g wiegt. Das Baumodul umfaßt vier Kollektorkörper mit acht Elementen, vier Zwischengläsern und zwei Außengläsern.



1
2



Erhaltung historisch baukünstlerisch wertvoller Stadtkerne

Dr. Hans Müller
Institut für Denkmalpflege

Im Fünfjahrplan ist festgelegt, 200 000 Altbauwohnungen bis 1980 zu modernisieren. Ein Vorhaben, in dem sich ökonomische Planung, volkswirtschaftliche Notwendigkeit, in gleichem Maße aber auch ein weitreichendes kulturpolitisches Anliegen widerspiegeln. Mehr als 10 bis 20 Prozent dieser zu rekonstruierenden Altbauwohnungen befinden sich in denkmalgeschützter und weitere 20 Prozent in „denkmalverdächtiger" Bausubstanz, das sind etwa 60 000 Wohnungen in rund 15 000 Häusern. Diese Häuser gehören zu unserem kulturhistorischen Erbe, der größte Teil von ihnen steht in historischen Stadtkernen. Ein rundes Dutzend dieser Altstädte, wie Stralsund, Freiberg, Görlitz, Quedlinburg, Weimar, Potsdam und Ludwigslust, zählt zu den Denkmalen der Stadtbaukunst von europäischem Rang.

Andere Altstädte – ihre Zahl ist um ein mehrfaches höher – sind durch historische baukünstlerische Ensembles ausgezeichnet, aber auch belastet, das sei nicht verheimlicht. Die mittelalterlichen oder barocken innerstädtischen Räume wurden vor allem in der kapitalistischen Epoche spekulativ überbaut. Damit ging eine Vernachlässigung vieler Kulturwerte einher und hinterließ gerade in solchen Städten breite Spuren. Naumburg, Zittau, Altenburg, Schwerin bergen solche Werte, die wir unbedingt erhalten müssen. Diese Feststellungen führen uns in die Problematik des Städtebaus und der städtebaulichen Denkmalpflege.

Auf dem IX. Parteitag der SED wurde darauf orientiert, die Planung und Errichtung von Neubaugebieten in engster Wechselbeziehung und unter Einbeziehung angrenzender Altbaugebiete und Stadtkerne vorzunehmen. „Indem wir Altes und Neues richtig kombinieren, erhalten wir den historisch gewachsenen Charakter unserer Städte und fügen ihnen zugleich Neues hinzu." Bei der Verwirklichung dieser Aufgabe gibt es unterschiedliche Wege, drei wollen wir hier andeuten.

Zentrumsfunktion bleibt erhalten

Der Wiederaufbau der in den letzten Kriegstagen fast völlig zerstörten Altstadt von Neubrandenburg kommt einer Stadtrekonstruktion nahe. Konnte auch keines der Fachwerkhäuser der mittelalterlichen Stadt neu errichtet werden, so bewahrt doch das Ensemble innerhalb der denkmalpflegerisch restaurierten und in ihren großartigen Torbauten gesellschaftlich neu erschlossenen Stadtbefestigung den historischen Charakter. Der mittelalterliche Grundriß wurde beachtet. Die Straßenfronten entstanden im Sinne der historischen Baufluchten, wenn auch die Formen aus den fünfziger Jahren später manch kritischer Anmerkung standhalten mußten. Heute sind sie für uns bereits wieder Spiegel einer wichtigen Etappe des sozialistischen Wiederaufbaus unserer Städte, besitzen also einen Denkmalwert!

Die Rekonstruktion der Altstadt von Wismar geht von einem dichten Bestand an denkmalwerten Fassaden und Bauzusam-

menhängen aus. Ihre Restaurierung schuf zunächst ein äußerlich attraktives Stadtbild. Auf diese Weise geben sich die kulturhistorischen Werte sogleich zu erkennen. Eine zweite und ebenso notwendige Phase der Rekonstruktion bildet dann die innere Sanierung und Erneuerung der Häuser, die der äußeren Aufwertung folgen muß.

In Stralsund verläuft die denkmalpflegerische Rekonstruktion im umgekehrten Sinn. Man geht hier von der Vollsanierung der denkmalwerten Einzelhäuser aus, die innerhalb des Stadtkerns das kulturhistorische Grundgerüst bilden und Maßstäbe für die notwendigen Neubauten abgeben.

Allen drei Rekonstruktionsvarianten – es sind nicht die einzigen – ist die Erkenntnis gemeinsam, daß dem historischen Stadtkern die ursprüngliche Zentrumsfunktion belassen bleiben muß, soll er die Funktion des geistig-kulturellen Mittelpunktes der sich erweiternden Gesamtstadt neu erfüllen. Von seinem Bestand an Denkmalen ist ein Stadtkern wie der Stralsunds, Freibergs oder auch vieler kleinerer Städte wie Lukkau, Klütz oder Borna dafür wie geschaffen.

Die Strukturen historischer Stadtkerne, ihre Verkehrswege und Baugrundverhältnisse werden stets die städtebaulich denkmalpflegerischen Planungen und Arbeiten prägen. Alleiniges Anwenden industrieller Fertigungsmethoden würde zu Eingriffen in kulturhistorische Substanz führen. Traditionelle Technologie und Bauausführung wird also stets die neuen Baumethoden begleiten müssen, besonders in Städten mit großer und ganz spezifischer Denkmaldichte wie der alten Fachwerkstatt Quedlinburg. Solche Rekonstruktionsmaßnahmen verlangen im Hinblick auf die erheblichen Mittel, die aufzuwenden sind, eine gründliche Vorbereitung.

Auf der Basis der Durchführungsbestimmung zum Denkmalpflegegesetz der DDR vom 19. Juni 1975 wurden die ersten VEB Denkmalpflege gebildet. Sie bieten eine Ausgangsposition für in Zukunft aufzubauende und mit regionalen Baubetrieben zusammenwirkende denkmalpflegerische Spezial-Bau- und Restaurierungskapazität.

Beliebte Fußgängerbereiche

Worin zeigen sich nun die typischen Ergebnisse zielgerichteter denkmalpflegerischer Rekonstruktion in unseren historischen Stadtkernen? Am deutlichsten sicher in den vielerorts zwischen den historischen Bauten gewonnenen Fußgängerbereichen. Die Gottwaldstraße in Halle, der Anger in Erfurt, die Klement-Gottwald-Straße in Potsdam bilden die jüngsten und schönsten Beispiele von Fußgängerstraßen. Wie auch die verkehrsüberflutete Großstadt sich ihres Denkmalbestandes bewußt wird, offenbart vor allem die Messemetropole Leipzig seit einigen Jahren mit der Restaurierung und bildkünstlerischen Erneuerung barocker Handelshäuser im alten Stadtkern. Daß in der modernen Großstadt durchaus Fußgänger und Automobil gemeinsam städtebauliche Räume nutzen können, beweist die Bewahrung des traditionellen Hauptverkehrsraumes Unter den Linden in der Hauptstadt Berlin.

Viele Städte bergen in ihren historischen Bauten auch Reserven für eine neue kulturelle Nutzung. So brachte die Erschließung der einstigen Franziskanerkirche und die Restaurierung des gotischen Rathauses in Frankfurt/Oder einen mehr als nur äußerlichen Zuwachs an kultureller Eigenart. In Neubrandenburg begann der Wiederausbau der Ruine der Marienkirche als Festhalle, das Schweriner Schloß – Baudenkmal der Kunst des 19. Jahrhunderts von europäischem Rang – wird unmittelbar neben Theater und Museum ein lebendiges kulturelles Zentrum bilden.

Drei Jahrzehnte sozialistischer Aufbau spiegeln sich in der großen Zahl neuer Wohn- und Industriegebiete, aber auch in alten Städten wider. Ihre Denkmale und ihre Charakteristika gehören nicht nur zu unserer Geschichte, sie sind ein Stück gesellschaftlicher Realität. In ihrer gesellschaftlichen Nutzung wie in der Mühe um die Erhaltung der Werte, um die restauratorisch-bildkünstlerische Erschließung und archetiktonische Erneuerung des Alten offenbart sich ein umfangreiches Stück Kulturpolitik und sozialistischer Gemeinschaftsarbeit von Wissenschaftlern, Arbeitern, Restauratoren und Heimatfreunden.



3

1
Blick in den Fußgängerbereich im Stadtzentrum von Potsdam

2
Das alte Rathaus in der Innenstadt von Gotha

3
Restaurierte Fachwerkhäuser in der Altstadt von Quedlinburg

4
Die rekonstruierte Klement-Gottwald-Straße in Halle

4





1

Das Wirken des subjektiven Faktors bei der Entwicklung von Siedlungen

Dr. H. Neumann
Dipl.-Soziologe H. Koch

Im Rahmen der planmäßigen Entwicklung der Siedlungen entsprechend den Bedürfnissen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, erfordern die rationelle Ausgestaltung der funktionsteiligen Beziehungen zwischen den Siedlungen, insbesondere aber die gezielte Weiterführung des territorialen Konzentrationsprozesses der Bevölkeuung ein tieferes Eindringen in die Zusammenhänge zwischen den objektiven territorialen Bedingungen und dem Wirken des subjektiven Faktors.

Besonders deutlich wird dies bei der Konzipierung von Maßnahmen zur aktiven Beeinflussung des **Migrationsprozesses**. Die objektiven Einflußfaktoren der Migration, die real existierenden territorial unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen (d. h. die konkreten Bedingungen für die Bedürfnisbefriedigung), bewirken die Migration nicht auf direktem Wege, sondern indirekt über die subjektive Bewertung des einzelnen bzw. sozialer Gruppen.

Die notwendige Kenntnis über das Wirken subjektiver Faktoren ist nur durch die Einbeziehung von Methoden der empirischen Sozialforschung möglich. Es ist dabei jedoch stets zu berücksichtigen, daß die Aussagefähigkeit von Ergebnissen soziologischer Erhebungen aus zwei Gründen eingeschränkt wird:

1. Befragungsergebnisse widerspiegeln Einstellungen und Verhaltensweisen unter den **gegenwärtigen** Bedingungen.
2. Eine von den Befragten erklärte Handlungsbereitschaft muß keinesfalls zwangsläufig mit der später folgenden tatsächlichen Handlung identisch sein.

Aus diesem Grunde müssen bei der Ableitung von Schlußfolgerungen für den Migrationsprozeß stets die Befragungsergebnisse und die realen territorialen Bedingungen **gleichzeitig** berücksichtigt werden.

Da für die planmäßige Entwicklung der Siedlungen insbesondere soziologische Forschungsergebnisse mit Aussagen über den **Grad der Bindung der Bevölkerung an den jetzigen Wohnort** von Interesse sind, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf diesen Problemkreis.

In der DDR gab es bisher nur wenige soziologische Erhebungen, die Fragen der räumlichen Mobilität beinhalten oder zumindest berücksichtigen. Sie beschränken sich zudem ausschließlich auf ländliche Siedlungen und Kleinstädte in ausgewählten Gebieten. Es handelt sich überwiegend um Erhebungen bezirklicher Planungsorgane. Besonders hervorzuheben ist die sehr detaillierte Untersuchung von Grünberg und Niemann (1977), bei der nicht nur die Migrationsbereitschaft, sondern auch die Motive der Migration erfragt wurden.

Durch das Institut für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR wurde eine Zusatzauswertung einer bereits vorliegenden soziologischen Erhebung, bei der u. a. die Migrationsbereitschaft und die Bewertung der Lebensbedingungen erfragt, aber nur z. T. unter territorialem Aspekt ausgewertet wurden, vorgenommen. Im Gegensatz zu bisherigen Erhebungen sind hier Siedlungen **aller** Größen erfaßt und eine größere Repräsentativität gewährleistet, da die Betriebe bzw. die Wohnorte der Betriebsangehörigen über das ganze DDR-Territorium verteilt sind. Es werden 5 Wohnortkategorien ausgewiesen, deren gebietstypische Differenzierung allerdings nicht möglich ist. Es sind die Wohnortkategorien

- Großstadt
- Rand der Großstadt
- Mittelstadt
- Kleinstadt
- Dorf

Die folgenden Aussagen stützen sich auf diese Erhebung. Es zeigt sich jedoch bei vergleichbaren Wohnortkategorien in der Grundtendenz eine weitgehende Übereinstimmung mit den Ergebnissen der bisherigen Befragungen.

Von der Gesamtheit der befragten Personen möchten über 70 Prozent am bisherigen Wohnort bleiben. Nur knapp 30 Prozent der



2

1
Neue Wohnbauten – hier in Frankfurt (Oder) – verbessern die Lebensverhältnisse in den Städten. Nach UNO-Statistiken ist die DDR jedoch das Land mit der geringsten Zuwachsrate der Stadtbevölkerung. Die weitaus meisten Menschen möchten ihren Wohnort nicht verändern.

2
Dorf oder Stadt? Die Gemeinde Dedelow ist ein Beispiel dafür, wie die Unterschiede zwischen Stadt und Land in der DDR immer mehr aufgehoben werden.

Befragten sind also potentielle Migranten, wobei – wie bereits dargelegt – davon ausgegangen werden muß, daß der Anteil derjenigen Personen, die tatsächlich die Absicht haben wegzuziehen, wesentlich geringer ist. Vergleicht man diesen Durchschnittswert mit den Ergebnissen einer ähnlichen Erhebung in der ČSSR, die ebenfalls im Landesmaßstab durchgeführt wurde (Kotacka 1974), so zeigt sich, daß die Migrationsbereitschaft dort höher ist als in der DDR (etwa 50 Prozent).

Der Unterschied erklärt sich vor allem durch die in der DDR wesentlich geringere Migrationsbereitschaft auf dem Lande. Während in der ČSSR nur etwa 1/3 der befragten Dorfbewohner am Wohnort bleiben möchte, entspricht deren Migrationsbereitschaft in der DDR etwa dem o. g. Durchschnittswert für die Gesamtheit der Befragten aller Wohnortkategorien. Die Migrationsbereitschaft der Dorfbewohner, die in dieser DDR-weiten Erhebung festgestellt wurde, ist weitgehend identisch mit den Ergebnissen der bisherigen Befragungen, die in der DDR in ausgewählten Gebieten in Landgemeinden durchgeführt wurden. Dort liegt der Anteil der Befragten, die am Wohnort bleiben möchten, zwischen 70 und 80 Prozent.

Ähnlich wie bei der Migrationsbereitschaft auf dem Lande ist auch bei den anderen Wohnortkategorien – mit Ausnahme der Kategorie „Rand der Großstadt" – die Abweichung vom DDR-Durchschnitt nicht allzu groß. Ist allein schon diese Tatsache bemerkenswert, so lassen sich trotzdem einige bedeutsame Unterschiede hinsichtlich der ermittelten Rangfolge sowie der jeweils bevorzugten Wohnortkategorien der potentiellen Migranten erkennen, die trotz aller notwendigen Einschränkungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Prognose der Migration und die Konzipierung von Maßnahmen zur Steuerung dieses Prozesses sind.

Die mit Abstand geringste Migrationsbereitschaft zeigt die Bevölkerung am **Rand der Großstadt**. Die darin zum Ausdruck kommende hohe Bewertung der Arbeits- und Lebensbedingungen in dieser Wohnortkategorie wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß bei den potentiellen Migranten der jeweiligen Wohnortkategorien (mit Ausnahme des Dorfes) immer der Rand der Großstadt als gewünschte Zielkategorie dominiert. Auch die am Rande der Großstadt lebende Bevölkerung, die ihren Wohnort verlassen möchte, gibt als Wanderungsziel überwiegend wiederum den Rand der Großstadt an. Bei den befragten Dorfbewohnern ist dagegen bemerkenswert, daß der Rand der Großstadt und noch immer die Großstadt selbst kaum als Ziel in Erwägung gezogen werden. In der Tendenz läßt sich jedoch feststellen, daß die im Vergleich zum gegenwärtigen Wohnort jeweils „höheren" Wohnortkategorien eine höhere subjektive Bewertung erfahren. Die in der Literatur vertretene These von der **„Etappenwanderung"** wird damit unterstützt.

Im Gegensatz zum Rand der Großstadt unterscheiden sich die Werte der Migrationsbereitschaft der übrigen Wohnortkategorien nicht wesentlich voneinander. Dennoch sind einige Aussagen beachtenswert:

1. Die zweitniedrigste Migrationsbereitschaft, d. h. eine vergleichsweise hohe Bewertung, verzeichnet die **Mittelstadt**

2. Der Anteil derjenigen, die den Wohnort verlassen möchten, ist analog zur Aussage von Grünberg und Niemann in der **Kleinstadt** größer als in den **ländlichen Siedlungen**

3. Der höchste Anteil an potentiellen Migranten tritt bei den **Großstadt**bewohnern auf. Gerade dieses Ergebnis erfordert weitere vertiefende Untersuchungen.

Der Vergleich des Migrationsverhaltens mit den in der gleichen Erhebung erfaßten realen Lebensbedingungen bzw. deren subjektiver Bewertung in den einzelnen Wohnortkategorien erbringt teilweise sehr wider-

sprüchliche Ergebnisse. Einige Beispiele sollen das verdeutlichen.

So wächst bei Zugrundelegung der Gesamtheit der Befragten mit zunehmender **Wegezeit zur Arbeit** der Anteil der wegzugsbereiten Personen. Diese allgemeine Tendenz ist auch aus den Ergebnissen anderer Untersuchungen in der DDR und im Ausland ersichtlich. Betrachtet man die Ergebnisse jedoch nach den einzelnen Wohnortkategorien getrennt, ist der Zusammenhang zwischen Arbeitswegezeit und Migrationsbereitschaft nicht mehr so eindeutig. Der Anteil der Personen mit einer Wegezeit von mehr als 1 Stunde ist z. B. am Rande der Großstadt bzw. auf dem Dorf nahezu doppelt so hoch wie bei den anderen Wohnortkategorien. Gerade am Rande der Großstadt und auf dem Dorf ist aber der Wunsch nach Wegzug am geringsten bzw. nur in durchschnittlichem Maße vorhanden. Die Wegezeit ist also nur ein Faktor von vielen, die die Migrationsbereitschaft beeinflussen. Das wird auch durch die Befragungsergebnisse von Grünberg und Niemann und anderer Erhebungen unterstrichen, aus denen man schlußfolgern kann, daß die Bereitschaft zum Wegzug bei den Pendlern in der Regel nicht höher ist als bei der Gesamtheit der Befragten. Bei der Einschätzung der **Zufriedenheit mit den Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen** widerspiegelt die subjektive Bewertung etwa die Ausstattung der Wohnorte mit den betreffenden Einrichtungen: Hoher Zufriedenheitsgrad in Groß- und Mittelstadt, geringe Zufriedenheit am Rande der Großstadt und auf dem Dorf. Gerade dort ist aber die Migrationsbereitschaft gering bzw. vergleichsweise gering.

Im Gegensatz dazu ist die Übereinstimmung zwischen der **Zufriedenheit mit den kulturellen und Freizeitmöglichkeiten** und der Migrationsbereitschaft wesentlich größer. Das ist vor allem dadurch bedingt, daß die Zufriedenheit mit den genannten Bedingungen in den Wohnortkategorien mit absolut bzw. relativ geringer Wegzugsbereitschaft recht hoch ist. So ist der Anteil der mit diesen Bedingungen Zufriedenen am Großstadtrand am höchsten (sogar höher als in der Großstadt selbst), und auch auf dem Dorf wird mehr Zufriedenheit mit den kulturellen und Freizeitmöglichkeiten geäußert als in der Mittelstadt und insbesondere der Kleinstadt.

Zweifellos spielen bei dieser zunächst überraschenden Aussage Unterschiede des Anspruchsniveaus eine Rolle. Andererseits zeigt es aber auch, daß Zufriedenheit nicht allein aus dem Vorhandensein kultureller Institutionen resultiert.

Bei der **Beurteilung der Unterschiede der Migrationsbereitschaft** und ihres Zusammenhanges mit den realen Arbeits- und Lebensbedingungen bzw. deren subjektiver Bewertung muß davon ausgegangen werden, daß die Migrationsbereitschaft entscheidend von den demographischen und sozialstrukturellen Merkmalen der Bevölkerung bestimmt wird. So ist bekanntlich die Bereitschaft zum Wohnsitzwechsel bei jüngeren Menschen stärker ausgeprägt als bei älteren, ist die Migrationsbereitschaft bei Personen mit hoher beruflicher Qualifikation größer als bei denen mit niedriger Qualifikation, bei Berufstätigen in der Industrie und den Bereichen außerhalb der materiellen Produktion größer als in der Landwirtschaft usw. Unterschiedliche demographische und soziale Strukturen in den einzelnen Siedlungen bzw. Wohnortkategorien bewirken demzufolge auch unterschiedliches Migrationsverhalten in den jeweiligen Siedlungen bzw. Wohnortkategorien. Die Bereitschaft zum Wegzug resultiert aus der Nichtübereinstimmung der gruppenspezifischen Bedürfnisse, Interessen und Wertorientierungen mit der gruppenspezifischen Bewertung der Möglichkeiten ihrer Befriedigung bzw. Realisierung am Wohnort.

Der z. T. recht unterschiedliche Zusammenhang zwischen dem Migrationsverhalten und der subjektiven Einschätzung einzelner territorialer Bedingungen (Zufriedenheit mit Wohnbedingungen, Dienstleistungs- und Einkaufsbedingungen usw.), der bei den o. g. Beispielen sichtbar wurde, zeigt jedoch auch, daß die Migrationsbereitschaft nicht von der Bewertung einzelner, sondern letztlich **der Gesamtheit** der territorialen Bedingungen bestimmt wird.

Die Migrationsbereitschaft in den einzelnen Wohnortkategorien steht jedoch im Widerspruch zum **tatsächlichen gegenwärtigen Wanderungsgeschehen** – gemessen an der Abwanderung pro 1000 Einwohner nach Gemeindegrößengruppen (siehe Tabelle):

Abwanderung nach Gemeindegrößengruppen pro 1000 Ew (1975)

< 2 000	36,0
2 000 bis 5 000	29,2
5 000 bis 10 000	28,1
10 000 bis 20 000	25,2
20 000 bis 50 000	21,7
50 000 bis 100 000	18,6
> 100 000	11,3

Die Abwanderungsintensität ist bei den kleinsten Gemeinden am größten, nimmt mit zunehmender Gemeindegröße ab und ist bei den Großstädten am geringsten. Da bei der Migrationsbereitschaft geringere Abstufungen und somit Tendenzen nicht mit ähnlicher Stärke auftreten, je eher eine Gegenläufigkeit erkennbar ist, weichen bei den einzelnen Wohnortkategorien potentielle und tatsächliche migrationelle Mobilität in unterschiedlichem Maße voneinander ab. Der damit sichtbare **unterschiedliche Realisierungsgrad** der Wegzugswünsche in den einzelnen Wohnortkategorien resultiert (in Übereinstimmung mit Grünberg und Niemann)

- aus den unterschiedlichen gegenwärtigen Realisierungsmöglichkeiten
- aus der Differenz zwischen vorhandenen und gesellschaftlich anerkannten bzw. individuell gewünschten Arbeits- und Lebensbedingungen.

In vielen kleinen **ländlichen Gemeinden** können z. B. trotz aller erreichten Fortschritte nicht alle Bedürfnisse in hoher Qualität und mit einem Minimum an Zeitaufwand befriedigt werden. Durch die schwerpunktmäßige Entwicklung von Siedlungszentren unterschiedlicher Kategorien wird die von den potentiellen Migranten dieser Gemeinden erstrebte Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen vergleichsweise an einer Vielzahl von Zielorten mit günstigeren Bedingungen möglich, so daß die Migrationsbereitschaft nahezu vollständig realisierbar ist.

Die Migrationsbereitschaft in denjenigen Siedlungen, in denen bereits ein höheres Niveau der Arbeits- und Lebensbedingungen vorhanden ist und die Grundbedürfnisse in ausreichendem Maße befriedigt werden, d. h. in den **städtischen Siedlungen**, resultiert aus dem gesetzmäßigen Vorauseilen der Bedürfnisse gegenüber den realen Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Das gilt sowohl für die z. T. begrenzten Möglichkeiten des Zuzugs nach den gewünschten höheren Siedlungskategorien (vor allem aus der Kleinstadt, aber auch der Mittelstadt nach der Mittel- und Großstadt oder an den Rand der Großstadt) als auch für den Umzug aus der Großstadt an den Rand der Großstadt. Außerdem ist der geringere Niederschlag der Migrationsbereitschaft im Wanderungsgeschehen z. T. darauf zurückzuführen, daß in städtischen Siedlungen die Migration viel stärker eine von mehreren Möglichkeiten der Befriedigung der gewachsenen Ansprüche ist.

Eine Ableitung von **Schlußfolgerungen** über das Wirken des subjektiven Faktors auf den künftigen Migrationsprozeß und damit die Entwicklung von Siedlungen ist anhand des gegenwärtigen Erkenntnisstandes nur bedingt möglich. Die bisherigen Ergebnisse gestatten jedoch zumindest die folgenden Verallgemeinerungen:

1. Die mit der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbundene Erhöhung der sozialen Mobilität wird einen spürbaren Einfluß auf die Veränderung der Bedürfnisstrukturen ausüben und eine generelle **Erhöhung der Migrationsbereitschaft** bewirken, von der insbesondere auch die Landgemeinden betroffen sein werden. Inwieweit dies auch zu einer höheren tatsächlichen Abwanderung aus den ländlichen Siedlungen führt, bedarf differenzierter Untersuchungen unter Berücksichtigung des Lagefaktors.

2. Mit der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, d. h. mit Abdeckung des primär quantitativen Wohnungsbedarfs (verbunden mit der Konzentration der Wanderungsströme auf die wichtigsten Wohnungsbauschwerpunkte), ist ein stärkeres Hervortreten qualitativer Faktoren bei der Bewertung der Wohn- und Lebensbedingungen und ein **höherer Realisierungsgrad der latenten Migrationswünsche,** insbesondere in den städtischen Siedlungen, **damit eine generelle Erhöhung der tatsächlichen Migration** zu erwarten.

3. Eine mögliche Realisierung der geäußerten Wohnortwünsche zeichnet zwei Tendenzen vor, die einander z. T. entgegenwirken:

- Verstärkte **Etappenwanderung,** d. h. Wanderung nach der jeweils höheren Siedlungskategorie, wobei von den potentiellen Migranten der Städte sehr stark der Rand der Großstadt bevorzugt wird
- Wanderung aus der Großstadt an den **Rand der Großstadt**

Eine Einschätzung der Bilanz dieser möglichen Wanderungsbewegungen für die einzelnen Wohnortkategorien ist nicht möglich. Ganz offensichtlich wird jedoch in der DDR ähnlich wie in anderen entwickelten Industrieländern mit stärkeren **Suburbanisationserscheinungen** zu rechnen sein.

Literatur

(1) Grünberg, H.; Niemann, H.: Die Analyse des Migrationsprozesses mit Hilfe der Bevölkerungsbefragung, in: Geographische Berichte 22 (1977 2 (83)

(2) Kotačka, L.: Preference základních typů sídel, VUVA Prag 1974

Grundrißgestaltung von Altbauwohnungen bei der komplexen Umgestaltung innerstädtischer Gebiete

Dipl.-Ing. Grete Becker
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau

Im Zusammenhang mit einer städtebaulichen Studie wurden Wohngebäude der zwischen 1890 und 1914 erbauten Berliner Altbaugebiete im Stadtbezirk Prenzlauer Berg mit dem Ziel untersucht, bei intensiver Nutzung des vorhandenen Bestandes die Wohnqualität zu erhöhen.

Ohne auf alle notwendigen städtebaulichen Maßnahmen für komplexe Modernisierungsgebiete einzugehen, sei hier nur von unmittelbaren Berührungspunkten zwischen Bebauungsstruktur und Gebäudestruktur ausgegangen, um einige Möglichkeiten zu zeigen, die neben der unter Modernisierung stets verstandenen notwendigen Erhöhung des Ausstattungsgrades (vor allem im Sanitärbereich) wesentlich das Wohnen im Altbau verbessern.

Bekannt ist die zwischen Straßen und wenigen Plätzen extrem dichte Bebauung der Quartiere infolge der kapitalistischen Bodenspekulation, ebenso bekannt sind die darin wurzelnden schlechten Wohnverhältnisse.

Charakteristisch für die Bebauung der Einzelgrundstücke (Abb. 1) sind

- die maximale Baulandausnutzung durch Vorderhaus, Quergebäude und Seitenflügel
- Höfe von etwa 12 m × 14 m Ausdehnung, deren Funktion sich auf die Erschließung und minimale Belichtung Belüftung der Nebengebäude beschränkt
- der hohe Anteil von Einraumwohnungen (80 Prozent), daraus folgend
- ein hoher Anteil von Erschließungs- und Nebenfunktionsfläche an der Geschoßfläche (teilweise über 50 Prozent)
- die einseitige Orientierung fast aller Wohnungen, begleitet von mangelhafter Belichtung und unfreundlichen Ausblicken
- unzureichende sanitäre Ausstattung der Wohnungen.

Daraus ergeben sich zwangsläufig folgende Aufgaben für die Modernisierung der Wohngebäude

- die Besonnungs- und Belichtungsverhältnisse zu verbessern
- die sanitäre Ausstattung der Wohnungen dem Standard der Neubauwohnungen anzugleichen
- die Grundrisse so zu verändern, daß die vorhandenen Flächen optimal genutzt werden
- mehr Wohnraum für Familien mit zwei und mehr Kindern zu schaffen
- das Freiflächenangebot am Gebäude zu erhöhen und damit z. B. das Spielen kleinerer Kinder unmittelbar in Wohnungsnähe zu ermöglichen.



1
Typische Grundstücksbebauung im untersuchten Gebiet
links: Grundriß Obergeschoß
rechts: Flächennutzung

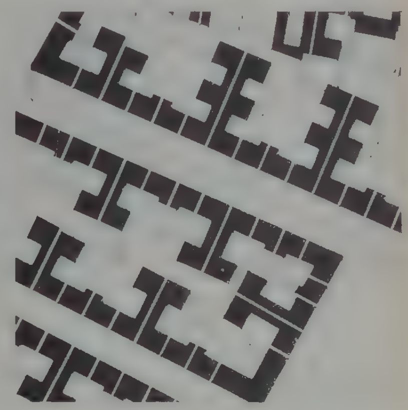
Legende zu Abb. 1 und 6

Nebenfunktionsfläche

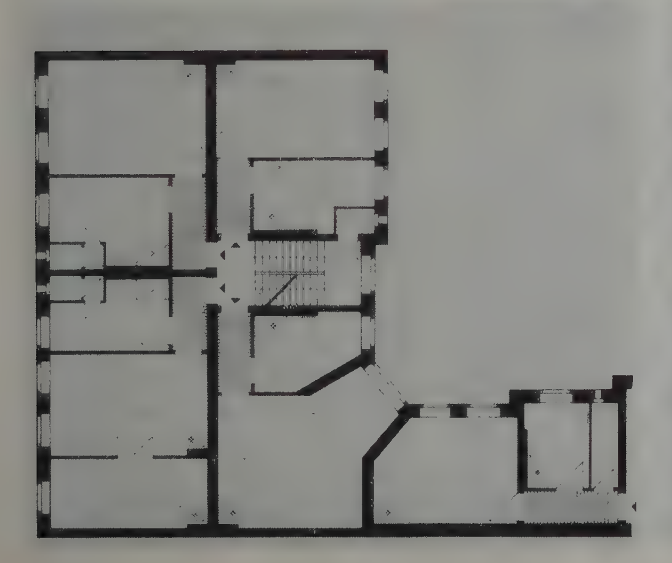
Erschließungsfläche

Wohnungsgröße und Orientierung der Wohnung





2|3
Bebauungsstruktur
links: Bestand
rechts: Entkernungsvorschlag



4
Bestand. Grundriß für Quergebäude und Seitenflügel



5
Modernisierungsvorschlag

Darüber hinaus dürfen einige Vorteile der alten Wohngebäude nicht übersehen werden, sondern müssen erhalten bleiben und wirksam gemacht werden wie

- die Großräumigkeit der Wohnungen und die darin liegenden individuellen Gestaltungsmöglichkeiten und Nutzungsmöglichkeiten
- die ruhige Lage der Wohnungen in den Hofgebäuden (Wandlung des „Hinterhaus-Wohnens")
- die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Erdgeschosse
- die vorhandene räumliche Differenzierung: Wohnung (Privatraum) -Hof (halböffentlicher Raum) -Straße (öffentlicher Raum).

Das erfordert, Veränderungen der Bebauungsstruktur und Maßnahmen im Gebäude im Zusammenhang zu planen, das erfordert über Abriß und Erhaltung sehr differenziert zu entscheiden.

Die vollständige Entkernung des Quartierinneren schafft ein nicht vertretbares Defizit an Wohnraum. Des weiteren entstünden einförmige, wenn auch große Hinterhöfe, die den fehlenden gesellschaftlichen Einrichtungen, Sportflächen und dem ruhenden Verkehr jedoch nicht genügend Raum geben.

Eine teilweise Entkernung der inneren Quartierbebauung gibt dagegen die Möglichkeit, extrem hohe Dichten und ihre Folgeerscheinungen zu mindern, möglichst viele Wohnungen in relativ ruhiger Lage zu erhalten, den Innenraum zu gliedern und räumlich zu differenzieren.

Dagegen sollten Quartiere mit erheblichen Baulücken und überwiegend schlechter Bausubstanz durch Flächenabriß frei gemacht werden.

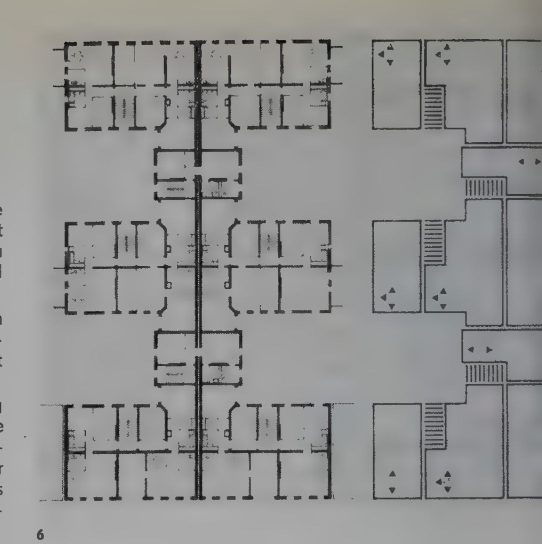
Zu erwähnen sei dazu, daß die Erhaltung zusammenhängender Gebäudekomplexe technologisch rationellen Modernisierungsmethoden entgegenkommt und daß bei der generellen Erneuerung des Sanitärbereiches in Vorder- und Hinterhäusern der unterschiedliche Ausstattungsgrad kein Kriterium der Erhaltungswürdigkeit mehr sein kann.

Mit dem Abriß von Gebäuden und Gebäudeteilen einer ursprünglich Haus an Haus gewachsenen Bebauung sind gestalterische Probleme, den Gesamtraum und die Abbruchstellen an den Gebäuden selbst betreffend, zu lösen. Das Beispiel (Abb. 2) zeigt den Versuch, die verbleibende Altbausubstanz möglichst in Form geschlossener Baukörper zu erhalten. Freigelegte Brandwände können mit Fensteröffnungen, Balkonen und vorgestellten Loggien sinnvoll genutzt und gegliedert werden; ein wesentlich höherer Wohnwert wird erreicht.

Welche Möglichkeiten bietet die Struktur der Gebäude selbst, um das Wohnen im Altbau angenehm und attraktiv zu machen und die vorhandene Substanz optimal zu nutzen?

Ein fast immer notwendiger und entscheidender Schritt ist die Zusammenfassung kleiner Wohnungen – vor allem der zahlreichen Einraumwohnungen – zu größeren familiengerechten Wohnungen, die dann zweiseitig orientiert, besser belichtet, besonnt und belüftet werden (Abb. 3).

Analog zu der in Abb. 2 gezeigten Bebauungsstruktur ergeben sich Möglichkeiten, die Gebäude über die alten Grundstücksgrenzen hinaus zusammenzufassen, z. B. aus zwei „halben" Häusern (Seitenflügeln) ein Haus werden zu lassen. Anstelle des



6

6
Modernisierungsvorschlag für die Zusammenfassung aneinanderliegender Gebäude

7
Gebäudekomplex. Bestand

8
Entwurfsstudie zur Umgestaltung

9
Küche-/Badbereich von Zweiraumwohnungen

10
Küche-/Badbereich von einer Einraumwohnung

11
Zweiraumwohnung

12
Verringerung der Verkehrsflächen innerhalb der Wohnung durch Anordnung eines zentralen Wohnraumes bzw. einer Eßdiele. Beispiel für eine Zweiraumwohnung

Abb. 9 bis 12

links: Bestand
Mitte: Modernisierungsvorschlag der Projektierung
rechts: Alternativvorschlag



7

8

ausgesonderten Treppenhauses können für den Naßbereich Massivdecken eingezogen werden (Abb. 6). Neben der günstigeren Lage der Wohnungen ergibt sich so auch eine intensivere Nutzung der vorhandenen Geschoßflächen einerseits durch Verringerung der Verkehrsflächen im Gebäude, andererseits durch Verlagerung der Nebenfunktionsflächen in die Gebäudemitte (Nutzung des Berliner Zimmers).

Die Haustiefe der Berliner Häuser beträgt etwa 12 Meter, entspricht also der Haustiefe neuer Wohnbauten, bei denen der Einbau eines Innenbades uns selbstverständlich geworden ist.

Um so mehr zwingt die ohnehin viel engere Bebauungsstruktur der Altbaugebiete, die vorhandene belichtete Außenfront weitestgehend für Wohnzwecke zu nutzen. Dabei ist es auch günstig, in gegebenen Fällen das Schema – Wohnräume zur Straße, Küche, WC zum Hof – umzustoßen und den zum Hof gelegenen Teil der Wohnung mehr dem Wohnen und Ruhen nutzbar zu machen (Abb. 8).

Der neu in die Wohnung einzugliedernde Küche Bad-Bereich beeinflußt durch seine Lage, Größe, Funktionstüchtigkeit und Beziehung zu allen anderen Räumen wesentlich das Leben in der modernisierten Wohnung.

Charakteristisch für die meisten Altbauwohnungen sind lange Flure und große Entfernungen zwischen Küche und Wohnraum, die Küche selbst ist oft arbeitstechnisch schlecht organisierbar.

Die Erleichterung häuslicher Arbeit spielte zur Zeit der Erbauung keine Rolle. Großzügige Raumbeziehungen und Raumproportionen sind wohl in den zur Straße liegenden repräsentativen Räumen zu finden, aber kaum im Bereich der sogenannten Nebenräume.

Die bei der Modernisierung oftmals notwendigen Abbrüche nichttragender Trennwände in einem Teil der Wohnung geben die Chance und verpflichten uns, die Wohnungen nicht schlechthin mit Bad, WC usw. auszustatten, sondern den Umbau auch räumlich und funktionell gründlich zu durchdenken.

Die Abbildungen 9 bis 12 zeigen einige Beispiele im Bestand (zum Teil nur Küche/Bad-Bereich), ihren in der Phase der IVE vorgesehenen Umbau und dazu erarbeitete Alternativen.

Wesentliche Ergebnisse der Überarbeitung sind:

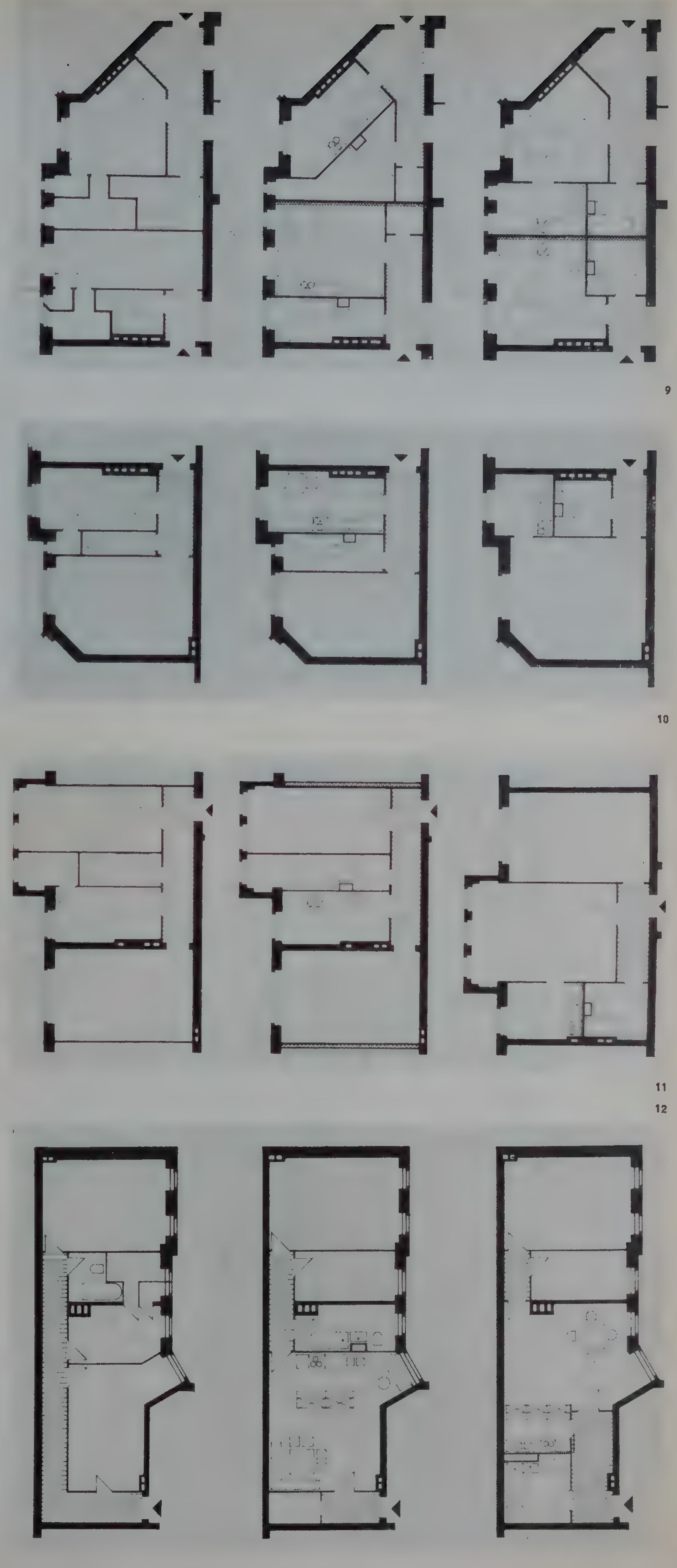
- der Gewinn von Hauptfunktionsfläche
- angenehmere Raumproportionen (lichte Raumhöhe etwa 3 m)
- sinnvolle Raumbeziehungen; u. a. direkte Verbindungen von der Küche zum Eßplatz im Wohnraum bzw. in der Diele oder einem zusätzlichen zentralen Familienwohnraum (lange, unnütze und unschöne Flure werden aufgelöst).

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß die Zusammenfassung kleiner Wohnungen und damit die Modernisierung vorzugsweise größerer Wohnungen nicht nur hinsichtlich der Wohnbedingungen, sondern auch ökonomisch und technologisch vorteilhaft ist, da der Aufwand für den Einbau von Sanitäreinheiten in alte Gebäude unverhältnismäßig hoch ist.

Des weiteren bewirken die Erhöhung der Haushaltsgrößen und der Gewinn an Hauptfunktionsfläche trotz Abriß einen relativ geringen Verlust an Einwohnern im Gebiet.

Diese Aspekte können die Planung der Umgestaltung größerer Altstadtgebiete wesentlich beeinflussen.

Grundsätze und Maßstäbe für die Grundrißgestaltung bei der Modernisierung von Altbauwohnungen weiter zu objektivieren, die Projektierungsarbeit zu rationalisieren und Grundlagen für städtebauliche Entscheidungen zu schaffen, wird auch die Aufgabe zukünftiger Beispielplanungen sein.



9

10

11

12



1

Wohnungsbau im Rekonstruktionsgebiet Szigeti in Pécs

Architekt Ödön Denesi

Autoren:

Stadtplaner:

Ödön Dénesi, Ybl-Preisträger

Architekten:

Ernö Tillai, Ybl-Preisträger
Zoltán Bachman
József Gettó
Emil Köves, Ybl-Preisträger
József Nyári
Gyula Szöke
Viola Váradyné-Gregoricz
György Mayer

Projektierung:

Projektierungsbüro Pécs, PÉCSTERV

Ausführung:

Staatlicher Baubetrieb des Bezirkes Baranya

Bauzeit:

1967 bis 1978

Das Wohngebiet Szigeti (B) wurde innerhalb des Stadtgebietes von Pécs östlich der Uranstadt, Uj-Mecsekalja, (A) gebaut und schließt sich ihr organisch an (Abb. 3).

Während Uranstadt auf einem freien Gelände gebaut wurde, entstand der Stadtteil Szigeti auf einem Rekonstruktionsgebiet. Zur Zeit der komplexen Untersuchungen waren neunzig Prozent des meist eingeschossigen Baubestandes in veraltetem Zustand, unmodern und ohne Komfort. Bei den Projektierungsarbeiten mußten zehn Prozent der ein- bis viergeschossigen Gebäude, die sich in gutem Zustand befanden, darunter einige Verwaltungsgebäude, berücksichtigt werden (Abb. 4).

Das in Abbildung 4 dargestellte Straßennetz spiegelt die Merkmale einer historisch entwickelten Stadt wider. Die Straßen wurden planlos, vom Privateigentum beeinflußt, mit gebrochener Linienführung gestaltet, teilweise bedingt durch die Geländeneigung auf dem nördlichen Gebiet. Auf der beinahe ebenen Südseite bzw. auf den nach 1920 ausgebauten Gebieten läßt sich schon eine gewisse Planmäßigkeit erkennen, aber die Erschließung zahlreicher Straßen ist nur ein Plan geblieben. Die errichteten Häuser waren mangelhaft und enthielten meist nur Wohnungen mit einem Zimmer und einer Küche.

Die Grundkonzeption des ersten detaillierten Städteplans wurde 1961 im Maßstab 1 : 1000 gefertigt.

Durch das Rekonstruktionsgebiet führt von Ost nach West die Fernverkehrsstraße 6 (Szigetistraße, Dr.-Doktor-Straße, Rákoczistraße). Diese Strecke, besonders östlich des Projektierungsgebietes ist mit scharfen Knickungen unterbrochen, so daß sie trotz der Erweiterung auf 12 m nicht mehr den Anforderungen des Verkehrs entspricht. Nach den auszuführenden Abrissen wird sich das Straßennetz entsprechend dem Projektierungsvorschlag wesentlich verbessern. Der Bau der Fernverkehrsstraße 6, die gleichzeitig auch als Hauptverkehrsstraße der Stadt dienen wird, nähert sich seinem Ende. Es wurde eine Einbaubreite von 30 bis 45 m mit je zwei Spuren (14 m breit) berücksichtigt, die um je eine Spur zusätzlich erweitert wird.

Die erste Vorbereitungsphase, die auch einen Bebauungsplan im Maßstab 1 : 500 mit konkreten Gebäudetypen beinhaltete, wurde auf Grund des detaillierten städtebaulichen Projektes im Jahre 1965 für den III. Fünfjahrplan ausgearbeitet.

Die Vorbereitungsphase beziehungsweise der Bebauungsplan sah für den nördlichen Teil des Projektierungsgebietes (nördlich der Szigetistraße) 1605 Wohnungen, für den südlichen Teil 1520 Wohnungen vor.

Auf dem Gebiet wurde auch ein 22geschossiges Hochhaus mit 210 Einraumwohnungen, mit einer Aussichtsterrasse und mit einem Panorama-Espresso geplant. Das erste Ausführungsprojekt wurde dafür mit Gleitschalungstechnologie vorgesehen (Projektant: Gyula Szöke)

Nach den Abrißarbeiten begannen die Bauarbeiten in dem neuen Stadtviertel. 1970 wurde der südliche Teil, bis auf das Hochhaus, vollständig aufgebaut. In dem nördlichen Gebiet wurden fünf Wohngebäude in der Szigetistraße (elfgeschossig) fertiggestellt. 1978 wird auch das letzte Ge-



1
Panorama des Gebietes Szigeti
(Projektant des Hochhauses: György Mayer)

2
Gesamtansicht des Wohngebietes von der Dachterrasse der Universitätsklinik

3
Bebauungsplanschema der Stadt Pécs mit dem Baugebiet Uranstadt (A) und dem Rekonstruktionsgebiet Szigeti (B)

1945-IG BEÉPITETT TERÜLET
1945-1975 KÖZÖTT BEÉPITETT TERÜLET
A ÚJ-MECSEKALJA
B SZIGETI-VÁROSRÉSZ

bäude übergeben. Die Bebauung ist gemischt, mehrgeschossig, meistens frei stehend auf einem Blockgebiet. Die Verwendung dieser Bebauungsweise ist durch die Erfahrungen früherer Projektierungsarbeiten in Uranstadt und durch die jeweils gültigen und verwendbaren Gebäudetypen (bautechnologische Projekte mit vorgefertigten Großplatten) begründet.

Ein Grundsatz der städtebaulichen Projektanten war es, eine intensive, vielgestaltige visuelle Verbindung zur vorhandenen Landschaft (die Züge des Mecsek-Gebirges) herzustellen. Das Zentrum des neuen Wohnviertels sollte durch das Hochhaus, das zwischen den mittelgroßen Wohngebäuden, Geschäften, Kaufhallen, Gaststätten und Dienstleistungsgebäuden steht, von weitem sichtbar markiert werden.

Die Anordnung der Gebäudemassen erfolgte in der Absicht, das Stadtbild vorteilhaft und abwechslungsreich zu gestalten, die Landschaft sowie die neue Silhouette des Stadtbildes vorteilhaft zu beeinflussen.

Das Hochhaus wurde öfter umprojektiert. Zuerst wurde das Gebäude mit vorgefertigten Elementen geplant, dann aber nach dem jugoslawischen Patent „IMS" (über drei Geschosse durchgehende Stützenrahmenkonstruktion mit zusätzlich eingebauten Deckenelementen) projektiert und ausgeführt. Das Panorama-Espresso entfiel leider wegen des Unverständnisses des Gaststättenwesens. Im obersten Geschoß ist jedoch ein großer Raum mit freier Aussicht

4
Alte Bebauungsstruktur des Gebietes Szigeti (schwarz der verbleibende Baubestand)

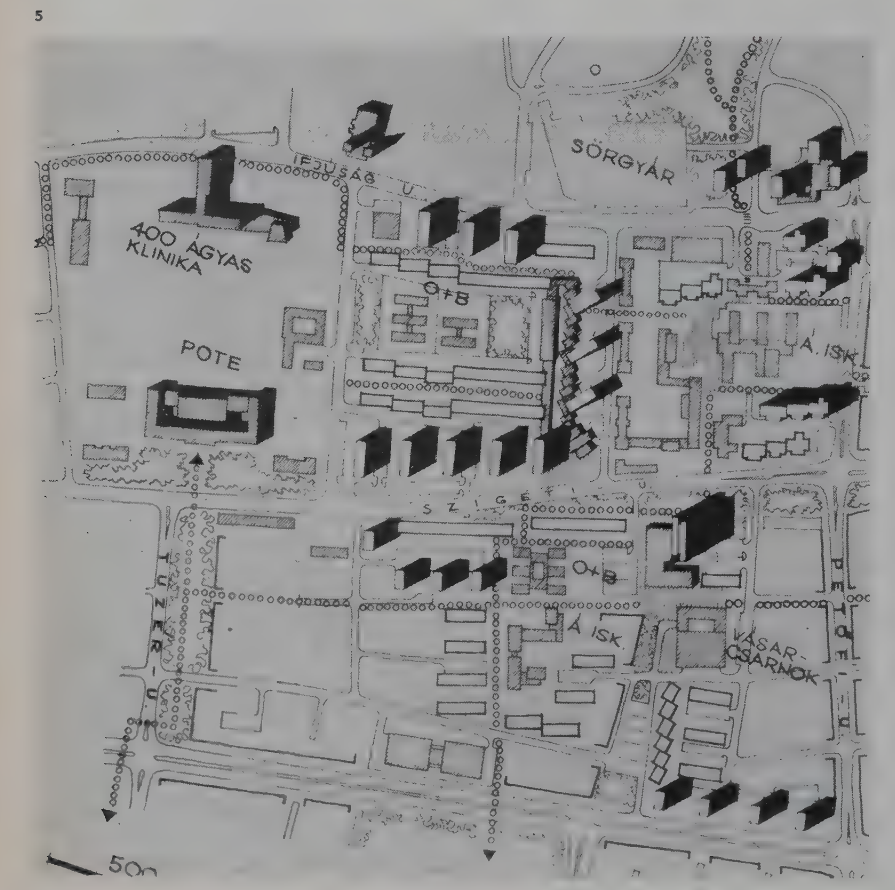
5
Bebauungskonzeption für das Gebiet Szigeti

6
Bebauungsplan des Gebietes Szigeti
1 Kinderkrippe
2 Kindergarten
3 Grundschule
4 Oberschule
5 Kulturhaus, Bibliothek, Klub
6 Büro
7 Handelseinheit
8 Dienstleistungseinheit
9 Gaststätteneinheit
10 Medizinische Universität
NG geplante mehrgeschossige Parkgarage

7
Luftaufnahme des Wohngebietes vom Westen. Im Hintergrund die viertürmige Kathedrale von Pécs

4

5



nach drei Himmelsrichtungen ausgewiesen, der dem Fremdenverkehr zur Verfügung gestellt werden könnte.

Ab 1971 wurden neue Projekte mit vorgefertigten Elementen für den IV. und V. Fünfjahrplan ausgearbeitet; dementsprechend wurde der Bebauungsplan geändert (Abbildung 4). Bei der ersten Projektänderung mußte auch der Forderung nach höherer Konzentration Rechnung getragen werden. Dieser Standpunkt kam dem Investitionsauftraggeber sehr entgegen, der im Vergleich zu der ursprünglichen Konzeption 600 Wohnungen mehr anordnen wollte. Diese Forderung, die auch die Normen der Grünflächen gefährdet hätte, führte nach Diskussionen und rechnerischen Beweisen sowie durch Hinweise der Hygienebehörden zu einem vertretbaren Kompromiß. Das konnte nur so erreicht werden, daß sechzig Prozent der 1900 Wohnungen in mittelhohen Gebäuden ausgewiesen wurden. Die Mindestforderung der Grünfläche (5 m^2/Person) konnte zwar gesichert werden, trotzdem erscheint die Bebauung von bestimmten Standpunkten aus wegen der vielen elfgeschossigen Gebäude ein bißchen dicht.

Die neuen Bauten fügen sich schön in das Stadtbild ein und wirken ziemlich abwechslungsreich. Im gesamten Gebiet strebten wir auch an, den Fußgänger- und Straßenverkehr zu trennen und die Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel (Busse) an den Kreuzungspunkten anzuordnen. An die Fuß-

6
7

8

9



10



11



12



13

gängerwege schließen sich die Schulen, kleinere Parkanlagen und Spielplätze für Kinder verschiedenen Alters an, wodurch sie lebendig wirken und als ein Platz des städtischen Alltagslebens gelten. Die Vegetation bilden acht bis zehn Jahre alte Bäume. Jetzt am Ende der Bauarbeiten im Stadtviertel bilden die Pflanzen und Gebäude bereits eine organische Einheit.

Die beigefügten Fotos sollen einen Einblick in die verwirklichten Ideen geben, und unsere Leser mögen selbst entscheiden, inwieweit sich Absicht und Wirklichkeit dekken.

8
Wohngebäude, die an die Geländeneigung angepaßt sind. Im Erdgeschoß ist eine Reihe von holzverkleideten Garagen angeordnet.
(Projektant: Ernö Tillai)

9
Fünfgeschossige, dreispännige Wohngebäude mit Garagen im Erdgeschoß

10
Elfgeschossige Wohngebäude an der Nordseite der Fernverkehrsstraße 6
(Projektant: József Nyári)

11
Kindergarten/Kinderkrippe mit 150/60 Plätzen aus vorgefertigten Elementen
(Projektant: Emil Köves)

12
Blick von der Dachterrasse des 24geschossigen Wohnhochhauses zum Mecsek-Gebirge (Misinaberg mit dem Fernsehturm). In der Mitte eine allgemeinbildende Grundschule mit 16 Klassenräumen
(Projektanten der Wohngebäude: József Gettó, István Pálmai und Ernö Tillai)

13
Buchhandlung in der Einkaufsstraße

14
Grundriß des elfgeschossigen Wohnungstyps K-7, 1 : 250
1 Flur, 2 Wohnraum, 3 Küche

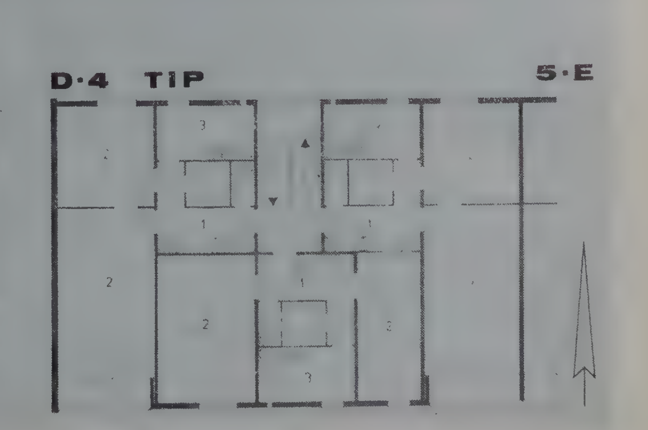
15
Grundriß des fünfgeschossigen Wohnungstyps D-4, 1 : 250

14

K·7 TIP

11·E

15



16

16
Die Einkaufsstraße wurde als Fußgängerzone gestaltet.
Die Ladenreihe in Sägezahnform wurde an die Giebel der elfgeschossigen Wohngebäude angeschlossen.
(Projektant der Einkaufsstraße: Zoltán Bachman,
Projektant des Wohngebäudes: Ernö Tillai)

17
Warenhaus am Abschluß der Einkaufsstraße (Projektant: Ernö Tillai)

17

18

18
Kindergarten mit 150 Plätzen.
Im Hintergrund die Universitätsklinik für 400 Betten
(Projektant: Prof. Dr. Lajos Gádoros, Ybl-Preisträger, Budapest)

19
Wohnbereich im Norden des Gebietes mit einem Kindergarten mit 150 Plätzen und einer Kinderkrippe mit 80 Plätzen. Die Gebäudeneigung wurde vorteilhaft genutzt. (Projektant: József Gettó)
Im Hintergrund fünf- und elfgeschossige Wohngebäude
(Projektant: Ernö Tillai)

19



1

Zur Umgestaltung des Schweriner Stadtzentrums

Dr.-Ing. Peter Hajny, Architekt BdA/DDR
Abteilungsleiter im Büro des Chefarchitekten der Stadt Schwerin

Die Stadt Schwerin hat sich als Bezirksstadt in Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages der SED zum gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und geistig-kulturellen Zentrum entwickelt und wächst zu einer jungen Stadt der Arbeiterklasse im Norden der Republik heran. Dabei stehen besonders die Realisierung des Wohnungsbauprogramms und Investitionen zur Stärkung der Volkswirtschaft eindeutig im Vordergrund der Bautätigkeit.

Der damit verbundene Bevölkerungszuwachs von gegenwärtig 115 000 Einwohner auf künftig 140 000 Einwohner, die verstärkten Umlandbeziehungen sowie der sich entwickelnde Tourismus stellen jedoch auch an das in seiner derzeitigen Struktur und Bebauung über 200 Jahre erhalten gebliebene Stadtzentrum erhöhte Anforderungen. Im Rahmen der schrittweisen Umgestaltung ist dieser Bereich bei Beibehaltung der vorhandenen kleinteiligen Struktur funktionell und gestalterisch aufzuwerten sowie flächenmäßig zu erweitern, mit dem Ziel, seine Attraktivität zu erhöhen sowie die gesellschaftlichen und sozialen Prozesse innerhalb des Stadtzentrums zu intensivieren.

Ein wichtiger Bestandteil dieser städtebaulichen Umgestaltungsmaßnahmen in Schwerin ist die Gestaltung von Fußgängerbereichen. In Verwirklichung der Planungsabsichten entsteht ein zusammenhängendes System von Fußgängerzonen, so daß im unmittelbaren Zentrumsbereich der Fußgänger das Primat haben wird. Mit diesen baulichen und gestalterischen Maßnahmen bleibt die historisch gewachsene Struktur des Zentrums erhalten, und es wird das typische und unverwechselbare Gepräge dieses Bereiches wirkungsvoll unterstrichen.

Im Endausbau werden folgende Straßenzüge in erster Linie dem Fußgänger vorbehalten bleiben:

Hermann-Matern-Straße
Otto-Grotewohl-Straße
Karl-Liebknecht-Straße
Schmiedestraße
Puschkinstraße
Schloßstraße
Großer Moor

Diese Straßenzüge nehmen schon jetzt auf Grund der Konzentration gesellschaftlicher Einrichtungen und durch ihren Charakter als Verbindungsachse für bestimmte Funktionsbereiche der Stadt Hauptkommunikationsströme der Fußgänger auf.

Die Ausdehnung der Fußgängerboulevards auf den gesamten Zentrumsbereich setzt eine Veränderung der Verkehrsstruktur voraus. So muß der zur Zeit vorhandene Durchgangsverkehr aus den für den Ausbau zu Fußgängerzonen vorgesehenen Straßen herausgenommen und umgeleitet werden. Dazu sind einige das Zentrum tangierende Straßen für den Durchgangsverkehr auszubauen.

Die Erschließung und Versorgung für die in den vorgenannten Straßen liegenden Einrichtungen erfolgen. In der Regel über den Fußgängerbereich. Schrittweise ist dieser Erschließungsverkehr durch folgende Maßnahmen zu reduzieren:

- straffe zeitliche Begrenzung der Versorgung der Einrichtungen innerhalb der Fußgängerzonen
- Auslagerung von Einrichtungen aus dem Fußgängerbereich, die einen hohen Anlieferungsverkehr verursachen
- schrittweise Schaffung von Möglichkeiten für eine rückwärtige Erschließung für Straßenzüge oder Einzeleinrichtungen durch eine Entkernung der Hinterhöfe.

Die funktionellen Verbesserungen im Schweriner Stadtzentrum haben aber auch Auswirkungen auf die Probleme des ruhenden Verkehrs in diesem Bereich.

- Einige zur Zeit genutzte Parkstraßen in Zentrumsnähe werden in Zukunft als Erschließungsstraßen oder für den Durchgangsverkehr benötigt und können somit keine Parkkapazitäten mehr aufnehmen.
- Die Erhöhung der Attraktivität des Stadtzentrums hat einen erhöhten Parkplatzbedarf für Käufer und Besucher zur Folge.

Es müssen also neue Möglichkeiten der bedarfsgerechten Unterbringung des ruhenden Verkehrs in Zentrumsnähe geschaffen werden.

Eine günstige Erreichbarkeit des Stadtzentrums garantiert die Lage des Straßenbahnnetzen, das den unmittelbaren Zentrumskern tangiert und deren zentrale Haltestelle (Leninplatz) direkt am Eingangsbereich des Fußgängersystems liegt.

Die Umgestaltung der Hermann-Matern-Straße

Gestalterische Lösung

Die Hermann-Matern-Straße ist die Haupteinkaufsstraße und eine der wichtigsten Fußgängerachsen der Stadt. Sie ist Bestandteil der gesamtstädtischen Kommunikationssysteme in Nord-Süd-Richtung und verbindet die innerstädtischen Erholungsgebiete um den Pfaffenteich und den Burgsee.

Die Straße wurde auf einer Länge von 300 m umgestaltet und umfaßt 34 Gebäude. Dieser Bereich bildet eine funktionell selbständige Einheit.

Den unmittelbar nördlichen Anschluß für den Straßenraum bildet der Pfaffenteich, ein 13 ha großes innerstädtisches Gewässer, dessen Uferpromenaden sehr stark von Fußgängern frequentiert werden. Diese für den Straßenzug einmalige Situation wurde bewußt in die Gestaltungskonzeption einbezogen.

Der Gebäudebestand in der Hermann-Matern-Straße ist sowohl in seiner Geschossigkeit (2- bis 5geschossig) als auch altersmäßig sehr differenziert. Fassaden der verschiedensten Stilepochen (z. B. klassizistische Fassaden, barocke Fachwerkfassaden, Fassaden der Gründerzeit, Jugendstilfassaden) bestimmen das Bild der Straße.

Die Breite des Straßenraumes schwankt zwischen 12 und 19 Metern.

Für eine **Neugestaltung der Straßenoberfläche** wurde der alte Straßenbelag aufgenommen, und die neu geschaffene Oberfläche erhielt durch eine Kombination der Materialien Guß-Asphalt und Lausitzer Granitplatten ein einheitliches Niveau.

Entsprechend den funktionellen Gegebenheiten in der Erdgeschoßzone wurde die Struktur der Oberfläche so gewählt, daß wichtige Funktionen durch ein Heranführen des Plattenbelages an die Gebäude betont wurden (siehe Lageplan). Um eine Belieferung der Wohnungen und Einrichtungen über den Fußgängerbereich zu gewährleisten, wurde der Unterbau als befahrbarer Bereich entsprechend ausgebildet. Die Entwässerung der Straße erfolgt durch eine mittig gelegene, teilweise unterbrochene Entwässerungsrinne.



2



3

1
Blick aus Richtung Pfaffenteich in die Hermann-Matern-Straße

2
Gaststätte „Schloßhalle" mit Freisitzen

3
Hochbeet mit Sitzrosten vor der Volksbuchhandlung

Die **Grüngestaltung** des Straßenraumes erfolgt durch gemauerte Hochbeete, die soden als auch mit Lattenrosten versehen, als den als auch mit Lattenrosten versehen als Sitzmöglichkeiten genutzt werden können. Vor gastronomischen Einrichtungen bilden diese Pflanzmauern eine funktionsbedingte Abgrenzung für die in den Sommermonaten nutzbaren Freisitzplätze.

Die Grüngestaltung wird ergänzt durch Gruppen von Pflanzkübeln aus Keramik in verschiedenen Formen und Größen.

Die **„Möblierung"** der Fußgängerzone beschränkt sich auf das Notwendigste, um den sehr starken Fußgängerstrom in diesem Bereich nicht zu beeinflussen.

Im Bereich der Spielwarenverkaufsstellen wurde eine 15 m lange und 1,60 m hohe



4

Betonstrukturwand aus Formsteinen zum Spielen und Verweilen für Kinder errichtet. Des weiteren wird der Straßenraum durch eine Briefkastensäule sowie Sitzbänke komplettiert. An ausgewählten Standorten können zu bestimmten Anlässen ambulante Handelseinrichtungen aufgestellt werden. Die notwendigen Versorgungsanschlüsse wurden dafür vorgesehen.

Die **Straßenbeleuchtung** wurde neu gestaltet und die ursprüngliche Beleuchtung durch Kugelleuchten aus weißem Opalglas mit einem Durchmesser von 300 mm ersetzt. Dabei kamen 26 Kandelaber und 15 Wandleuchten zur Anwendung. Die Standpunkte der Leuchten sind funktionsbedingt und in Abstimmung mit der Werbung festgelegt. Als Festbeleuchtung können im Abstand von 25 Metern Überspanner vorgesehen werden.

Sämtliche Gebäudefassaden wurden einer intensiven **Farbbehandlung** unterzogen. Damit hat sich die ästhetische Wirkung des Straßenraumes entscheidend verbessert. Gerade mit der Farbgebung, als ein Teil der Gesamtgestaltung, konnte nach Übergabe der Straße an die Bevölkerung eine erkennbare positive Wirkung erreicht werden. Die sehr differenzierte Farbgebung beeinflußt in starkem Maße das ästhetische Empfinden der Menschen. Durch eine bewußte Akzentuierung einzelner Gebäude und Ensembles in der Farbgebung sind auch bestimmte funktionelle Aspekte sichtbar gemacht worden.

So wurde der mittlere Teil der Straße zwischen den Einmündungen Karl-Liebknecht-Straße und Schmiedestraße in einer intensiven Farbgebung gehalten, da in dem Bereich durch die Ost-West-Fußgängerachse des Stadtzentrums und durch eine Konzentration von Handelseinrichtungen sehr starke Kommunikationsbeziehungen auftreten. Lebhafte Betonungen bestimmter architektonischer Details an den Fassaden werden durch Kontrastfarben erreicht. Darüber hinaus haben die Farbgebung folgende Aspekte beeinflußt:

- denkmalpflegerischer Wert der Fassade oder des Gebäudes
- Wirkung der einzelnen Fassaden in sich
- Wirkung der Gesamtheit der Fassaden in der Raumfolge
- Möglichkeiten der Verwendung der verschiedenen Anstrichstoffe in Abhängigkeit von der Beschaffenheit der Fassadenoberfläche.

An Farbmaterialien kamen zum Einsatz:

- Farbanstriche (Ölfarben, Silikatfarben) an 24 Gebäuden
- pneumatische Behandlung durch Granulatbeschichtung an 10 Gebäuden.

Für den Bereich der Hermann-Matern-Straße wurde eine gesonderte einheitliche **Werbekonzeption** erarbeitet, um die differenzierte Gestaltung einzelner Bereiche und Gebäude zu unterstreichen. Dabei tritt die Werbung insgesamt etwas zurück; es wurden in erster Linie schmiedeeiserne Symbole und Schriftzüge verwendet; nur bestimmte Funktionen wurden mit einer Leuchtwerbung betont. Alte, noch erhaltenswerte und restaurierte Werbeträger kamen wieder zur Anwendung.

Standort für Sonderverkauf

Betonstrukturwand

Fernsprecher
Briefkasten

Automaten

MARTINSTR.

5

6

Konzeption zur Entwicklung der Fußgängerzone im Stadtzentrum von Schwerin

5
Fußgängerbereich Hermann-Matern-Straße
I. Bauabschnitt
(Links: Anschluß zum Pfaffenteich)

6
Rekonstruierte Fassaden des Demmler-Hauses mit Hochbeeten und Sitzrosten im Straßenraum



Organisation und Leitung der Umgestaltungsmaßnahme

Ende des Jahres 1976 wurde mit der planerischen Vorbereitung und im März 1977 mit der Realisierung des 1. Bauabschnitts begonnen. Diese kurzen Zeiträume sowohl der Vorbereitung als auch der Realisierung machten eine koordinierte Zusammenarbeit aller Beteiligten notwendig.
Speziell für die Gesamtleitung und Koordinierung der Baumaßnahmen wurde eine Ratsarbeitsgruppe des Rates der Stadt Schwerin gebildet, in der alle für diese Aufgabe wichtigen Ratsbereiche vertreten waren und die durch den Stadtbaudirektor geleitet wurde.
Die Leitung der Bauprozesse lag beim Hauptauftraggeber Wohnungs- und Gesellschaftsbau des Rates der Stadt; als Hauptauftragnehmer fungierte der VEB Stadtbaubetrieb. Die darüber hinaus beteiligten 26 Betriebe und Einrichtungen waren mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe ausschließlich Betriebe der Stadt Schwerin.
Die Erarbeitung der städtebaulich-archi-



7



8
9



tektonischen Konzeption des Fußgängerbereiches sowie die Koordinierung aller Gestaltungsmaßnahmen lagen in der Verantwortung des Büros des Chefarchitekten der Stadt Schwerin.
In den Phasen der Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahmen legte man großen Wert auf eine qualifizierte **Öffentlichkeitsarbeit.** Folgende Möglichkeiten wurden dabei genutzt:

- Information der Bürger in einem Rathausgespräch über die Umgestaltung des Stadtzentrums vor Beginn der Baumaßnahmen
- regelmäßig erscheinende Pressenotizen
- ständige Beratung mit den Wohnbezirksausschüssen, insbesondere mit den von der Umgestaltung betroffenen Wohnbezirken
- Einrichtung eines Baubüros während der Bauzeit für die Bevölkerung.

Baumaßnahmen

Die Realisierung der Umgestaltung der Hermann-Matern-Straße erfolgte in drei Bauabschnitten. Dabei machte sich eine vollständige Sperrung des sich jeweils in der Umgestaltung befindenden Bauabschnittes notwendig. Handelseinrichtungen und andere gesellschaftliche Einrichtungen mußten zeitweilig für die Öffentlichkeit geschlossen werden, soweit nicht die Möglichkeit einer rückwärtigen Erschließung bestand.
Für jeden Bauabschnitt wurden parallel zu den Komplexmaßnahmen am unterirdischen Versorgungssystem die Maßnahmen an der Hochbausubstanz ausgeführt. Dieses Vorgehen erwies sich in bestimmten Phasen der Realisierung als nicht sehr günstig, da aufgrund des kurzfristigen Fertigstellungstermins bei der Abstimmung der einzelnen Gewerke, insbesondere zwischen parallel verlaufenden Tiefbau- und Hochbauarbeiten, ein sehr hoher Koordinierungsaufwand notwendig war. Erst nach voller Funktionsfähigkeit des umgestalteten Teilbereiches wurde der nächste Bauabschnitt in Angriff genommen. Im Rahmen der Tiefbaumaßnahmen kamen folgende Arbeiten zur Durchführung

- Neuverlegung des überalterten und unterdimensionierten Wasserversorgungssystems
- Neuverlegung des Gasversorgungssystems einschließlich der Hausanschlußleitungen
- Neuverlegung des Stromversorgungsnetzes
- Erweiterung und Rekonstruktion des Fernsprechkabelnetzes
- Verkabelung für die neu installierte Straßenbeleuchtung
- niveaugleiche Gestaltung der Oberfläche des Straßenraumes.

Durch nachfolgende bauliche Maßnahmen konnte die Hochbausubstanz qualitativ und funktionell aufgewertet werden:

- Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden durch Anwendung der äußeren Fließstrecke mit folgenden Leistungen:
  - Instandsetzung der Schornsteinköpfe
  - Instandsetzung der Dächer einschließlich Dachrinnen und Fallrohre
  - Instandsetzung oder Erneuerung der Fenster und Hauseingangstüren
  - Putzausbesserungen an den straßenseitigen Fassaden
  - farbliche Behandlung der straßenseitigen Fassaden
- Kleinreparaturen in 116 Wohnungen einschließlich einer generellen Erneuerung der Gasleitungen
- Rekonstruktion von 5 gastronomischen Einrichtungen

7
Nördlicher Teil des Boulevards mit Blickbeziehung zum Pfaffenteich

8
Einmündungsbereich der Karl-Liebknecht-Straße

9
Klassizistische Fassaden mit Strukturwand, Sitzrosten und Pflanzkübel aus vorgefertigten Betonsteinen im Straßenraum

10
Schmiedeeiserner Ausleger an der Genossenschaftskasse für Handwerk und Gewerbe

11
Schmiedeeiserner Ausleger am Tabakladen

12
Schmiedeeiserner Ausleger am Kinderschuhgeschäft

13
Blick vom Dom auf Marktplatz und Altstadtbereiche mit Theater und Schloß



10

- Rekonstruktion von 16 Handelseinrichtungen

Die Erhaltungsmaßnahmen an den Gebäuden beschränkten sich in erster Linie auf eine Instandsetzung. Darüber hinaus war eine Entkernung der Hinterhöfe nicht möglich, da dies einerseits umfangreiche Verlagerungs- und Ersatzmaßnahmen für dort befindliche Einrichtungen zur Folge hat, und andererseits die teilweise vorhandenen Eigentumsverhältnisse derartige Maßnahmen erschweren. Somit erfolgt die Erschließung, insbesondere der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Wohnungen, über den Fußgängerbereich in strenger zeitlicher Begrenzung.

Die Maßnahmen der Modernisierung und der Entkernung werden zu einem späteren Zeitpunkt schrittweise in Angriff genommen.

Insgesamt fand die Umgestaltung dieser Hauptgeschäftsstraße Schwerins ein sehr positives Echo in der Öffentlichkeit, da hier etwas geschaffen wurde, das jedem Bürger und Besucher der Stadt zugute kommt. Diese Anteilnahme der Bürger wirkte sich nicht zuletzt auch in einer aktiven Mitwirkung bei der Umgestaltung aus, indem Bewohner und Werktätige der gesellschaftlichen Einrichtungen bei der Umgestaltung ihrer Wohnungen und Verkaufseinrichtungen im Rahmen von „Mach-mit!"-Leistungen mitgewirkt haben. Darüber hinaus wurde großes Verständnis für zeitweilige Beeinträchtigungen der Arbeits- und Lebensbedingungen während der Bauzeit entgegengebracht.

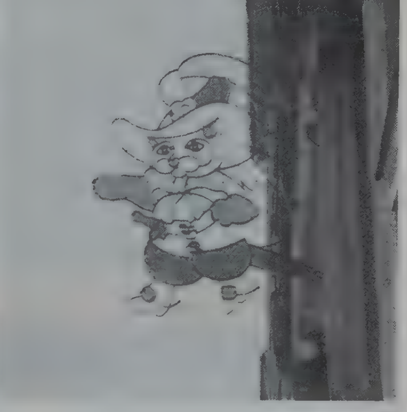
So waren insgesamt trotz der durch die kurze Realisierungszeit bedingten hohen Beanspruchung eine große Bereitschaft und hohes Engagement der bei der Lösung der Aufgabe Beteiligten vorhanden. Als sehr nützlich erwies sich der gute Kontakt zwischen den Architekten, Projektanten, Bauleitern, Meistern und den Arbeitern auf der Baustelle.

Bereitwillig wurden operative Dinge, die nur während der unmittelbaren Realisierung zu beeinflussen waren, von den Bauschaffenden ausgeführt.

Besonders hervorzuheben ist auch die unbürokratische und kameradschaftliche Hilfe aller Baubetriebe Schwerins, wenn kurzfristig Schwierigkeiten auftraten.



11



12

13





1

2

Zur Rekonstruktion des Friedländer Tores in Neubrandenburg

Architekt BdA/DDR Josef Walter, Neubrandenburg

Das Friedländer Tor ist die älteste der vier Toranlagen im System der mittelalterlichen Wehrbauten der Stadt Neubrandenburg. 1248 wurde die Stiftungsurkunde der Stadt ausgefertigt; 1250/1251 begann die Ausführung und Erbauung des Friedländer Tores und des zugehörigen Stadtquartals, da es sich hier um die strategisch am meisten gefährdete nordöstliche Hälfte der neugegründeten Stadt handelte. Um 1300 wurde das Haupttor massiv errichtet, zunächst noch in romanisch-gotischem Übergangsstil. Im Verlauf seiner Baugeschichte wurde das Friedländer Tor bis zum 19. Jahrhundert mehrfach durch Neubauten und Details ergänzt bzw. im Rahmen von Umgestaltungsmaßnahmen dem Zeitgeschmack entsprechend, verändert. So wurden in nachmittelalterlicher Zeit an die südliche Zwingermauer zwischen Innen- und Außenwall ein Fachwerkhaus für den fürstlichen Steuereinnehmer und an die nördliche Zwingermauer ein Haus für den Zingelwärter und den Torschreiber angebaut.

3
4

1
Gesamtansicht des Friedländer Tores von Südosten

2
Blick vom Haupttor zum Vortor

3
Perspektive der Gesamtanlage

4
Rekonstruiertes Fachwerk-Wiekhaus

5
Stargarder Haupttor. Detail

5







6
7



Der Rat des Bezirkes Neubrandenburg beschloß 1971 die vollständige Rekonstruktion des Friedländer Tores. Im Vordergrund der Rekonstruktion stand die Verbindung der denkmalpflegerischen Aufgabe mit den durch die neue gesellschaftliche Nutzung gegebenen Anforderungen. Dabei wurden Haupttor, Torschreiberhaus und Vortor für die Nutzung durch das Zentrum Bildende Kunst umgestaltet. Das ehemalige Steuereinnehmerhäuschen ist zum Café ausgebaut worden.

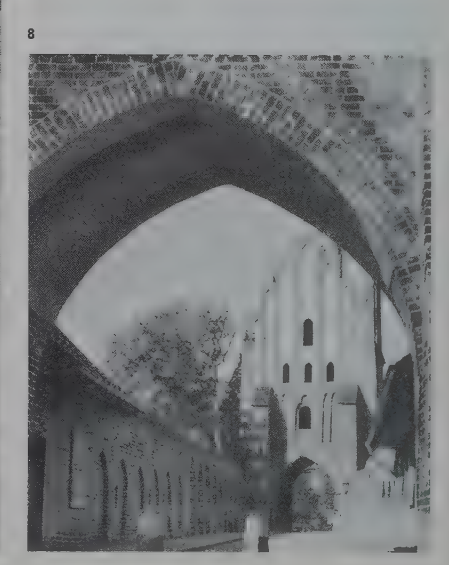
Die Rekonstruktion der Gesamtanlage wurde von 1973 bis 1976 durchgeführt. Der Ausbau der Anlage erfolgte auf der Grundlage eines Projektes, das alle Aspekte denkmalpflegerischer Forderungen berücksichtigte.

Denkmalpflegerisch lag der Schwerpunkt der Aufgaben auf der historisch möglichst genauen Rekonstruktion der mittelalterlichen Anlage nach alten Befunden, wobei Zutaten späterer Jahrhunderte soweit als möglich beseitigt sind. Bei den Fachwerkhäusern wurden beim Wiederaufbau funktionsbedingte Veränderungen vorgenommen, die jedoch den Gesamtcharakter der mittelalterlichen Anlage nicht gefährden. Das Äußere des Haupttores erhielt durch die Beseitigung der später aufgesetzten Pfeiler am Staffelgiebel seine ursprüngliche Form. Zugemauerte Fensterluken wurden wieder geöffnet und andere eingreifende Veränderungen des 19. Jahrhunderts rückgängig gemacht. Am Vortor war es aus einer Reihe von Gründen (u. a. Mangel an Befunden) nicht möglich, den alten Zustand wieder herzustellen. Beibehalten blieben die mittelalterlichen Blendnischen und Schießscharten sowie das Kleinpflaster.

Für den Innenausbau galt es grundsätzlich, Vorhandenes zur Geltung zu bringen und auch hier auf wesensverändernde Eingriffe zu verzichten. Die Harmonie zwischen Altem und Neuem wurde durch die prinzipielle Berücksichtigung der Aspekte Funktionalität, strenge Sachlichkeit, Materialgerechtigkeit und Konstruktion erreicht.

So wurde bei den Fachwerkhäusern in der Erdgeschoßzone die alte Raumteilung für neue Funktionen nutzbar gemacht. Die Zwingermauern sind auch im Innern aus Backstein, Balken und Fachwerke sind zu sehen, die Wände mit glattem oder einfachem Pinselputz und Kalkanstrich behandelt, Fußböden aus Holz oder Ziegelpflaster. Das Dach des Caféanbaus ruht auf Feldsteinkonsolen. Damit gelang es, die Zwingerwand stilrein zu erhalten.

8



9

An Stelle des zu Beginn der Rekonstruktion nicht mehr vorhandenen Gewölbes wurde im Haupttor eine Zwischendecke aus Stahlbeton, gleichzeitig zur Verankerung der Wände dienend, eingezogen. Noch vorhandene Gewölbezwickel und die Auflager des Gewölbes sind an den Wänden sichtbar gelassen und in die Raumgestaltung einbezogen. Die Untersicht-Stahlbetondecke blieb schalungsrauh und ohne Verputz. Zu dem wieder entstandenen Geschoß mußte ein Durchbruch vom Treppenturm aus erfolgen. Der Raum wird als Galerie genutzt. Im Mittelgeschoß befindet sich ein Vortragsraum. Beim Ausbau des Daches blieb der mittelalterliche Dachstuhl mit Untersparren erhalten und sichtbar gemacht. Nebenfunktionen wie der Sanitärbereich wurden in das Dachgeschoß verlegt und allgemein zurückhaltend behandelt, um die großen historischen Räume ungeteilt zu erhalten. Die Beheizung erfolgt durch eine Warmwasserheizung, die an das Fernwärmenetz angeschlossen ist. Im



10
11

6
Rekonstruiertes südliches Torhaus (als Café genutzt)

7
Blick durch das Haupttor zum Zwinger und Zingel

8
Vortor mit Zwinger, Torhäusern und Feldseite des Haupttores

9
Blick von Südwesten auf das südliche Torhaus

10
Anbau am südlichen Torhaus und Haupttor

11
Blick auf das nördliche Torhaus vom Wall





12



13



14

Vortor blieb der obere Raum ebenfalls ungeteilt erhalten und wird als Arbeitsraum genutzt. Nördlich des Haupttors entsteht mit der Schließung der Stadtmauer am Wall ein vielfältig nutzbarer, geschlossener Raum, für den unter anderen Plastikausstellungen vorgesehen sind. Die neue gesellschaftliche Nutzung vielseitiger Art (Galerie im Tor, Klubräume, Verkaufsgalerie, Café) läßt die räumlich an bedeutender Stelle in den Plan des Gesamtstadtbildes eingebundene kulturhistorisch und architekturgeschichtlich wertvolle Gesamtanlage wieder verstärkt zu neuer Bedeutung gelangen.

Ausbau des nördlichen Torwächterhauses

Am Friedländer Tor wurde in nachmittelalterlicher Zeit an die nördliche Zingelmauer nach außen vorspringend, ein Fachwerkhaus für den Zingelwärter und den Torschreiber angebaut. Bis in jüngerer Zeit war dieses Torhaus bewohnt.

15



16



Entwurf und Projekt:
Architekt BdA/DDR Josef Walter

Auftraggeber:
Rat des Bezirkes Neubrandenburg, Abteilung Kultur

Ausführungsbetrieb:
VEB Denkmalpflege Neubrandenburg

Rechtsträger:
Zentrum Bildende Kunst

12
Blick in den Hauptraum des Torcafés

13
Verkaufsgalerie im nördlichen Vorhaus

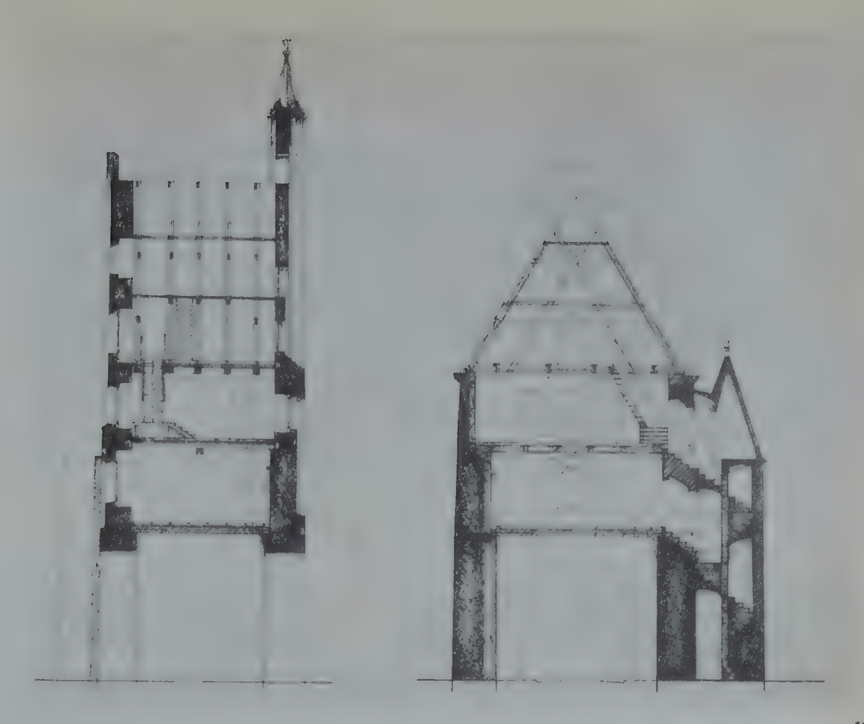
14|15|16
Galerie und Ausstellungsbereiche im nördlichen Torhaus (vom Zentrum Bildende Kunst genutzt)

17
Längs- und Querschnitt durch das Haupttor

18
1. und 2. Obergeschoß im Haupttor

19
Erdgeschoß im nördlichen Torhaus (Verkaufsgalerie)

20
Erdgeschoß vom südlichen Torhaus (Torcafé)



17

Dieses Torhaus wird nach der Rekonstruktion vom Zentrum Bildende Kunst genutzt. Mit der neuen Funktion ergeben sich für den Umbau Forderungen und Bedingungen, die mit dem Charakter des Hauses gut in Einklang gebracht werden könnten. Die Grundmauern aus Feldsteinen wurden in den Wallgräben errichtet. Das Satteldach mit östlichem Giebel und nördlichem Krüppelwalm war mit den Deckenbalken auf die Zingelmauer aufgesetzt und kragt rund einen Meter über die Mauer hinweg. Diese Eigenart ist bei allen Torhäusern der Neubrandenburger Tore beibehalten worden. Die Ausfachung der Wände mit Ziegeln war geputzt und gestrichen. Die Blendnischen der Zingelmauer wurden im Bereich des Hauses mit Backsteinen zugemauert und Tür- sowie Fensteröffnungen eingebrochen. Der westliche Teil des Hauses war unterkellert. Teile der Kellerwände stammten vermutlich noch aus dem Mittelalter.

Die Kellerdecken aus Holzbalken mit Holzfußboden waren schadhaft. Das ganze Haus hatte sich nach der Wallseite gesenkt. Die Schwelle des Eichenfachwerkes an der Nordseite war durch Fäulnis zerstört, der gesamte Holzeinbau teilweise vom Holzwurm befallen. Die Decke des Erdgeschosses bestand aus Holzbalken mit Einschub und war geputzt.

Im Rahmen der Rekonstruktion erhielt die Fassade der Zwingerseite die ursprüngliche Fensteraufteilung. Die rechte Eingangstür wurde in die Mitte der Blendnische gerückt. Die stark verbaute Nordseite erhielt ein neues Gesicht. Der Anbau der Schuhmacherwerkstatt aus den fünfziger Jahren wurde beseitigt und die Ansicht von Westen entsprechend als Fachwerkgiebel neu gestaltet. Die Ostseite wurde ohne große Veränderungen angeglichen. Der Ausbau des Dachgeschosses mußte im mittleren Teil an der Nordseite des Daches durch eine Dachgaube belichtet werden.

Die Rekonstruktion des südlichen Torhauses erfolgte, was den Ausbau anbelangt, sinngemäß. Nach der Fertigstellung wird es als Café genutzt.

18

19

20



1

Gaststätte „Am Steintor“ in Bernau

Dr.-Ing. Wilfried Stallknecht
Leiter des Forschungskollektivs Beispielplanungen
Bauakademie der DDR
Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau
Dipl.-Ing. Michael Leis
Rat des Kreises Bernau
Dr.-Ing. Manfred Hübler
Generalauftraggeber des Kreises Bernau

Planträger:
Rat des Kreises Bernau
Investträger:
HO-Kreisbetrieb Bernau
Hauptauftraggeber:
Generalauftraggeber des Kreises Bernau
Hauptauftragnehmer Bau:
VEB Ingenieurhochbau Frankfurt (Oder)
Baubereich Blumberg
Funktionell-gestalterische Konzeption:
Dr.-Ing. Wilfried Stallknecht
Dipl.-Ing. Lutz Mühlmann
cand.-ing. Bernd Stich
cand.-ing. Bernd Kaiser
cand.-ing. Hannelore Thees
Ausführungsprojekt:
Bauingenieur Helmut Sprenger
Statik:
Dipl.-Ing. Willi Schneider
Sanitärtechnik, Bauwirtschaft:
Dipl.-Ing. Jürgen Kutschke
Elektrotechnik:
Ingenieur Rudolf Pollack
Bautechnische Ausstattung:
Bauingenieur Wolfgang Boerger
Innenprojekt Obergeschoß:
Dipl.-Ing. Bernhard Brabetz
Dipl.-Ing. Gottfried Hein
Innenprojekt Bierschänke:
Dipl.-Arch. Lothar Walk,
Dipl.-Ing. Michael Leis
Freiflächengestaltung:
Ingenieur Ullrich Dressel,
Dipl.-Ing. Jürgen Jobst

In den Heften 11/75 und 3/78 dieser Zeitschrift wurde über die bisher vorliegenden Ergebnisse des Beispielvorhabens „Umgestaltung Stadtkern Bernau“ informiert.
Dabei wurde besonders auf die Bebauungskonzeption der ersten beiden Bauabschnitte und die Erzeugnisentwicklung des Wohnungsbaus eingegangen.
Die Konzeptionen weisen eine Anzahl Sonderbauten aus, die in unmittelbarer Nachbarschaft von historischen und unter Denkmalschutz stehenden Bauten in handwerklicher Bauweise ausgeführt werden sollen. Als erste dieser Bauten wurde die HO-Gaststätte „Am Steintor“ errichtet und der Bevölkerung übergeben.

Ausgangssituation

Unmittelbar an das Steintor mit dem Hungerturm angebaut, das historische Bauwerk zum großen Teil verdeckend, stand bis zu ihrem Abriß im Jahre 1976 die Gaststätte „Elysium“.
Vor Beginn der endgültigen Planung der Umgestaltung des Altstadtkerns bestand die Absicht, diese Gebäude zu modernisieren und zu erweitern. Als erste Maßnahme wurde 1974 der alte Saalanbau abgerissen und an gleicher Stelle durch einen Neubau ersetzt, der eine Lücke in der noch überwiegend gut erhaltenen Stadtmauer schloß. Der städtebaulichen Leitplanung von 1974 folgend, wurde darauf orientiert, die alte Gaststätte abzureißen und einen Neubau innerhalb der Stadtmauer zu errichten. Damit sollte das alte Torgebäude mit dem Hungerturm von außen wieder in voller Breite sichtbar werden.
Für den Baukörper der Gaststätte wurde ein Projekt des VEB Wohnungs- und Gesellschaftsbaukombinat Frankfurt (Oder) für eine Gaststättenkombination 240/120 in Skelettmontagebauweise ausgewählt. Durch das Fehlen der erforderlichen Fertigteile wurde die Umprojektierung zu einem Gebäude in traditioneller Bauweise notwendig.
Das 2geschossige Gebäude mit den Grundabmessungen von 31,5 m×31,5 m sollte mit dem neu errichteten Saalanbau der ehemaligen Gaststätte „Elysium“ zu einer funktionellen Einheit verbunden werden. Neben der Verbesserung der gastronomischen Situation, erforderlich durch den Abriß vorhandener überalterter Gaststättensubstanz und gleichzeitigen Bedarfszuwachs durch Wohnungsneubau in unmittelbarer Nähe des Stadtkerns soll das Ge-

1
Blick vom Stadtkern auf das Steintor, links die Gaststätte

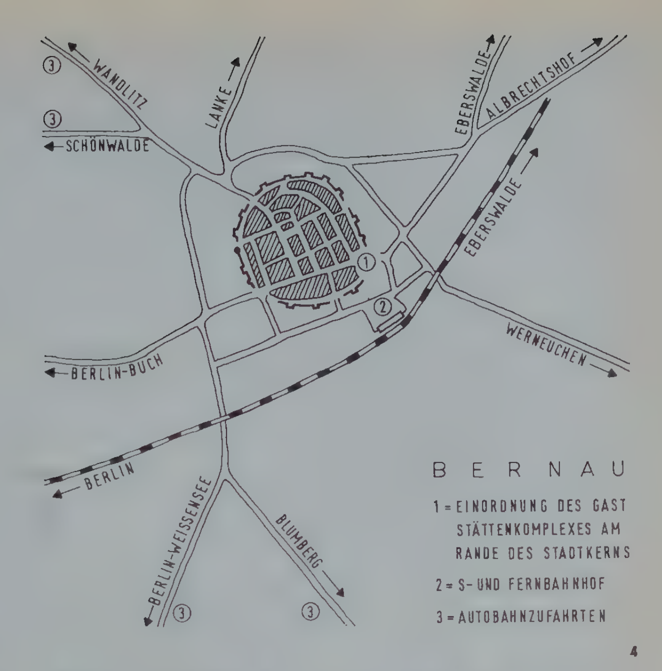
2
Das Steintor von außen vor dem Abriß der Gaststätte „Elysium"

3
Ansicht von außen in Richtung Stadtkern

4
Lage der Gaststätte im Stadtkern

5
Alte Gaststätte mit Saal (Lageskizze)

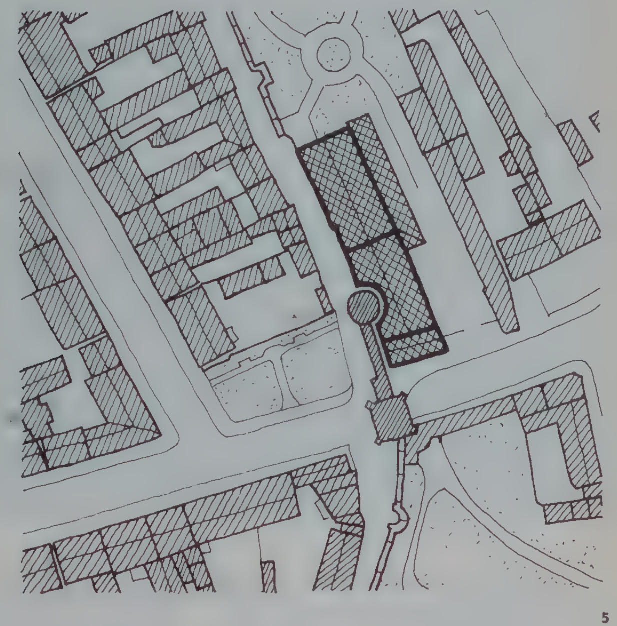
6
Lageskizze der neuen Gesamtanlage



4



2

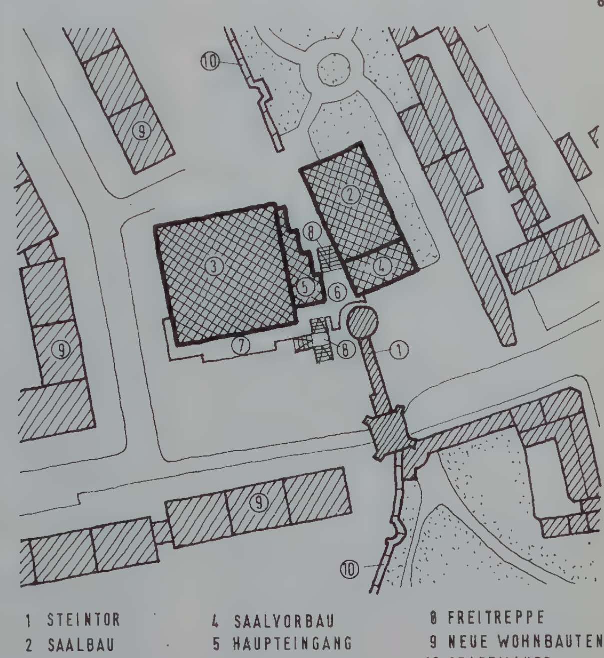


5

3

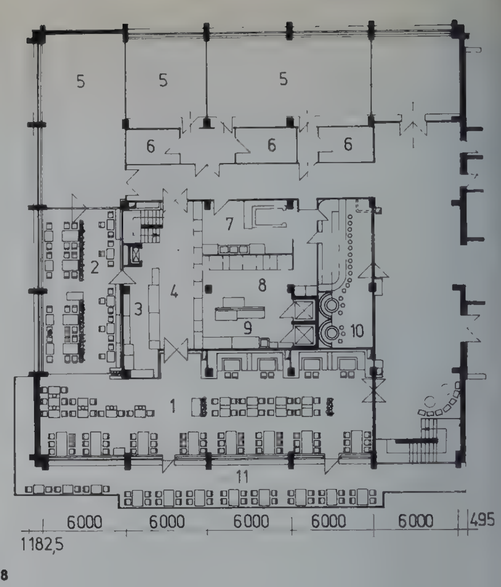


6



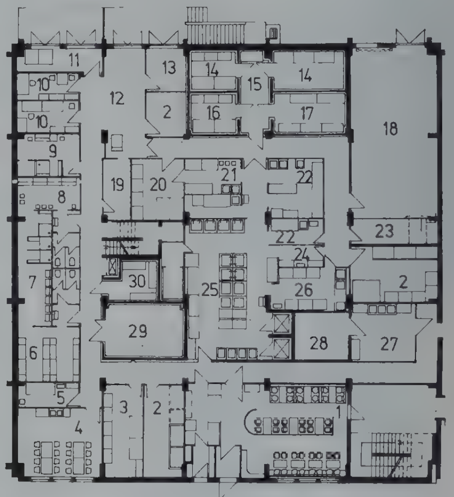


7



8

9



bäude vorläufig auch einen kulturellen Mittelpunkt des Stadtkerns bilden.

Städtebauliche Einordnung und Entwurfslösung

Ausgehend von der Bebauungskonzeption des 2. Bauabschnitts wurde der Gaststättenneubau unmittelbar neben dem Hungerturm rechtwinklig zum Steintor angeordnet. (Abb. 5)

Damit wird sowohl in der gegenwärtigen Situation mit vorhandenen alten zweigeschossigen Wohnhäusern als auch nach deren Ablösung durch Neubauten ein kleiner, geschlossener Vorplatz für die Gaststätte und das Torgebäude gebildet. Das Eingehen auf das denkmalgeschützte Steintor erfolgte nicht in historischer Form, sondern im Material und in angemessenen Dimensionen der Neubauten. Das Torgebäude bleibt in diesem Bereich das dominierende Bauwerk. Mit vorspringenden Pfeilern und einem Balkon mit Freisitzen vor den Gaststättenräumen im Obergeschoß wurde eine plastische Gliederung des Gebäudes beabsichtigt.

Der außerhalb der Stadtmauer gelegene Saal erhielt einen zweigeschossigen Vorbau, um Foyer und Garderobe aufzunehmen und um den Anschluß an das Hauptgebäude über einen Verbindungsbau zu ermöglichen.

Damit entstand hier ebenfalls ein kleiner Vorplatz für das in seiner ganzen Größe wieder sichtbare Torbauwerk und für den Saaleingang. Der Verbindungsbau nimmt voneinander getrennte Gänge für das Gaststättenpersonal und die Gäste sowie die Toiletten für den Saal und für die im Erdgeschoß gelegene Bierschänke. Durch die funktionell notwendige Verbindung des Hauptgebäudes innerhalb der Stadtmauer mit dem bereits vorhandenen Saal außerhalb der Stadtmauer wird der in seiner ganzen Länge erhaltene innere Mauerumgang des Stadtkerns unterbrochen. Um den dadurch erzeugten Eingriff in die historische Situation zu mildern, wird dieser Umgang mit Hilfe von Freitreppen über den Verbindungsbau geführt. Da das Grundprojekt des Hauptgebäudes für eine Hanglage mit Hauptzugang im Obergeschoß konzipiert war, dienen diese Freitreppen gleichzeitig als Zugang zur Gaststätte. Der Eingangsvorbau erhielt bedingt durch die gesamte städtebauliche Situation eine gestaffelte Grundrißform.

Konstruktion

Die Gaststätte ist ein zweigeschossiger, teilweise unterkellerter Flachbau mit einem Systemmaß von 6000 mm × 6000 mm. Die Geschoßhöhen betragen 2800 mm im Kellergeschoß, 4100 mm im Erdgeschoß und 4500 mm im Obergeschoß. Die Stabilisierung des Gebäudes in beiden Richtungen

7
Blick vom inneren Mauerumgang auf die Rückseite des Zwischenbaus

8
Obergeschoß des Hauptgebäudes 1 : 500

1 Speiserestaurant
2 Klubraum
3 Theke
4 Office
5 Kulturraum
6 Stuhllager
7 Spüle
8 Warme Küche
9 Kalte Küche
10 Getränkebar
11 Terrasse

9
Untergeschoß des Hauptgebäudes 1 : 500

1 Bierschwemme
2 Lager
3 Flaschenlager
4 Personal-aufenthaltsraum
5 Ruheraum
6 Umkleideraum (schwarz) Frauen
7 Waschraum Frauen
8 Umkleideraum (weiß) Frauen
9 Umkleideraum Männer
10 Büro
11 Abfälle
12 Warenannahme
13 Leergut
14 Tiefkühlraum
15 Vorkühlraum
16 Milchkühlraum
17 Fleischkühlraum
18 Lüftung
19 Kühlmaschinen
20 Gemüselager
21 Gemüsevorbereitung
22 Fleischvorbereitung
23 Eigenbedarf
24 Küchenleiter
25 Warme Küche
26 Topfspüle
27 Spüle
28 Maschinenraum
29 Bierkühlraum
30 Weinkühlraum

10
Blick auf Haupteingang der Gaststätte und Obergeschoß



10

übernehmen die Außenwandstützen. Der Verbindungsbau ist ein teilweise zweigeschossiger, nicht unterkellerter Flachbau. Die Geschoßhöhen betragen im Erdgeschoß 4100 mm und im Obergeschoß 3250 mm. Der Saalvorbau ist ein nicht unterkellerter zweigeschossiger Flachbau mit Geschoßhöhen von 4025 mm im Erdgeschoß und 3060 mm im Obergeschoß.

Die Gründung des unterkellerten Teiles erfolgte auf Stahlbeton- und Streifenfundamenten. Die Stützen wurden auf Einzelfundamenten, alle anderen Außen- und belasteten Innenwände auf Stampfbeton-Streifenfundamenten gegründet. Für die Außenpfeiler fanden rotes Klinkermauerwerk, für die Außenwände Hochlochziegel mit rotem Verblendmauerwerk Anwendung. Die Kellerwände wurden in Kalksandsteinmauerwerk, die Innenwände überwiegend in Hochlochziegelmauerwerk und auf der Stahlbetondecke im Obergeschoß aus Gasbetonsteinen hergestellt. Die Erd- und Obergeschoßdecken sind als Plattenbalken ausgebildete monolithische Stahlbetonkonstruktionen. Im Verbindungsbau bestehen die Decken über den Sanitäranlagen aus Stahlbetonhohldielen. Die Treppen und Podeste sind Stahlbetonkonstruktionen mit Kunststeinbelag. Das Dach ist ein Bitumendämmdach mit 2,5 oder 5 Prozent Dachneigung und umlaufender Attika. Das Restaurant und die Klubräume erhielten eine Ganzverglasung ab Brüstungsoberkante mit Sonnenschutzglas.

Die Außentüren der Gaststätte im Obergeschoß der Bierschänke und des Saalvorbaus sind Sonderanfertigungen.

Funktionelle Lösung

Das Obergeschoß ist in folgende Raumgruppen gegliedert:
Eingangs- und Foyerbereich
Restaurantbereich
Barbereich
Kulturbereich
Küchenbereich

Vom Foyer, dem die Garderobe und die Sanitärräume für die Gäste zugeordnet sind, werden das Restaurant, die Bar, die Kulturräume sowie über eine Treppe die Bierschänke und die Verbindung zum Saal im Erdgeschoß erschlossen.

Das Restaurant ist in einen Hauptraum mit 102 Plätzen und einen durch eine Harmonikafaltwand abtrennbaren Klubraum mit 36 Plätzen geteilt. Vom Hauptraum ist über zwei auch als Notausgänge erforderliche Türen die obere Terrasse mit 38 Plätzen (im Sommerbetrieb) erreichbar, die zusätzlich direkt vom äußeren Treppenübergang zugänglich ist.

Die Bar hat 32 Plätze und grenzt unmittelbar an das Foyer. Die 4 Kulturräume, die in Verantwortung des Kulturbundes bzw. des Kreiskulturhauses genutzt werden, sind durch jeweils zugeordnete Stuhllager mehrseitig nutzbar, d. h. für Beratungen, literarische und musikalische Veranstaltungen u. ä. Im Erdgeschoß befinden sich neben der Bierschänke die Küche mit ihren Nebenräumen sowie Wasch-, Umkleide- und WC-Räume für das Personal. Die Bierschänke mit 43 Sitzplätzen und 8 Stehplätzen ist vom innerhalb des Stadtkerns gelegenen Vorplatz zugänglich.

Über einen weiteren (Kellner-)Ausgang ist die gastronomische Versorgung der vorgesehenen Freiraumplätze möglich. Der zweite Ausgang führt über die Innentreppe zum Foyer bzw. über einen Verbindungsgang, dem Sanitärräume für Gäste zugeordnet sind, zum Saalvorbau.

In dessen Erdgeschoß, mit Zugang vom äußeren Steintorplatz, befinden sich die Garderobe und ein Büfett zur Pausenversorgung des Saales und ein Zugang zu den im Obergeschoß befindlichen Verwaltungsräumen des Gesamtkomplexes.

Gestalterische Lösung

Aus der traditionellen Bauweise und den funktionellen Anforderungen wurde die gestalterische Lösung abgeleitet. Vorherrschende Materialien sind Klinker, Holz und Glas.

Den Gesamteindruck des Gaststättengebäudes bestimmen vor allem die südliche, zum inneren Vorplatz gelegene und die

11

westliche, entlang der Brüderstraße laufende Gebäudefront.
Während die Außenflächen des Erdgeschosses bis auf die jeweils 3 Fenster der Bierschänke und des Personalraumes und die beiden Türen geschlossen in Klinker ausgeführt sind, wurde das Obergeschoß im Bereich der Gaststätten- und Kulturräume durch großformatige Fensterflächen geöffnet. Die durch die Klinkerstützen vorhandene Gliederung wird durch weißgestrichene Betonstürze und eine ebenfalls in Klinker ausgeführte Attikazone unterstützt.
Die öffentlichen Räume des Obergeschosses haben durchgängig weiße Stuckdecken, in der Bar wurde zusätzlich eine Holzdecke montiert. Für die Wände wurden furnierte Paneele bzw. Einbauschränke (Esche) verwendet. Als Beleuchtung wurden Strahler gewählt, die an Trägerelementen befestigt sind. Die Gaststätten- und Kulturräume haben Parkettfußboden, der im Restaurant durch dunkelgrünen Textilbodenbelag ergänzt wurde. Im Foyer und in der Bar wurden Kunststeinplatten verlegt. Der Fußboden und die Wände im Gastraum der Bar wurden einschließlich der Sitzbank mit textilem Bodenbelag belegt.
Die Decke der Bierschänke besteht aus furnierten, dunkelgebeizten Kastenelementen. Die Wände wurden mit gelben Vormauerziegeln verkleidet, der Fußboden ist mit dunkelbraunen Fußbodenfliesen belegt. Die Beleuchtung erfolgt durch rote Metallpendelleuchten bzw. durch Leuchtstoffröhren indirekt im oberen Wandbereich. Die Fenster sind in fester Betonverglasung ausgeführt. Auf der den Fenstern gegenüberliegenden Wand sind im oberen Bereich 10 aus Holz gefertigte Hausmarken, „der im 16. Jahrhundert mit Braugerechtigkeit ausgestatteten Bernauer Bürgerhäuser“ angebracht.

12



Freiraumgestaltung

Der außerhalb der Stadtmauer vor dem Saalvorbau durch den Abriß der ehemaligen Gaststätte Elysium entstandene Platz wurde vorerst mit einem Plattenbelag versehen. Eine etwa 3 m breite unmittelbar an das Steintor grenzende Fläche ist für eine niedrige Bepflanzung vorgesehen. Sein endgültiges Aussehen erhält der Platz im Zusammenhang mit der Gestaltung der den Stadtkern umschließenden Wallanlagen.

Ähnliches gilt für den innerhalb des Stadtkerns gelegenen Vorplatz. Im Rahmen der Freiraumgestaltung des 2. Bauabschnittes der Umgestaltung wird dessen Hauptfläche um rund 40 cm gegenüber den schon in Beton mit roter Spaltklinkerverkleidung ausgeführten Terrassen abgesenkt, mit grauem Granitpflaster versehen und im wesentlichen Teil durch einen flachgehaltenen Brunnen ergänzt.

11
Gaststätte im Obergeschoß

12
Bierschwemme im Erdgeschoß

1

Neugestaltung des „Karl-Marx-Hauses" in Delitzsch

Dozent Dr.-Ing. Wolfgang Geisler,
Architekt BdA/DDR
Hochschule für industrielle Formgestaltung
Halle-Burg Giebichenstein

In den Beschlüssen des IX. Parteitages der SED wurde festgelegt, daß der Kreis Delitzsch in den kommenden Jahren für unsere Volkswirtschaft als ein wichtiges Kohle- und Energiezentrum auszubauen ist. Dabei wird sich die Stadt Delitzsch, als das gesellschaftspolitische und wirtschaftlich-kulturelle Zentrum des Kreises, in der Wohnbevölkerung von jetzt 24 000 auf 43 000 Einwohner entwickeln.

Delitzsch ist Kreisstadt, Sitz der Leitungen zentraler Versorgungseinrichtungen, Zentrum der Industrie- und Dienstleistungsbetriebe und hat vielfältige territoriale Beziehungen in dem Industrieschwerpunktgebiet Leipzig – Bitterfeld – Halle.

Von den Volksvertretungen wurde beschlossen, zur Befriedigung der ständig wachsenden geistig-kulturellen Bedürfnisse der Bürger der Stadt und des Kreises Delitzsch, das „Karl-Marx-Haus", das Kreiskulturhaus, mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden materiellen Fonds neuzugestalten und in gewissen Grenzen zu erweitern. Der Grundkörper des jetzigen Kreiskultur-

1 Eingang zum Mehrzwecksaal

2 Blick in den Mehrzwecksaal

Hauptauftragnehmer:
VEB Gebäudewirtschaft Delitzsch

Projektierung:
VEB Gebäudewirtschaft Delitzsch

Entwurf:
Ingenieur Papert, Ingenieur Kaiser

Statik:
Ingenieur Grollmitz, Dipl.-Ing. Trommer

Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik:
Ingenieur Schmidt, Ingenieur Ehbauer
Ingenieur Vorsatz

Elektrotechnik:
Ingenieur Mann

Innengestaltung Saal, Foyer, Bar:
Dr.-Ing. Geisler, Architekt BdA/DDR
Diplomformgestalter Reppchen

Innengestaltung Gaststätten:
Architekt Dienst

Akustik:
Prof. Dr.-Ing. Fasold

Küchentechnologie:
Ingenieur Schiller

Bauleitung:
Techniker Mandel

2





3



4



5

3 Innenraumgestaltung des Saales (Einweihung 1912)

4
Obergeschoß 1 : 500

1 Zugang zur Tanzbar
2 Tanzbar
3 Tanzfläche
4 Garderobe
5 Küche Bar
6 Handlager Bar
7 Empore Mehrzwecksaal
8 Luftraum Mehrzwecksaal
9 Gesellschaftsraum
10 Büfett
11 WC Gäste
12 Sozialbereich

5
Erdgeschoß 1 : 500

1 Windfang zum Mehrzwecksaal
2 Foyer
3 Garderobe
4 bis 6 WC
7 Mehrzwecksaal
8 Bühne
9 Bar am Mehrzwecksaal
11 Windfang
12 Speisegaststätte
13 Bierklause
14 Gäste-WC
15 Küche

6
Deckenausschnitt Mehrzwecksaal

7
Foyer

8
Tanzbar

hauses wurde 1891 erbaut. Er beinhaltete einen kleinen Festsaal mit Vereinszimmer, Gastzimmer und Wirtschaftsräume. In den Jahren 1911 und 1912 erfolgte die Erweiterung des Baukörpers um einen zweiten Bauabschnitt.

Es entstanden ein Festsaal von 440 m^2, eine Bühne von 90 m^2 Fläche, ein Foyer und geräumigere Nebenräume.

Seit 1945 wird der Gebäudekomplex in vielfältigster Form von Volksvertretungen, Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Einrichtungen und allen Bürgern genutzt.

Am 24. März 1946 fand in diesem Haus auf Kreisebene die Vereinigung von KPD und SPD zur SED statt.

Nach 1950 erfolgte ein Umbau mit dem Ziel, funktionelle Beziehungen der einzelnen Bereiche entsprechend den neuen Anforderungen zu schaffen.

Das „Karl-Marx-Haus" liegt im Nordteil der Stadt, vom Stadtzentrum durch den Stadtpark getrennt.

In unmittelbarem Anschluß an die Bebauung um das „Karl-Marx-Haus" sollen noch zwei Wohngebiete mit rund 5 500 Wohnungen entstehen. Damit ist eine günstige städtebauliche Anbindung gegeben.

Der letzte Um- und Erweiterungsbau mit der eingeschlossenen Neugestaltung dauerte 16 Monate.

Durch die baulichen Erweiterungen wurden für den Mehrzwecksaal ein Foyer mit Garderoben- und Toilettenanlagen, anstelle der bisherigen einen Gaststätte zwei Gaststätten eine Tanzbar und ein funktionstüchtiger Küchen- und Wirtschaftstrakt geschaffen.

An kapazitätsbestimmenden Nutzungseinheiten sind vorhanden:

- Mehrzwecksaal (348 Plätze bei Tanzveranstaltungen, 437 Plätze bei Konferenzen, Konzerten u. ä.)
- Speisegaststätte (62 Plätze)
- Bierklause (58 Plätze)
- Bar (20 Plätze)
- Tanzbar (90 Plätze)
- zwei Gesellschaftsräume (je 40 Plätze)

Im Mehrzwecksaal können folgende Veranstaltungen stattfinden: Sitzungen des Kreistages, Konferenzen, Aktivtagungen und Veranstaltungen der Parteien und Massenorganisationen, Konzerte, KGD-Veranstaltungen, Modeschauen, Betriebsfeiern, öffentliche Tanzveranstaltungen u. ä.

Zur Innengestaltung des Bereiches Mehrzwecksaal:

Bei der Innengestaltung dieses Bereiches war eine Reihe von Schwierigkeiten zu bewältigen, und bestimmte Gegebenheiten beeinflußten die gestalterische Konzeption:

- der basilikenförmige Querschnitt des Saales
- das Gemisch in der Konstruktion von Mauerwerk, Stahlbeton, Stahl und Holz
- die Massigkeit und die Anordnung der Mauerwerkspfeiler im neuen Anbau (Foyer und Bar)
- Wechsel von Projektanten und gleitende Projektierung
- nahezu ausschließliches Zurückgreifen auf Ausführungskapazitäten der Kreisebene. (Die Ausbaugewerke waren bislang noch nicht oder kaum mit der Ausführung von Gesellschaftsbauten in diesen Dimensionen, mit der vorgesehenen Formensprache und den daraus resultierenden handwerklichen und technologischen Problemen konfrontiert worden.)

Als Grundprinzip der Gestaltung galt die Prämisse, Material Farbe und Form sparsam, diszipliniert und nutzungsgerecht einzusetzen. Diese Beschränkung mußte eine mögliche Vielfalt zulassen und funktionale und ästhetische Absichten ablesbar machen.

Da das Haus in großem Maße von jungen Menschen genutzt wird, sollte durch die Gestaltung sowohl eine ästhetische Beeinflussung erfolgen als auch durch die angestrebte (und auch erreichte) hohe Qualität in der Ausführung psychologisch auf diesen Kreis eingewirkt werden.

An Material wurden eingesetzt:

Naturstein für Boden-, Treppenbeläge und Säulenverkleidungen, Eichenholz als Parkettfußboden, furnierte Spanplatten für Wandbekleidungen, Gipsglättputz als Wandbelag, vorgefertigte Gipselemente als Unterhangdecken, Spanplatten (furniert oder farbig gespritzt) für die Deckenkörper und Aluminium für Leuchten, Lüftungsgitter u. ä.

Die Farbgestaltung ist durch wenige Farben bestimmt.

Mehrzwecksaal: weiße Wand- und Deckenflächen, weiße marmorverkleidete Säulen, mit hellen Bändern gegliederte dunkelbraune hölzerne Wandverkleidungen, naturfarbiges Aluminium, schwarze Stahlrohrprofile und abgestufte Rottöne für die Textilien.

Foyer: weiße Wand- und Deckenflächen, sandgelber Kalkstein für Böden- und Treppenbeläge, schwarzer Granit für die Säulenverkleidung, schwarze Stahlrohrprofile, naturfarbiges Aluminium, abgestufte Grüntöne für die Einbauten und Textilien.

Bei der Gliederung der Flächen dominiert in der Groß- und Kleinteilung die sichtbare Fuge in unterschiedlicher Breite. Die Strukturierung der Wand- und Deckenflächen basiert auf akustischen Überlegungen.

Dank der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Bauleitung, Projektanten und dem gesamten bauausführenden Kollektiv konnte den verschiedensten Nutzergruppen ein repräsentatives Mehrzweckgebäude übergeben werden. Die Bürger und insbesondere die Jugendlichen der Stadt und des Kreises Delitzsch haben das neugestaltete Haus, das eine gewisse Bewährung hinter sich hat, mit voller Zustimmung angenommen.



6

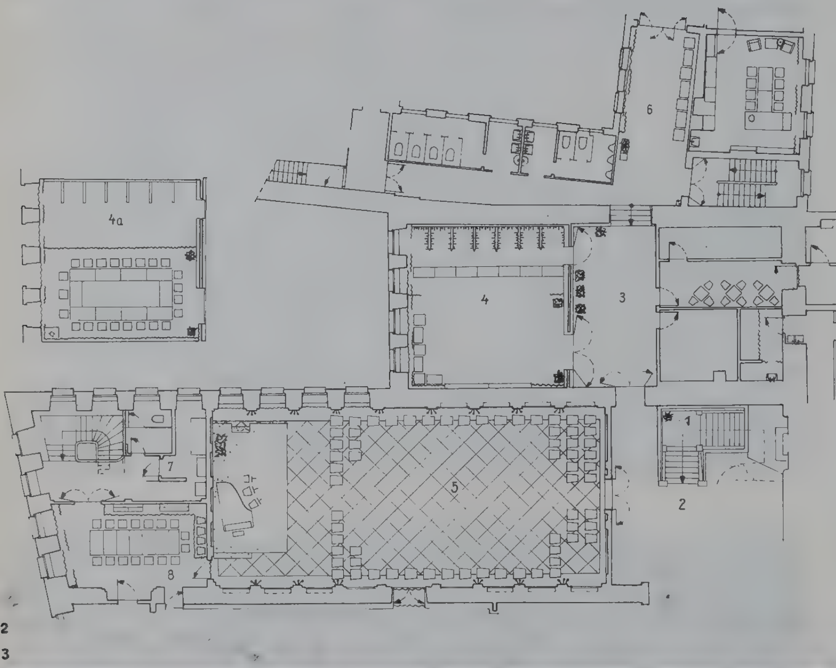


7

8



1



2

3



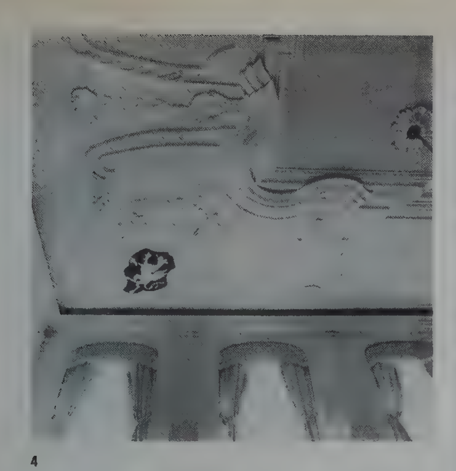
Restaurierung des Festsaales im Rathaus von Rostock

Innenarchitekt Fritz Hering, Architekt BdA/DDR
VEB Baureparaturen Rostock

Das im Jahre 1236 erbaute Rathaus in Rostock ist ein mittelalterliches Bauwerk ersten Ranges, dessen kulturhistorischer Wert in sachverständigen Kreisen vollauf gewürdigt wird.

Das ursprüngliche alte Rathaus ist ein Doppel- oder Zwillingshaus. Bei diesem Haustyp handelt es sich um eine Kombination von zwei gleichartigen Häusern, die durch eine gemeinsame mittlere Längswand getrennt und von Spitzbögen durchbrochen sind. An der Außenfassade erscheinen selbständige einfache Giebel und Dächer. Das Haus steht nach allen vier Seiten frei. Nach dem Abschluß des Vorbaus (1728 als barocker Neubau) wurde auch der Innenbereich des Rathauses umgestaltet. Durch die Erhöhung der beiden Giebelhäuser um drei Meter entstand die große Diele mit Galerie im ersten Obergeschoß, wobei der Rathaussaal und das Ratszimmer eine größere Raumhöhe erhielten. Der Rathaussaal von 1735 (früher auch Fürstensaal genannt) mit seinem bürgerlichen Barock-Interieur bildete gestalterisch den Gegensatz zu dem um fünfzehn Jahre später entstandenen Barocksaal.

Durch den Dachstuhlbrand im Jahre 1973 wurden der Rathaussaal, das Ratszimmer und einige Nebenräume stark in Mitleidenschaft gezogen. Es wurde beschlossen, den unter Denkmalschutz stehenden, baugeschichtlich wertvollen Rathaussaal mit seinem barocken Interieur wiederherzustellen. Für die Ausführung der Rekonstruktionsarbeiten des Rathaussaales, des Ratszimmers



4



3

und aller Nebenräume waren umfassende bautechnische Untersuchungen erforderlich. Ein Ergebnis dieser Analysen war die Festlegung, bei der Restaurierung und Ausstattung höchste Qualitätsparameter einzuhalten. Nach der Restaurierung dient der Rathaussaal als Festsaal folgenden Veranstaltungsformen:

- Veranstaltungen, Sitzungen und Beratungen der Stadtverordnetenversammlung und des Rates
- Feiern für Jugendweihe und Namensgebung
- nationalen und internationalen Konferenzen
- Banketten und Empfängen aus besonderen Anlässen
- Aufführung von Rathauskonzerten.

Während der Ausführungsarbeiten für den Festsaal sind die Institute für Denkmalpflege Berlin, Potsdam und Schwerin konsultiert worden.
An den Restaurierungsarbeiten des Festsaales waren 17 Baubetriebe beteiligt. Der Festsaal erhielt eine Farbgestaltung in Weiß, Gold, Goldgelb, Hellgrau und Blau.

1
Rekonstruierter Festsaal im Rathaus von Rostock. Blick vom Haupteingang zum Podium

2
1. Obergeschoß. Möblierungsplan
1 Treppenaufgang zum Festsaal
2 Halle
3 Vestibül 1
4 Garderobe (Mehrzweckraum)
5 Festsaal
6 Vestibül 2
7 Beschallungsraum
8 Künstlergarderobe (Mehrzweckraum)

3
Festsaal vor der Rekonstruktion

4
Deckendetail

5
Deckenausschnitt

6
Blick vom Ratszimmer in den Festsaal

Auftraggeber:
Rat der Stadt Rostock
Entwurfs- und Ausführungsprojekt:
Innenarchitekt BdA/DDR Fritz Hering,
VEB Baureparaturen Rostock

Statik:
Bauingenieur Dieter Sanftleben,
VEB Baureparaturen Rostock

Kostenplan Hochbau:
Bauingenieur Bruno Spohd,
VEB Baureparaturen Rostock

Innenausbau:
Innenarchitekt BdA/DDR Fritz Hering,
VEB Baureparaturen Rostock

Konsultation:
Institut für Denkmalpflege Berlin,
Generalkonservator
Prof. Dr.-Ing. Deiters
Staatliche Schlösser und Gärten Potsdam,
Chefrestaurator Gräf und Frau Ebner v. Eschenbach
als Leiter in der Textilwerkstatt
Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Schwerin,
Chefkonservator Dipl.-Ing. S. Pohlens
Büro für Stadtplanung Rostock,
Abteilung Denkmalpflege, Ingenieur H.-J. Lorenzen
Bauakademie der DDR Berlin, FK Schallschutz,
Dr.-Ing. H. Winkler

HAN:
VEB Bau-Warnow Rostock

Kapazitäten

Festsaal	190 Sitzplätze
Ratszimmer	70 Sitzplätze
Konferenzraum	26 Sitzplätze
Konferenzraum	24 Sitzplätze
Modellraum	56 Sitzplätze
Konferenzraum	24 Sitzplätze

6





7



8

9



Die alte Balkenlage, stark durch Wurm- und Käferbefall angegriffen, wurde mit neuen Stahlträgern stabilisiert. Der auf den Kanthölzern liegende Blindboden wurde dann mit Parkettstäben in Rautenform mit geräucherten Friesen verlegt. Alle Wandflächen und die Decke erhielten einen weißen Farbanstrich. Die Wandnischen zwischen den Pilastern wurden unterhalb des Gurtgesimses mit einer goldgelben Seidendamasttapete abgespannt. Die Wandnischen oberhalb des Gesimses wurden mit einem hellgrauen Farbton getönt.
Der Deckenspiegel erhielt einen lichten hellblauen Farbanstrich. Die in den Ecken angeordneten Wappenfelder wurden in Blau, Weiß und Rot ausgeführt. Zur Hervorhebung bestimmter Details erhielten die Wände sowie die Decken und die Türen eine sparsame Vergoldung.
Durch die Unterkonstruktion der Wandbespannung aus Rahmen mit aufgeschraubten Spanplatten wurde ein gutes akustisches Wiedergabeverhältnis erzielt.
Bei der Restaurierung der alten Decke, die sehr reich in ihrer Ornamentik ist, wurde ebenfalls in allen Deckenbalken starker Wurm- und Käferbefall festgestellt.
Aus diesem Grunde war eine Anschuhung mit Stahlträgern erforderlich, die gleichzeitig als Sparrensicherung der Dachkonstruktion dienen.
Die vier großen und acht kleinen Fensteröffnungen wurden mit Seitenschals und Schabracken abgehangen.
Die unterhalb der Wand- und Fensternischen eingebauten Radiatoren erhielten zum Raum hin weiße barocke Ziergitter.
Der Haupteingang zum Festsaal und die Wandöffnung zum Ratszimmer sind als zweiflüglige, schallhemmende Türen nach altem barockem Muster ausgebildet. Die kleine Tapetentür an der Stirnwand des Saales dient als Durchgang zu den Künstlergarderoben.
Alle Armlehnsessel und Stühle wurden in heller Eiche ausgeführt und erhielten indigoblaue Plüschbezüge.
Das an der Stirnwand aufgestellte Podium erhielt einen indigoblauen Teppichbelag. Hier kann bei Bedarf ein Präsidium aufgestellt werden.
Für die Beleuchtung des Festsaales wurden sechs Kristallüster und vierzehn Wandarme ausgewählt. Diese Beleuchtung aus Bronze-Messing-Guß mit den angehängten geschliffenen Glaselementen geben dem Saal eine festliche Note.
Der Festsaal bietet 190 Personen Platz. Die Reihen sind so angeordnet, daß eine variable Nutzung möglich ist. Für Rathauskonzerte ist ein großer Flügel aufgestellt.
Alle Nebenräume wie Vestibül 1 und 2 und Garderobe sind im ersten Obergeschoß angeordnet. Auch hier sind die alten Fußböden ausgebaut, stabilisiert und mit Parkett belegt worden. Die Wände, teilweise mit Wandverkleidung in Dehafol-Esche, teilweise mit Dekostoff gestaltet, passen sich mit ihrer warmen Tönung gut den Räumlichkeiten an.
Die Fensterfronten in der Garderobe und im Vestibül 2 wurden zusätzlich mit Dederonstores abgehangen, Garderobe und Vestibül 2 sind mit kleinen Tischen und Sitzbänken eingerichtet.

7
Blick in das Ratszimmer

8
Festsaal. Blick vom Podium zum Haupteingang

9
Vestibül 1 mit Blick zum Vestibül 2

Berliner Architekten in der ČSSR-Hauptstadt

Prof. Dr.-Ing. Werner Rietdorf
Bund der Architekten der DDR,
Bezirksgruppe Berlin

1
Rundgang durch die Prager Altstadt, die gegenwärtig an vielen Stellen einer gründlichen Rekonstruktion unterzogen wird

2
Faszinierend auch immer wieder für diejenigen, die schon mehrfach in der „Goldenen Stadt" weilten: Der imposante Massenaufbau der Kleinseite und des Hradschins. Hier ein Blick aus dem Seminargarten auf die Niklaskirche

3
Modernisierungsarbeiten an Wohngebäuden in der Pařižskastraße



1

Es gehört zu den guten Traditionen der Bezirksgruppe Berlin des BdA DDR, daß alljährlich eine Delegation unserer Bezirksgruppe in das befreundete sozialistische Ausland reist, um dort Gespräche mit Freunden und Kollegen zu führen, um Neues zu entdecken und Anregungen für die eigene Arbeit zu finden.

Im vorigen Jahr war nun Prag das Ziel der Reise. 41 Mitglieder unserer Bezirksgruppe hatten Gelegenheit, für drei Tage in die ČSSR-Hauptstadt zu fliegen und dort gleichsam „über das Wochenende" in einer Art „Intensiv-Exkursion" Probleme und Erfahrungen bei der Planung und Gestaltung unserer tschechoslowakischen Partnerstadt kennenzulernen. Der Vortrag, den hierzu der Hauptarchitekt von Prag, Dr. Blahomir Borovička, vor wenigen Jahren im Rahmen unseres Weiterbildungsseminars gehalten hatte, war uns für die inhaltliche Vorbereitung dieser Reise eine ausgezeichnete Grundlage und auch ein Anknüpfungspunkt für die organisatorische Vorbereitung, die gemeinsam mit dem Architektenverband der ČSR erfolgte.



2
3

Probleme der Stadtentwicklung

Zu Beginn unserer Exkursion wurden wir im Büro des Hauptarchitekten von Prag über den gegenwärtigen Stand der Stadtplanung und über Grundlinien der weiteren Stadtentwicklung informiert. Dabei zeigte sich erneut, daß es zwischen unseren beiden Hauptstädten eine ganze Reihe von Ähnlichkeiten oder Übereinstimmungen gibt.

So hat Prag mit gegenwärtig etwa 1,2 Millionen Einwohnern eine der DDR-Hauptstadt sehr gut vergleichbare Einwohneranzahl. Wie Berlin hat auch Prag vor allem seit etwa 100 Jahren eine stürmische Stadtentwicklung erfahren. Wenige Zahlen können das anschaulich zeigen (vgl. Tabelle).

Jahr	Bevölkerung (1000 Ew.)	Fläche (km^2)
1850	157,2	8
1910	616,6	21
1922	676,7	172
1945	959,0	172
1975	1150,0	495





4

4
Die Klement-Gottwald-Brücke über das Nusletal. An der Südseite der Brücke entsteht zur Zeit der neue Kulturpalast.

5
Blick in einen Teilbereich des bereits weitgehend neugestalteten Prager Hauptbahnhofs

6
Landschaftlich gestalteter, größerer Freiraum im Neubaugebiet Ďáblice

7
Neubauwohngebiet Ďáblice. Im Vordergrund ein Schulkomplex, am oberen Bildrand sechsgeschossige Punkthausgruppen

Im Unterschied zu Berlin entwickelte sich Prag jedoch in einer bedeutend schwierigeren topographischen Situation. Die Stadtfläche ist – bis auf die Altstadt und einige wenige Hochflächen am Stadtrand – stark hängig, vom Moldautal und zahlreichen Nebentälern zerklüftet und damit für eine wirtschaftliche Erschließung durch effektive Verkehrs-, Transport- und Versorgungssysteme von Natur wenig prädestiniert. In der Zeit der kapitalistischen Stadtentwicklung hat sich deshalb der Widerspruch zwischen dem unaufhörlichen Wachstum der Stadt (besonders seit den 20er Jahren, als das sogenannte Groß-Prag entstand) und den Lebensbedingungen der Menschen, die in ihr wohnen und arbeiten, ständig verschärft. Unter diesem Widerspruch litt Prag selbstverständlich auch noch in den ersten Jahren und Jahrfünften nach der Befreiung 1945. Mietskasernenviertel, wie wir sie von Berlin kennen, waren für Prag nicht weniger typisch, ebenso die von der störenden Industrie durchsetzten Mischgebiete im Süden, Osten und Norden der Stadt. Gute Wohnbedingungen gab es nur in den aufgelockerten Siedlungen der 20er und 30er Jahre, vor allem im Westen, Südosten und Nordosten. Und was sich mit der Zeit als immer größeres Problem erweisen sollte: In Prag fehlten bis in die 50er und 60er Jahre leistungsfähige Verkehrstrassen für den Fahrverkehr, den Schienenverkehr und vor allem den öffentlichen Personennahverkehr.

Viel wurde besonders in den vergangenen 10 Jahren getan, um die Stadtstruktur leistungsfähiger und effektiver zu gestalten. Aufbauend auf dem im Jahre 1961 erarbeiteten und 1964 von der Regierung bestätigten Flächennutzungsplan entstanden zur Deckung des immens gestiegenen Wohnbedarfs (vorrangig aus Wanderungsgewinn) eine große Anzahl neuer Wohngebiete, vorrangig im Norden, Süden und Südosten der Stadt in Randlage zu dem bestehenden Stadtkörper. Neue Industriegebiete wurden angelegt (Vysočany), Malešice-Hostivař), überalterte Industriezonen werden schrittweise modernisiert.

Aber die Hauptstadt Prag ist in den vergangenen Jahren auch ein großer „Verkehrsbauplatz" geworden. So werden – trotz der komplizierten topographischen Bedingungen – Stück für Stück Tangentenzüge, Radialverbindungen und Autobahnanschlüsse geschaffen. Die Stadt macht dabei geradezu einen gewissen „Häutungs-" Prozeß durch, aus der überholten, engen Stadtstruktur wächst ein neues, leistungsfähiges Verkehrsnetz heraus. Einiges – wie die bekannte Klement-Gottwald-Brücke über das Nusletal – ist schon fertig, vieles aber ist noch im Entstehen. Die Prager hoffen, in den 80er Jahren die wesentlichsten Verkehrsengpässe überwunden zu haben. Die Fertigstellung des gesamten geplanten Hauptstraßennetzes, bestehend aus dem Stadtring, dem etwa 70 km langen Außenring und 11 Radialverbindungen, wird sich jedoch noch mindestens bis zum Jahre 2000 hinziehen.

In enger Zusammenarbeit zwischen der ČSSR und der Sowjetunion entsteht seit nunmehr 10 Jahren ein großzügiges Metronetz in Prag. Die Gesamtlänge der Prager Metro ist mit etwa 93 km geplant. Am 9. Mai 1974 ging die erste Teilstrecke mit 9 Stationen und 6,7 km Länge in Betrieb. Vor kurzem wurde die zweite Strecke fertig, die vom Norden her unter der Moldau hindurch zum Námesti Miru führt (Länge 4,6 km; 7 Stationen). Bis 1985 sind in Prag über 32 km unterirdische Strecke vorgesehen – ein großartiges, aber sehr kompliziertes und investitionsintensives Vorhaben. Wir konnten sehen, mit welch hoher Qualität der Bau der Prager Metro erfolgt; sowohl technisch-funktionell als auch ästhetisch-künstlerisch. Die nach neuesten Erkenntnissen gestalteten Informationssysteme (Piktogramme, Lichtzeichen, elektronische Uhren u. a.) beeindruckten uns dabei in besonderem Maße. Die Prager können mit Recht stolz auf dieses neue Schmuckstück ihrer „Goldenen Stadt" sein – ein leuchtendes Beispiel für das Bruderbündnis der ČSSR mit der Sowjetunion. Nach der Fertigstellung des Metronetzes werden auf

5





6

dieses Verkehrsmittel etwa 60 Prozent aller beförderten Personen in der Hauptstadt entfallen!

Im Juni 1976 bestätigte die Regierung der ČSSR den neuen Generalbebauungsplan für die Entwicklung der Hauptstadt Prag, der im Zeitraum von 1970 bis 1975 vom Büro des Hauptarchitekten gemeinsam mit dem Staatlichen Institut für Territorialplanung (Terplan) ausgearbeitet wurde. Diesem langfristigen Generalplan zufolge wird Prag bis zum Jahre 1990 auf etwa 1,3 Millionen Einwohner anwachsen (bei einer Bevölkerung von insgesamt etwa 1,8 Millionen in der Agglomeration Prag). Als obere Grenze eines künftigen weiteren Wachstums nennen die Stadtplaner 1,4 Millionen Einwohner in der Hauptstadt sowie maximal 2 Millionen in der Stadtagglomeration. Die geplante Einwohnerentwicklung ergibt sich dabei als Saldo bedeutender Bevölkerungsbewegungen. So wandern gegenwärtig jährlich etwa 10 000 Einwohner aus Prag ab, während gleichzeitig etwa 15 000 Einwohner zuziehen. Das ergibt einen jährlichen Wanderungszuwachs von etwa 5000 Einwohnern. Da zur Zeit das Gleichgewicht in der Alterszusammensetzung (d. h. das Verhältnis produktiver Altersgruppen zu vor- und nachproduktiven Altersgruppen) erheblich gestört ist (nur etwa 27 Prozent der Bevölkerung befinden sich im arbeitsfähigen Alter, etwa 30 Prozent aller Haushalte sind Rentnerhaushalte), wird der Migrationsgewinn in den nächsten Jahren weiter gesteigert werden müssen. Das aber ist wiederum mit erheblichen Anforderungen an die städtebauliche Entwicklung, insbesondere den Wohnungsbau, verbunden.

Entwicklung des komplexen Wohnungsbaus

Sehr eindrucksvoll für uns war es, durch den Stellvertreter des Hauptarchitekten, Kollegen Dr. Jiři Hrůza, einiges über die bisherige und künftige Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues in der ČSSR-Hauptstadt zu erfahren.

7



Im Zeitraum der 30 Jahre von 1945 bis 1975 wurden in Prag über 130 000 neue Wohnungen gebaut – das ist nahezu ein Drittel des heutigen Wohnungsbestandes. Etwa 43 000 neue Wohnungen wurden allein im 5. Fünfjahrplan 1971 bis 1975 in Prag errichtet. Für den gegenwärtigen 6. Fünfjahrplan ist der Neubau von nahezu 60 000 Wohnungen vorgesehen, davon etwa 2000 Wohnungen als Neubau in Rekonstruktionsgebieten. Für den nächsten Fünfjahrplan 1981 bis 1985 wird ein etwa gleichbleibender Umfang des Neubaus angesetzt – bei steigendem Anteil des Neubaus in innerstädtischen Rekonstruktionsgebieten.

Die Standorte des Neubaus liegen in Prag, ähnlich wie in der Hauptstadt Berlin und vielen anderen Städten, vorrangig im Stadtrandgebiet. Bisher entstanden große, zusammenhängende Neubauwohngebiete insbesondere im Norden (Nordstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern) und im Süden (Südstadt mit über 80 000 Einwohnern, zur Zeit noch im Aufbau). Schwerpunkt des Wohnungsbaus der 80er Jahre wird die Südweststadt sein, in der Wohnungen für über 150 000 Einwohner errichtet werden.

Von den 58 000 Neubauwohnungen, die der Fünfjahrplan 1976 bis 1980 vorsieht, werden etwa 36 bis 37 Prozent als staatlicher und etwa 55 Prozent als genossenschaftlicher Wohnungsbau geschaffen, die restlichen etwa 8 bis 9 Prozent sind Eigenheime.

Die durchschnittliche Wohnfläche liegt beim Neubau gegenwärtig bei etwa 12 m^2/Ew. Bis zum Jahre 2000 wird mit einer Vergrößerung auf etwa 16 bis 18 m^2/Ew. gerechnet. Mit dem langfristigen Wohnungsbauprogramm im Zeitraum 1976 bis 1990 sollen in Prag etwa 180 000 Neubauwohnungen mit einem immer höheren Standard geschaffen werden, und es wird möglich, das gegenwärtig noch bestehende erhebliche Wohnungsdefizit zu beseitigen und den Anteil kleiner Wohnungen schrittweise abzubauen. Es wird darauf orientiert, daß etwa 1985 zwischen der Anzahl der vorhandenen Wohnungen und der Anzahl der Haushalte ein Gleichstand erreicht sein wird.

Auf Rundfahrten durch einige Stadtteile Prags hatten wir Gelegenheit, Eindrücke vom Bau der neuen Wohngebiete zu gewinnen. In der Nordstadt gab es eine intensive Begegnung mit den Schöpfern des Wohnkomplexes Ďáblice, einem Neubaukomplex für etwa 26 000 Einwohner, vorwiegend aus 11- bis 14geschossigen Wohngruppen bestehend (siehe auch Rietdorf: Neue Wohngebiete sozialistischer Länder, VEB Verlag für Bauwesen Berlin 1976, S. 268 bis 273). Während die rechteckigen Wohnhöfe in ihren Abmessungen von etwa 100 m $\times$ 140 m zum Teil ähnliche Proportionen aufwiesen wie vielgeschossig gebaute Wohnbereiche in zahlreichen anderen Städten (auch in Berlin), waren zwei Dinge für uns besonders bemerkenswert; zum einen die fast völlige Durchgängigkeit des Erdgeschosses, die den hohen Gebäuden die Schwere nimmt und die zumindest visuell eine Verbindung des Wohnhofes nach allen Seiten ins Umfeld herstellt, und zum anderen die im Gegensatz zu den dicht bebauten Wohnbereichen lockere, fast landschaftliche Gestaltung entlang dem mittig gelegenen Wohngebietspark und den Hauptfußgängerwegen.

Ein anderer Teil der Nordstadt, das Wohngebiet Bohnice, befindet sich gegenwärtig zum Teil noch im Aufbau. Mit einem Gesamtumfang von über 9000 Wohnungen für etwa 33 000 Einwohner ist es das größte



8



9

10



Neubaugebiet der Nordstadt. Auffällig für uns waren die Mischung einer großen Anzahl punktförmiger oder punktähnlicher, gedrungener Baukörper mit längeren vielgeschossigen Scheiben sowie die häufige Anwendung großer Gebäudetiefen mit Abmessungen von 14,00 m und sogar 17,20 m (Sektionstyp mit 6-m-Deckenspannweite, Innenküche und Innenbad sowie zentral gelegenem Verkehrskern, bestehend aus dem Personenaufzug und einer einläufigen Treppe).

In Bohnice lernten wir auch eine interessante Lösung für ein Wohnkomplexzentrum kennen. Dieses Zentrum, zweigeschossig ausgebildet, spannt sich quer über die das Wohngebiet erschließende Hauptnetzstraße. Wie sich zeigte, war diese funktionell sehr konsequente bauliche Lösung jedoch, was den bautechnischen Aufwand, den Aufwand an Verkehrsflächen und die Störfaktoren (Lärm, Abgase) betrifft, nicht unproblematisch. Und so wird dieses Beispiel wohl eine Ausnahme bleiben müssen.

Schließlich sahen wir uns auch in der erst vor kurzer Zeit begonnenen Südstadt ein wenig um. Dieser Stadtteil ist im gegenwärtigen Fünfjahrplan absoluter Schwerpunkt des Wohnungsneubaus in Prag. Wohnungen für etwa 80 000 Menschen werden hier innerhalb weniger Jahre gebaut. In den mit unseren Prager Kollegen geführten Gesprächen zur Südstadt ging es um eine Reihe von Problemen, die sich bei diesem Gebiet stellen, z. B. die Frage nach einer Gliederung in überschaubare Wohnbereiche, die räumlichen Konsequenzen aus einer überdurchschnittlich hohen Geschoßzahl (großer Anteil vielgeschossiger Gebäude und Wohnhochhäuser), der Einsatz der Farbe und der Oberflächengestaltung an den Fassaden der Wohngebäude, das notwendige „Gleichziehen" des Gesellschaftsbaues und die Frage nach einer abwechslungsreichen, möglichst zügig realisierbaren Freiflächengestaltung.

Kein Wunder, daß wir mit den Prager Kollegen, die uns auf diese Baustelle führten, schnell in einen fachlichen Disput gerieten, daß wir Erfahrungen und Meinungen austauschten und uns vornahmen, solchen Problemen künftig möglichst gemeinsam „auf der Spur zu bleiben". Und das war im wesentlichen auch das Hauptanliegen unseres abendlichen Beisammenseins mit unseren Prager Kollegen im Hause des Architektenverbandes in der Letenská-Straße, wo wir ein Resümee des Gesehenen und Gehörten zogen und wo der Vorsitzende unserer Bezirksgruppe, Dr.-Ing. Helmut Stingl, unsere Prager Kollegen zu einem baldigen Gegenbesuch in unsere Hauptstadt Berlin aufforderte. Wir würden uns freuen, unsere Freunde im Jahr des 30. Jahrestages unserer Republik bei uns begrüßen zu können.

Literatur:

(1) Praha – Städtebauliche Entwicklung. Broschüre, herausgegeben vom Büro des Hauptarchitekten 1975 (in deutscher Sprache)

(2) Aufbau der Hauptstadt Prag. Broschüre, herausgegeben vom Büro des Hauptarchitekten Prag 1978 (in deutscher Sprache).

8
Bohnice. Das quer über eine Hauptverkehrsstraße angeordnete, zweigeschossige Wohnkomplexzentrum

9
Terrassierte Einfamilienhäuser im Prager Stadtteil Podoli

10
Blick auf ein neues Verwaltungsgebäude im Stadtzentrum (Rubešovastraße)

Eine neue Diskussion um die Zeile

Dipl.-Ing. Wolfgang Joswig
Architekt BdA/DDR

Noch nie standen Stadtplaner und Architekten vor einer solchen Bauaufgabe, wie dem Bauvolumen der bald beginnenden achtziger Jahre! Aus 30 Jahren Architekturentwicklung in unserer Republik und dem sozialen Wohnungsbau der zwanziger Jahre gilt es, progressive Tendenzen für die Städtebaupraxis dieser neuen Entwicklungsetappe abzuleiten. Nur ein Problem unseres Städtebaus soll hier formuliert werden, das der Ordnung und Orientierung in Wohngebieten.

Meinungen über mangelnde Erlebbarkeit und Übersicht mancher Wohngebiete verdeutlichen dies Problem. Doch nicht „beckmesserische Architekturkritik", vielmehr die Ableitung konkreter Handlungsansätze sei unser Ziel, Handlungsansätze, die sich hier mit der Handhabung eines Gestaltungsmittels befassen. Es geht um das primäre Arbeitsmittel des Stadtplaners, den Wohnblock, freistehend und nach West, Ost, Süd frei orientierbar, die Wohnzeile!

Dem Für und Wider des Zeilenbaus begegnen wir bereits am Ende der zwanziger Jahre, in einer Zeit, da viele Architekten über den Versuch der Lösung sozialer Fragen mit baulichen Mitteln zu politischem Engagement kamen, da sie begannen, Bau- und Wohnformen in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten. Bruno Taut, Otto Haesler, Walter Gropius, Ernst May, Martin Wagner u. a. bauten Wohnbezirke mit gartenstadtähnlichem Charakter, nur daß das Einzelhaus durch den Zeilenbau ersetzt wurde. Dies wurde verstanden als eine kollektive Wohn- und Lebensform und bot die Möglichkeit der Anwendung industrieller Bauformen (Fertigteilbauweise).

In der städtebaulichen Anwendung der Zeile wurden verschiedene Wege beschritten.

Bruno Taut schrieb und baute so:

„Der Außenwohnraum sollte die Empfindungen der Behaglichkeit, Beschaulichkeit, Stille und Harmonie, die die Räume der Wohnung auslösen, ergänzen und vertiefen. Aber jene Gefühlswerte können sich nur da einstellen, wo die Sinne einen faßlichen Raum vorfinden, einen Raum also, dessen Abmessungen Beziehungen zueinander haben." Bruno Taut variierte Baublocklängen und -höhen, Straßenräume und Wohnhöfe, schuf abwechslungsreiche Räume durch gekrümmte und geknickte Zeilen. Doch viele Architekten, zum ersten Male mit dem Wohngebiet als städtebauliche Aufgabe betraut, orientierten sich streng nach den neuen hygienischen Forderungen und ordneten die Blocks ausschließlich parallel an, um die gleiche Besonnung für jede Wohnung zu garantieren.

Der Kritiker Adolf Behne schrieb 1930:

„Die Ausgangspunkte des Zeilenbaus sind ausgezeichnet und sollten weiterhin nutzbar gemacht werden. Aber es kann Städtebau nur sein, wenn er ein Mittel des Städtebaus wird, nicht aber, wenn er an die Stelle des Städtebaus treten will."

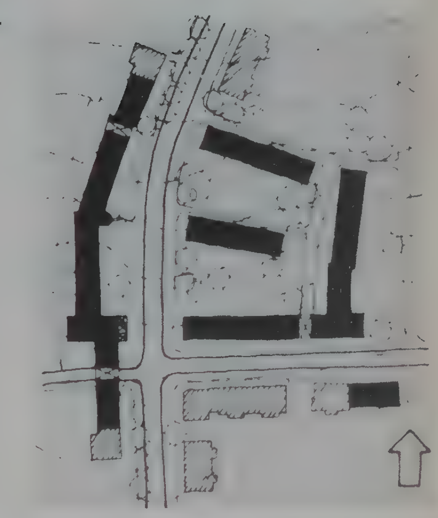
Der Zeilenbau war zweifelsfrei eine revolutionäre Entwicklung. Er zeigte die einzige Alternative zu geschlossenen Miets-

Zwickau-Marienthal, Wohnkomplex I an der Goethestraße (1953/54)
Städtebauliche Planung: Hubert Grenzer

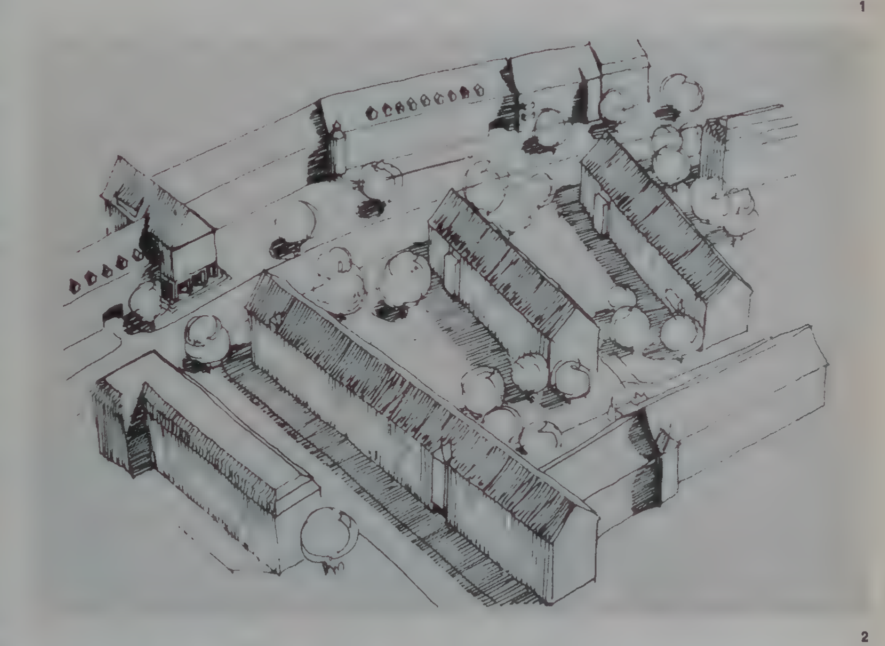
1
Bebauungsskizze

2
Schaubild

3
Blick in den Straßenzug



1





2
3



4

hausquartalen mit überbauten Hofstrukturen einerseits und der Villen- oder Slumzersiedlung des Stadtumlandes. Dort, wo sich die neue Bauform allein der Hygiene unterordnete, geriet sie ebenso in Mißkredit wie Jahrzehnte später die nur der Technologie folgende Aufreihung von Blöcken Das Jahrzehnt der ersten großen Aufbaupläne, die fünfziger Jahre, wurden charakterisiert durch das Bestreben, die unserer sozialistischen Gesellschaft entsprechenden Bau- und Wohnformen zu finden. Traditionelle nationale Form- und Raummotive der Zeit um 1800 wurden ebenso adaptiert wie Elemente des industriellen, funktionellen Bauens der zwanziger Jahre. Gültiges Beispiel für den Versuch, die zunächst technisch bedingte traditionelle Bauweise, die sich auch im Gebäudeaufriß dokumentiert, als Zeile und Reihe zu organisieren, ist das Baugebiet Zwickau-Marienthal, das hier in seinem Bauabschnitt Goethestraße illustriert wird. Hier folgt die Bebauung vorhandenen Straßentrassen, ohne Straßenschluchten zu erzeugen. Die Zeilen, freistehend oder miteinander verbunden und sich nach der Geländebewegung orientierend, stehen für eine rhythmische Anwendung dieses Gestaltungsmittels.

Calau-Altstadt, Baugebiet „Sonnenseite"
Städtebauliche Projektierung: Wolfgang Joswig, Peter Schuster und Klaus Billerbek

4
Bebauungsskizze

5
Schaubild

5



Am Beginn des industriellen Bauens folgt die Bebauungsform im Wohnkomplex I von Hoyerswerda-Neustadt zwar einem orthogonalen Ordnungsprinzip, aber die Wohnzeilen formen freistehend offene Hofformen, bilden klar begrenzte Funktionszonen mit Anliegerstraßen, Wohnhöfen und öffentlichem Bereich, ohne deshalb schematisch zu sein. In den folgenden Jahren gingen diese städtebaulich neu formierten Tendenzen verloren oder wurden durch den starken Einfluß der Technologie nicht wirksam. Auswege wurden gesucht – und man fand den „Mäander", der sich als die wirtschaftlichste Bauform bei hoher Einwohnerdichte anbot. Hier sollte die „Zeilenlangeweile" durch geschlossene Raumbildungen vermieden werden. Schemaentwürfe der Bauakademie wurden formal in Bauformen umgesetzt. Aber auch das andere Extrem der Städtebaugrafik, die „Schlangenlinien" und „Winkelzüge" mit völliger Raumauflösung bringen wohl auf dem Reißbrett interessante Strukturen, nur bauen sollte man solche „Muster" nicht. Die Orientierung aus der Fußgängerebene wird erschwert, oft unmöglich. Leider machen solche freien Raumelemente nicht vor Altstadtplanungen Halt: zwei historische Straßenzüge und ein Hauptplatz bleiben erhalten und ringsherum wird alles mit einem „Häkelmuster" überzogen.

In einem vieldiskutierten Projekt für die Altstadt von Calau besannen sich die Stadtplaner auf jenes „ursprüngliche" Gestaltungsmittel, die Zeilenbebauung. (Heft 1/1978) Hier freilich folgt sie historisch gewachsenen und topographischen Bedingungen, formt eine klare Umrißlinie, zeichnet traditionelle Laufverbindungen nach, faßt neue, überschaubare Raumeinheiten. Wichtigstes Kriterium unseres Städtebaus sollte natürlich unter Beachtung der ökonomischen und technischen Bedingungen die Forderung werden: Jedem Bewohner einen freien Blick aus seiner Wohnung schaffen! Gebautes und Geplantes nach diesem Kriterium untersucht, beweist: Wohngebiete mit einer rhythmischen Anordnung der Zeile werden dieser Bedingung am besten gerecht.

Die Schaffung einer großen Randfläche der Bebauung, die Beachtung naturräumlicher und gebauter Bedingungen der Topographie und Morphologie, führen zu einer Komposition, in der die Flächen zwischen den Blöcken nicht nur „Negativräume" sind. So bieten sich dem Stadtplaner interessante Raummotive geradezu an, die außer notwendigen Abstandsflächen rhythmische Gliederungen im Wechsel von Öffnung und Raumabschluß bilden. Freilich können neben der freistehenden auch recht- oder schiefwinklig verbundene Blöcke die Überschaubarkeit und Ordnung fördern, aber sie sollten andere Bauten nicht „einmauern" und völlig geschlossene Baustrukturen bilden. Innerhalb dieses skizzierten Leitbildes läßt sich die ganze Bandbreite des Arbeitsmittels Wohnzeile variieren, für einen phantasievollen und erlebbaren Städtebau.

Probleme der Landschaftsentwicklung am Beispiel der Stadt Rostock

Referat zum Seminar der Zentralen Fachgruppe des Bundes der Architekten der DDR „Landschaftsarchitektur" am 14. und 15. September 1978 in Rostock

Prof. Dr.-Ing. Rudolf Lasch
Chefarchitekt der Stadt Rostock

2

Mit den Mitteln von Städtebau und Architektur die Umweltbedingungen der Menschen zu verändern und das Leben dadurch angenehmer, schöner und reicher zu gestalten, ist eine vorrangige Aufgabe für uns Städteplaner, Architekten und Landschaftsgestalter bei der weiteren Erfüllung des Wohnungsbauprogramms. Das heißt aber auch und entspricht voll und ganz den Forderungen des IX. Parteitages der SED zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, mehr „Grün" für unsere Städte zu schaffen, neue Parks und Freizeitzentren, interessante Anlagen der aktiven Erholung und Möglichkeiten zur sinnvollen Nutzung der Freizeit. Wir alle wissen, daß Grünanlagen nicht nur der aktiven Erholung dienen, sondern sie sind ebenso wichtig zur Reinhaltung der Luft, Minderung des Lärms in unseren Städten oder Abschirmung des Windes gerade auch in unserer Stadt, die nicht zu Unrecht den Beinamen „Stadt in den 7 Winden" trägt.

Beispielsweise kann 1 Hektar Kiefernbestand für 36 t Luftverunreinigung ein natürlicher Filter sein, 1 Hektar Buchenbestand sogar für 68 t, großblättrige Laubbäume schlucken einen großen Teil des Lärms: Die „grünen Lungen" sind also für die Städte lebensnotwendig. Es ist aber leider auch Tatsache, daß nicht jede Stadt so prächtig durchgrünt ist wie beispielsweise Bad Doberan in unserem Bezirk, abgesehen von Beispielen aus der Sowjetunion wie Kiew oder Leningrad.

Offenbar hat diese generelle Problematik auch den Autor Martin Schmidt bewogen, seinen offenen Brief an einen Stadtarchitekten zu schreiben (veröffentlicht in der „Weltbühne" Heft 10/1975). Er schreibt unter anderem: „... War es notwendig, ... Grünflächen fußballplatzähnlich eben anzulegen? Mußte wirklich der vorhandene Wald ... gerodet werden, und konnten nicht wenigstens auf größeren Baulücken und Schulhöfen ein paar größere Baumgruppen erhalten bleiben? Auch das letzte ‚Wäldchen', das an der neuen Straße zwischen zwei Vierteln steht, wollen Sie jetzt Hochhäusern opfern. Ist das notwendig? Haben Sie nie in anderen Städten die belebende Wirkung von Parks gespürt? ...

Diese Fragen haben mich neu über unsere Stadt nachdenken lassen ... Das heißt, sie muß der geistigen und körperlichen Regeneration Möglichkeiten geben. Mit der Lebensdauer einer Stadt ändern sich aber auch die Anforderungen an sie:

Kleine Kinder brauchen Spielplätze zum Turnen und Buddeln; diese sind bei uns vorhanden. Größere Kinder wollen Feldspiele machen, klettern, sich verstecken. Doch wo, wenn es keine Fußballplätze, Parks oder Turnecken gibt? Jugendliche brauchen Straßen zum Bummeln, freundliche Plätze zum Sitzen, viele Möglichkeiten zum Tanzen und zu anderen Veranstaltungen ..."

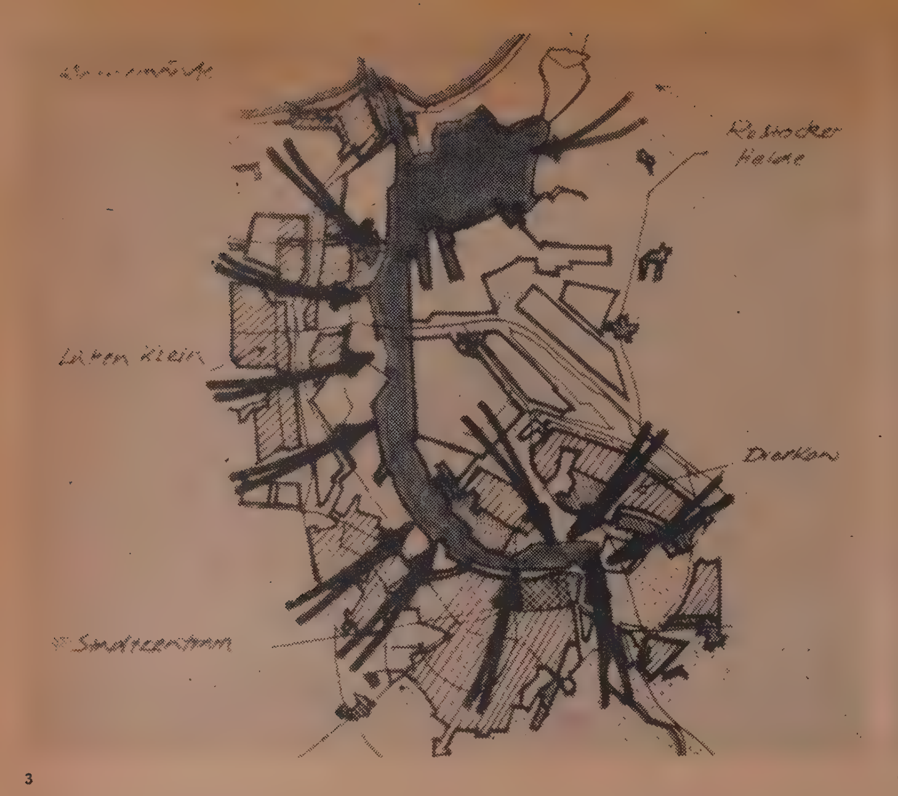
Dieser Artikel wurde im Jahr 1975 geschrieben, sicherlich nicht über unsere Stadt, aber etwa ein Jahr, nachdem die sogenannte „Großgrünkonzeption" in Rostock von den Abgeordneten beschlossen wurde. Erklärtes Ziel war es, eine Stadt wie die unsrige mit ihrem extrem schnellen Wachstum von etwa 100 000 Einwohnern im Jahre 1945 auf ge-

1
Hauptgrünraum Rostock-Lichtenhagen
Autoren: siehe „Architektur der DDR" Heft 5/78

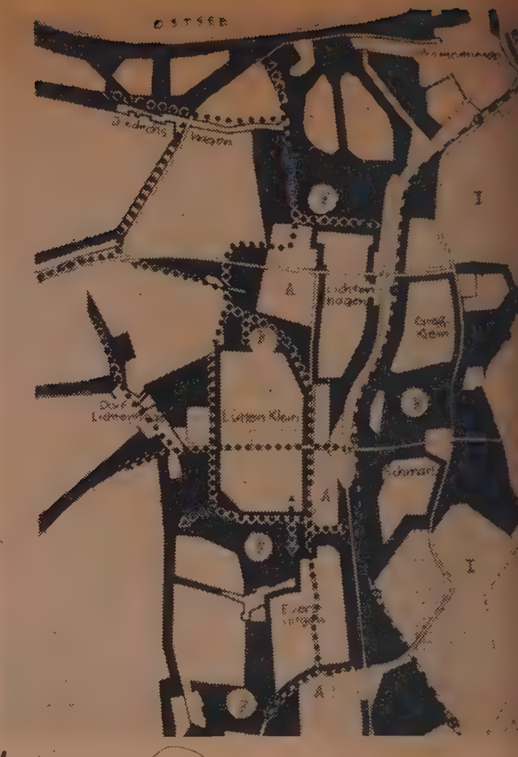
2
Warnow mit Stadtsilhouette (Skizze: R. Lasch)

1





3



4

genwärtig etwa 235 000 Einwohner in der Anzahl der in der Stadt vorhandenen Grünflächen von rund 6 m² in kürzester Zeit auf 10 bis 15 m² je Einwohner zu bringen. Jährlich wurden deshalb mit Hilfe der Bevölkerung und von Betrieben rund 100 000 Bäume gepflanzt, und weitere Aufforstungen sind bis 1980 und danach geplant.

Die bestehende Kleingartenkonzeption wird gegenwärtig entsprechend den zentralen Beschlüssen präzisiert, um für unsere schnell wachsende Stadt den gegenwärtigen Stand von etwa 18 m² je Einwohner auch künftig zu halten, und mit der Zentralen Gutachterstelle für Sportplatzbauten wird gegenwärtig die Netzkonzeption überarbeitet, um insbesondere in den Neubaugebieten im Nordwesten der Stadt umfangreiche Möglichkeiten auf diesem Sektor zu schaffen und für die Gesamtstadt etwa 2,5 bis 3,0 m² Sportplatzfläche je Einwohner zu erreichen. Nachdem mehrere Jahre ins Land gegangen sind, könnten ich und sicherlich auch andere Stadtarchitekten auf diesen Artikel antworten, nicht nur theoretisch, sondern auch durch Tatsachen belegen.

Die Entwicklung der See- und Hafenstadt Rostock vollzog sich in den letzten drei Jahrzehnten mit dem Aufbau neuer maritimer Wirtschaftszweige planmäßig entsprechend dem „Generalbebauungsplan der Stadt einschließlich Umland".

Diese Entwicklung erfolgte bandförmig der Unterwarnow entlang, vom historischen Stadtzentrum ausgehend, in Richtung Warnemünde mit der Ausweisung von neuen Wohngebieten außerhalb des bebauten Stadtgebietes (Reutershagen I und II, Südstadt – Lütten Klein, Evershagen, Lichtenhagen, Schmarl).

Durch das weitere Anwachsen der Zahl der Einwohner wird diese Entwicklung anhalten.

Nach Abschluß der Bebauung im Nordwesten mit dem Wohngebiet Groß Klein wird die Stadtstruktur durch die Anordnung neuer Wohn- und Arbeitsstätten im Nordosten gegenüber der Altstadt zu einem geschlossenen Stadtorganismus abgerundet (Dierkow–Toitenwinkel–Gehlsdorf).

1. Gestaltung der Freiflächen in der Stadt:

Alle Freiflächen der Stadt werden als ein zusammenhängendes Netz von Parks, Sportanlagen, Kleingärten, Grünverbindungen und Schutzzonen geplant.

Die für Rostock typische Topographie mit ihren zur Warnow hinführenden nichtbebaubaren Senken bietet gute Voraussetzungen für die Durchgrünung der Stadt. So entstehen gegenwärtig zwischen den Wohngebieten sogenannte Wohngebietsparks, und unmittelbar um die Wohngebiete wurde mit einer umfangreichen Aufforstung begonnen. Damit wird der Waldanteil in der Stadt wesentlich steigen.

Diese Schwerpunkte sind auch Bestandteil der bezirklichen Grundlinie zur Entwicklung von Städtebau und Architektur im Küstenbezirk und wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Sie könnten etwa in folgende Leitthemen für die Freiraumgestaltung der Stadt zusammengefaßt werden:

- Die Stadt als Ganzes und in enger Beziehung zu ihrem Umland zu planen
- das vorhandene bebaubare Flächenreservoir effektiv zu nutzen
- die einzelnen Stadtgebiete optimal in die Gesamtstruktur einzubinden
- ein großzügiges und differenziertes System von Freiflächen und Erlebnisbereichen im Stadtgebiet für den Fußgänger, verbunden mit gesellschaftlich aktiven Zonen für Geselligkeit, Sport und Kinderspiel entsprechend dem erhöhten Freizeitfonds und den Bedürfnissen der Einwohner, herauszubilden
- landschaftliche Gegebenheiten wie Hanglagen, Wasserläufe, schlechte Baugrundgebiete auszunutzen und auf unbebaubaren Vorflutsenken Grün- und Freiflächenbereiche, aber auch Kleingärten als Naherholungszonen anzulegen
- den vorhandenen Baumbestand weitgehend zu erhalten und zu erweitern
- die küstennahen Zonen für die Naherholung einzubeziehen
- Störfaktoren wie Industriegebiete, unter anderem Verunreinigungs- und Lärmquellen sowie Großparkplätze am Rand der Wohngebiete, im Sinne der Verbesserung der Umweltbedingungen durch die Anlage von Grüngürteln abzuschirmen
- den Flußlauf der Warnow in die Stadtkomposition verstärkt einzubeziehen.

Diese Prinzipien finden ihre Anwendung bei der weiteren Planung und dem schrittweisen Ausbau der Freiflächen in der Gesamtstadt bis zu einer sinnvollen Anbindung dieser Naherholungs- und Waldzonen an den Ostseestrand und werden im Rahmen der langfristigen Planung der Stadt ständig beachtet. Sie entsprechen dem Landeskulturgesetz der DDR und fördern eine gesunde Lebensweise der Menschen.

2. Zur Gestaltung der Freiflächen im Umland:

Mit dem Bau neuer Wohngebiete gingen in der Stadt erhebliche Flächen der Landwirtschaft verloren, was zu einer Umprofilierung der Landwirtschaft zu Obst- und Gemüseanbau und damit einer neuen Gestaltung der Stadtrandzone führte. Da vorerst wegen dieser Intensivwirtschaft in Stadtnähe nicht an eine Aufforstung größeren Ausmaßes, bis auf den Küstenstreifen, zu denken ist, wird deshalb vorgeschlagen, flächenintensivere Anpflanzungen zunächst auf das bestehende Stadtgebiet und die neuen Wohngebiete zu beschränken und die Stadt mit dem Umland sowie mit vorhandenen und neu zu schaffenden gesellschaftlichen Erholungszentren (z. B. Ausbau alter Windmühlen) durch ein Netz von eingegrünten Fuß- und Radwegen zu verbinden (Fußgänger: 60-Minuten-Bereich, Stoltera; Radfahrer: 30-Minuten-Bereich, Bad Doberan). Besondere Bedeutung erhalten dabei die Beziehungen zum Ostseestrand, dem Hauptnaherholungsgebiet in den Sommermonaten von Warnemünde bis Nienhagen und von Hohe Düne bis Graal-Müritz.

Wir wissen heute, daß die Berührungspunkte zwischen der Stadt und ihrem Umland gerade auf den Gebieten der Landeskultur, des Umweltschutzes und der Erholung besonders vielfältig und eng sind,

weshalb auch bei der Bearbeitung unseres Generalbebauungsplanes im Rahmen eines Forschungsprojektes gemeinsam mit der Bauakademie der DDR die Stadt einschließlich Umland bearbeitet wurde

Ziel dieser mit den umliegenden Kreisen Rostock-Land, Bad Doberan und Ribnitz-Damgarten abgestimmten Arbeit war es ein auf lange Sicht wirksames Instrument zur planmäßigen Verbesserung der mikroklimatischen, landschaftlichen, funktionellen und ästhetischen Stadtumwelt für künftige Generationen von Rostocker Bürgern zu schaffen.

Diese Grundgedanken entsprechen ebenfalls der bezirklichen Grundlinie und sind Bestandteil der „Großgrünkonzeption" der Stadt.

Die Verwirklichung der von mir dargelegten Konzeption für die Stadt Rostock – und wir wissen, wie lange jung gepflanzte Bäume bis zu ihrer vollen Wirksamkeit benötigen (etwa 10 bis 20 Jahre nach Auffassung von Fachleuten) – sowie die schrittweise Realisierung von Einzelmaßnahmen wie Sport- und Spielplätze, Freizeitbereiche und interessant gestaltete Innenhöfe in den Wohngebieten, Bäume, Sträucher, Hecken, Wiesen, Parks, Ruheecken, Plastiken, Brunnen und bunte Blumenbeete sollen unsere Stadt noch schöner und anziehender machen und mit dazu beitragen, das zu verwirklichen, was in unserem Stadtprojekt steht: „Rostock ist eine schöne Stadt, es lohnt sich, sie kennenzulernen."

Und auch in der bestehenden Altstadt gilt es, in den nächsten Jahren verstärkt den Innenstadtraum durch Grün zu bereichern, um die Stadt für den Bürger heimisch und für den Touristen unvergeßlich zu machen.



5

3
Skizze zum Flächennutzungsplan der Stadt mit dem System der zum Wasser führenden Grünzonen

4
Arbeiten – Wohnen – Freizeitgestaltung im Raum Nordwest
F Freizeitbereiche
A nichtstörende Arbeitsstätten
I Industrie
●●●● Wanderwege

5
Café Tordalk im Rostocker Zoo
Kollektiv Dipl.-Ing. Peter Baumbach
Entwurfsbearbeiter:
Dipl.-Ing. Jürgen Deutler, Architekt BdA/DDR
Innenarchitekt Helga Krause, Architekt BdA/DDR
VEB Wohnungsbaukombinat Rostock

6
Ergebnis der 4. Rostocker Werkstattwoche zur Gestaltung des Gehlsdorfer Uferparks (Programmkonzeption)

6

1 Veranstaltungsplatz
2 Musterkleingarten
3 Rhododendrongarten
4 Staudensondergarten
5 Sonnenterrasse
6 Wasserachse mit Plastik sozialistischer Länder
7 Teehaus
8 Verkehrsgarten
9 Park aktiver Erholung
10 Freizeitzelt
11 Fesselballon
12 Gärten sozialistischer Länder
13 Gedenkstein der Seefahrer
14 Aussichtsturm
15 Freilichtbühne
16 Ponyhof
17 Fährhof
18 Freibad
19 Bergrestaurant
20 Sportanlagen
21 Sportboothafen
22 Pflegehof

Toitenwinkel
Gehlsdorf
Dierkow
Szczecin
Varna
Unterwarnow
Osthafen
Regattastrecke
Riga
Leningrad

Verfahren zur Bewertung der Altbausubstanz im Rahmen der städtebaulichen Planung

Dipl.-Ing. Dietrich Koch
Chefarchitekt im Büro für Städtebau
des Bezirkes Frankfurt (Oder)

In den Altbaugebieten der Städte und Siedlungszentren konzentriert sich ein bedeutender Teil des Volksvermögens. Das nach dem VIII. Parteitag beschlossene Wohnungsbauprogramm wird deshalb in der Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung realisiert und bezieht demzufolge die Altbausubstanz in die Lösung der Aufgabe mit ein.

Die Bedeutung der Altbausubstanz als wichtiger volkswirtschaftlicher und städtebaulicher Faktor wird noch erhöht, wenn Funktionen der Betreuung und Versorgung der Bevölkerung in den bestehenden Gebäuden enthalten sind, deren Ersatz hohe Anforderungen für Verlagerung und Wiederbeschaffung erfordern würde. Die analytische Bewertung der Altbausubstanz und die Ableitung konkreter Maßnahmen für ihre weitere Nutzung oder ihre schrittweise Aufgabe sind deshalb in einer Zeit, in der der notwendige städteplanerische Vorlauf für die weitere sozialistische Umgestaltung der Altbaugebiete zu schaffen ist, ein wesentlicher Arbeitsgegenstand der Generalbebauungsplanung.

Das im folgenden beschriebene Verfahren versucht, die für eine Bewertung der Altbausubstanz allgemein als bedeutungsvoll erkannten Kriterien in ihrer Komplexität und ihren untereinander bestehenden Abhängigkeiten darzustellen. Es ist als systematisch aufgebautes Arbeitshilfsmittel für die städtebauliche Planung der Altstadtgebiete speziell kleiner Städte und Siedlungszentren gedacht und wird seit kurzem im Büro für Städtebau des Bezirkes Frankfurt (Oder) angewendet.

Die Zielstellung dieses speziellen Arbeitsschrittes der Generalbebauungsplanung besteht darin, auf der Basis einer Analyse der Altbausubstanz in Verbindung mit städtebaulichen Planungsvorstellungen Festlegungen zur Durchführung von Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bzw. zur langfristigen geplanten Aufgabe bestimmter Teile der Altbausubstanz zu treffen.

Die generelle Grundlage für derartige Festlegungen bilden, neben den Grundlinien für die Entwicklung von Städtebau und Architektur in den Bezirken, Beschlüsse des Ministerrates aus dem Jahre 1976 sowie entsprechende Beschlüsse der Räte der Bezirke, in denen, ausgehend vom hohen volkswirtschaftlichen Wert, auf eine langfristige Weiternutzung vorhandener baulicher Grundfonds orientiert wird.

Dabei muß davon ausgegangen werden, daß jede umfassende Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme an weiternutzbarer Bausubstanz im Interesse hoher volkswirtschaftlicher Effektivität eine Verlängerung der Restnutzungsdauer des betreffenden Gebäudes auf 30 bis 40 Jahre ergeben muß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den mit der langfristigen Erhaltung der Gebäude verbundenen Aufwand in eine vertretbare Relation zu dieser angestrebten Restnutzungsdauer zu bringen. Der Aufwand für Instandsetzung und Modernisierung ist damit ein wesentlicher Faktor für die Bewertung der Altbausubstanz.

In o. g. staatlichen Beschlüssen wird in Übereinstimmung mit der von den zentralen staatlichen Organen vorgegebenen baupolitischen Grundlinie weiterhin festgelegt, daß insbesondere Gebäude, in denen sich Betriebe und gesellschaftliche Einrichtungen befinden, zu erhalten und weiterhin zu nutzen sind.

Das bedeutet, daß Ladenstraßen oder Gebiete mit einer starken Durchmischung mit Produktions- und Gewerbebetrieben aller Art als Schwerpunktbereiche der Modernisierung und Werterhaltung auszuweisen sind, in denen der maßstabs- und funktionsgerechte Ersatz von Gebäuden Einzelfälle darstellen (Lückenschließung). Maßnahmen der Entkernung sind in diesen Gebieten zulässig, setzen allerdings die Sicherung aller notwendigen Funktionen voraus.

Diese aus grundsätzlichen volkswirtschaftlichen Bedingungen resultierenden Festlegungen zur Behandlung der Altbausubstanz sind im konkreten Anwendungsfall durch standorttypische und städtebauliche Kriterien zu ergänzen.

Daraus ergibt sich eine Liste von Kriterien, die im Rahmen der Zielstellungen der Stadtplanung sowohl für den sofortigen zielgerichteten Einsatz der Mittel und Kapazität der Werterhaltung und Modernisierung als auch für künftige Zeiträume in ihrer komplexen Verknüpfung als Entscheidungshilfen bei der Bewertung der Altbausubstanz herangezogen werden müssen. Als maßgebliche Entscheidungskriterien für die Aufgabe oder die Instandsetzung und Modernisierung der Altbausubstanz sind anzusehen:

1. Durchsetzung übergeordneter städtebaulicher Strategien bzw. notwendiger Veränderungen der Flächennutzung
2. bedeutende Gesichtspunkte der Denkmalpflege
3. in den Gebäuden oder auf Grundstücken vorhandene Funktionsüberlagerung (Wohnungen mit gesellschaftlichen Einrichtungen oder Betrieben und gewerblichen Einrichtungen)
4. Art und Größe der Gebäude und ihre Eigentumsform (Einfamilienhaus und ähnliche Gebäude, Mehrfamilienhaus, volkseigen, genossenschaftlich, privat)
5. für die Instandsetzung und Modernisierung der Gebäude erforderlicher Aufwand
6. Bauweise der Gebäude sowie für ihre Erhaltung erforderliche Spezialkapazitäten
7. Gesamtumfang der ermittelten erforderlichen Baureparaturleistungen im Vergleich zur möglichen jährlichen Kapazität und dem daraus resultierenden Zeitaufwand zur Lösung der Modernisierungs- und Instandsetzungsaufgaben

Erläuterung der Kriterien

■ Zu 1.: Es wird davon ausgegangen, daß die Durchsetzung übergeordneter städtebaulicher Strategien (z. B. Verbesserung der Stadtstruktur und Komposition, effektive Nutzung von Standortressourcen), bedeutende Gesichtspunkte des Umweltschutzes und der Städtebauhygiene oder die bereits feststehende bzw. eindeutig nachweisbare Notwendigkeit zur Veränderung der Flächennutzung (z. B. Straßenbaumaßnahmen) ohne weitere Entscheidungskriterien zur Aufgabe solcher Altbausubstanz führen, die die Realisierung dieser Maßnahmen behindert. Bausubstanz, die auf Grund dieses Kriteriums aufgegeben werden muß, darf nicht mit hohem Aufwand instand gesetzt und modernisiert werden. Eine Instandhaltung ist in bestimmtem Maße in Abhängigkeit vom absehbaren Zeitpunkt des Aufgebens der Gebäude möglich.

■ Zu 2.: Bedeutende Objekte des Denkmalschutzes sind in der Regel unabhängig vom finanziellen Aufwand zu erhalten oder im Bedarfsfalle wiederherzustellen. Übersteigt der Erhaltungs- und Modernisierungsaufwand bei Wohngebäuden den dafür als Normativ festgelegten Wert, dann ist aus volkswirtschaftlichen Gründen jedoch unbedingt eine abgestimmte Entscheidung zwischen örtlichem Organ, Denkmalpflege und städtebaulichem Planungsorgan herbeizuführen (Verknüpfung zwischen Kriterium 2. und 5.). Diese Entscheidung zum Einzelobjekt ist auch dann notwendig, wenn die Bauweise des Gebäudes in Verbindung mit einem hohen Verschleißgrad (z. B. Fachwerkbauten) einen unproportional hohen Einsatz von Spezialgewerken bei der Instandsetzung erfordern würde (Verknüpfung zwischen Kriterium 2. und 6.). Der Entscheidungsspielraum kann in beiden Fällen zwischen der endgültigen Aufgabe des Objektes über Instandsetzung und Modernisierung bis zum Abriß und Wiederherstellung variieren.

■ Zu 3.: In den Gebäuden oder auf Grundstücken vorhandene Geschäfte und Betriebe bzw. gewerbliche Einrichtungen sind auf Grund ihrer Versorgungsfunktion und ihres volkswirtschaftlichen und städtebaulichen Wertes zu erhalten, d. h. instand zu setzen und zu modernisieren, wenn nicht Bauweise und baulicher Zustand dem widersprechen (Verknüpfung zwischen 3. und 6.). Zu beachten ist jedoch hierbei der in der langfristigen Konzeption des Wohnungsbaus für den untersuchten Ort ausgewiesene Umfang des komplexen Wohnungsbaus und der darin enthaltene Anteil an Verkaufseinrichtungen für Waren des täglichen Bedarfes. Der Neubau von Kaufhallen z. B. kann aus Rationalisierungsgründen zur Schließung von Läden für WtB in der Altbausubstanz (sofern von den Einzugsbereichen her vertretbar) führen. Bei der Entscheidung über Aufgabe oder weiteren Erhalt von Gebäuden unter Zuhilfenahme dieses Kriteriums ist in jedem Falle die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit eines Funktionswandels zu prüfen (Bilanz der gesellschaftlichen Einrichtungen für den gesamten Ort). Im Falle eines negativen Ergebnisses der Prüfung ist nach Kriterium 5. zu entscheiden.

■ Zu 4.: Einfamilienhäuser und einfamilienhausähnliche Gebäude in Privateigentum werden in der Regel unabhängig vom Aufwand vom Besitzer unterhalten und sind demzufolge nicht aufzugeben. Bei umfangreichem komplexem Wohnungsneubau am untersuchten Ort kann allerdings insbesondere das ältere Einfamilienhaus in geschlossenen Altbaugebieten (z. B. Ortskerne von Kleinstädten oder ortskernnahe ehema-

lige Vorstadtbebauung) an Gebrauchswert und an moralischem Wert verlieren, und das Kriterium Aufwand für Instandsetzung und Modernisierung gewinnt an Bedeutung (Verknüpfung zwischen 4. und 5.). Eine Entscheidung zu einem Objekt muß bei Einfamilienhäusern und ähnlichen Gebäuden in Abstimmung zum örtlichen Organ abhängig vom vorgefundenen Bauzustand getroffen werden. Bei Mehrfamilienhäusern sowie volkseigenen und genossenschaftlichen Gebäuden ist nach den übrigen Kriterien zu entscheiden.

■ Zu 5.: Der für die Instandsetzung und Modernisierung einer Altbauwohnung zulässige Aufwand soll 70 Prozent der Ausgaben für vergleichbare Neubauwohnungen nicht überschreiten. Dieser Wert wird begründet aus dem hohen volkswirtschaftlichen Wert der Altbausubstanz insgesamt, dem Vergleich zu den Neubaukosten einer WE im mehrgeschossigen Wohnungsbau sowie dem im Vergleich zum Neubau geringeren Aufkommen an Baukapazität. Dieser Wert kann in Abhängigkeit von der Größenordnung des für den untersuchten Ort in der langfristigen Konzeption des komplexen Wohnungsbaus ausgewiesenen Wohnungsneubaus und seiner geplanten Verwendung (Ersatz- bzw. Erweiterungsneubau) in geringen Toleranzen variiert werden. Eine Entscheidung über den Grad der Variation ist im konkreten Fall durch Abstimmung mit den staatlichen Organen (Bezirksbauamt, Kreisbauamt, Kreisplankommission) herbeizuführen. Dieses Kriterium ist nur dann ausschlaggebend, wenn nicht durch Anwendung von 1., 2., 3., 4., und 6. bereits eine Entscheidung hinsichtlich Aufgabe oder Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes getroffen wurde.

■ Zu 6.: Die Bauweise der Gebäude und die zu ihrer Instandsetzung benötigten Spezialgewerke (z. B. Zimmererkapazität bei Fachwerk oder Steinmetzen) sowie die vom baulichen Zustand abhängige technisch determinierte Instandsetzungsmöglichkeit (z. B. Gebäude der Bauzustandsstufe 4) sind unabhängig vom finanziellen Aufwand der Instandsetzung wichtige Entscheidungskriterien für die Aufgabe oder Erhaltung der Bausubstanz. Eine Abstimmung der Wertigkeit dieses Kriteriums aus der Sicht der Bereitstellungsmöglichkeit der Baukapazitäten ist zwischen städtebaulicher Planung und örtlichem Organ (Kreisbauamt) erforderlich (Verknüpfung zwischen 6. und 5.).

■ Zu 7.: Im Ergebnis der an Hand der Kriterien 1. bis 6. getroffenen Festlegungen zur Aufgabe oder Instandsetzung und Modernisierung der Altbausubstanz ist der Gesamtbedarf an Baureparaturleistungen grob zu ermitteln. Dieser Bedarf ist dem vom örtlichen Organ (Kreisbauamt) benannten jährlichen Kapazitätsaufkommen gegenüberzustellen, die Zeitdauer der Lösung der Gesamtaufgabe ist zu ermitteln und daraus sind Schlußfolgerungen für die Realität der geplanten Maßnahmen abzuleiten. Bei unreal hohem Gesamtbedarf an Baureparaturleistungen im Vergleich zur möglichen Kapazität wird eine Entscheidung des staatlichen Organs (Bezirksbauamt, Kreisbauamt) zwischen den Alternativen Reduzierung des zulässigen Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwandes oder perspektivische Erhöhung der einsetzbaren Baukapazität erforderlich (Verknüpfung zwischen 7. und 5.).

Bearbeitungsschritte

Die Bearbeitung der Bewertung erfolgt in fünf Schritten:



1. Klärung der städtebaulichen Strategie sowie zwingend notwendiger Änderungen der Flächennutzung im Rahmen der Planung der Stadtstruktur und Ableitung daraus resultierender Aufgabe von Altbausubstanz

2. Überprüfen der verbleibenden Altbausubstanz im Hinblick auf die Kriterien
(2) Denkmalpflege
(3) Funktionsüberlagerung
(4) Art, Größe, Eigentumsform
(6) Bauweise
unter Berücksichtigung bestehender Verknüpfungen und Ableitung der Entscheidung über Erhalt oder Aufgabe von Gebäuden, Gebäudegruppen oder städtebaulichen Bereichen

3. Feststellung des Gesamtumfanges des Wohnungsneubaus und seiner geplanten Verwendung für den betrachteten Ort und davon abhängig Prüfung der Notwendigkeit der Variation des zulässigen Aufwandes für Instandsetzung und Modernisierung je WE

4. Ermittlung des Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwandes für Gebäude, die nicht auf Grund der Schritte 1 und 2 bereits bewertet wurden, auf der Grundlage von Baualter, Bauzustand und Ausstattung (Daten der VBWGZ). Gegenüberstellung des ermittelten Aufwandes und des zulässigen Aufwandes und Ableitung der Entscheidung über Erhaltung oder Aufgabe der Gebäude.

5. Errechnung des Gesamtumfanges des Baureparaturbedarfes und Gegenüberstellung zur möglichen jährlichen Kapazität. Ermittlung der Zeitdauer für die Lösung der Gesamtaufgabe und Überprüfung der Realität der getroffenen Festlegungen. Formulierung auftretender Entscheidungsprobleme.

Das Bewertungsergebnis ist für die untersuchte Altbausubstanz in einer Analysenkarte, gegliedert in die Kategorien
■ Aufgabe der Gebäude
■ Instandsetzung und Modernisierung der Gebäude
darzustellen, die eine wichtige Grundlage für die im Ergebnis der Generalbebauungsplanung erwarteten Pläne der Maßnahmen an der Bausubstanz bildet.

Um den örtlichen Organen konkrete Arbeitsinstrumente zur Verfügung zu stellen, aus denen die in den Altbaugebieten zu tätigenden Baumaßnahmen ablesbar sind, wird empfohlen, aus der Bewertung und den Planungsüberlegungen resultierend, für das gesamte Territorium des untersuchten Ortes einen „Plan der Maßnahmen an der Bausubstanz" (1 : 5000 oder 1 : 10 000) anzufertigen, in dem folgende Gebiete mit vorhandener Bausubstanz auszuweisen sind:

■ Gebiete mit Aufgabe der Bausubstanz
(infolge Bauzustand, Bauweise, Ökonomie, Durchsetzung übergeordneter städtebaulicher Strategien, größere Neubaumaßnahmen, Störfaktoren)

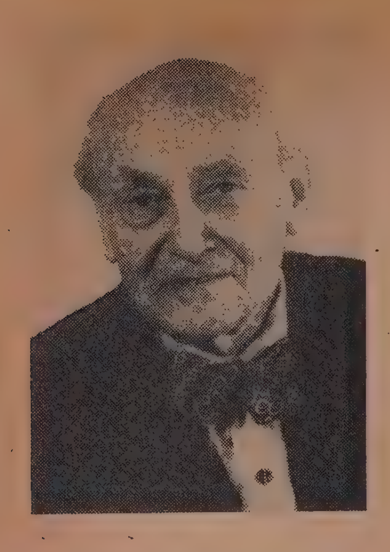
■ Gebiete der städtebaulichen Umgestaltung
(Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden, Abriß von Gebäuden, Lückenschließung, Entkernung, Um- und Ausbau, Funktionswandel)

■ Instandsetzungs- und Modernisierungsgebiet
(Instandsetzung und Modernisierung der Masse der Gebäude, Abriß und Lückenschließung oder Funktionswandel bilden Ausnahmen, Um- und Ausbau kann erfolgen)

■ Gebiet mit laufender Instandhaltung von Geschoßwohnungsbau
(Unabhängig davon, ob Instandhaltung oder Modernisierung z. Z. erforderlich)

Für Gebiete der städtebaulichen Umgestaltung sind als Planungsergebnis im Regelfall Leitplanungen zu erarbeiten, denen eine auf das Einzelgebäude bezogene Einstufung der Bausubstanz unbedingt zugrunde zu legen ist. Im Ergebnis der Bewertung ist deshalb für solche Gebiete ein „Plan der Maßnahmen der Wohnungsbausubstanz" (1 : 1000, 1 : 2000) anzufertigen, in dem die Gebäude in folgende Kategorien eingestuft werden:
■ Aufgabe des Gebäudes
■ Instandsetzung und Modernisierung des Gebäudes
■ laufende Instandhaltung des Gebäudes.

Die Ermittlung des Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwandes entsprechend dem Arbeitsabschnitt Nr. 4 erfolgt nach einem speziellen hier nicht beschriebenen Berechnungsverfahren auf der Basis von Aufwandskennziffern in Abhängigkeit von Gebäudealter, -zustand, -bauweise und Ausstattung.



Walter Baresel zum 80. Geburtstag



1

Viele herzliche Glückwünsche werden am 12. März 1979 dem Rostocker Architekten BdA/DDR Walter Baresel anläßlich seines 80. Geburtstages entgegengebracht. Mit biographischen Reminiszenzen und Betrachtungen zu seinem gebauten Werk schließen wir uns den Gratulanten an.

Mit der summarischen Substanz der Bauwerke, die nach Plänen unseres Jubilars entstanden, wurde ein entscheidender qualitativer Beitrag für die bauliche Entwicklung der Stadt Rostock geleistet.

Kollege Baresels architektonischer Schaffensprozeß ist im wesentlichen von zwei Perioden gekennzeichnet – als freischaffender Architekt bis zum Jahre 1950 und nach dieser Zeit bis 1964 als Entwurfsleiter und späterer Chefarchitekt im VEB Industrieprojektierung, heute VEB Industriebaukombinat Rostock.

Die Wohnungsbauten der 30er und 40er Jahre im peripheren Bereich des Stadtzentrums sind durch die herbe Schönheit norddeutscher Backsteinarchitektur geprägt und lassen im handwerklich-technischen Detail die Handschrift des Architekten Baresel erkennen. An seinen Bauwerken wird die schöpferische Qualität als deutlicher Beitrag eines progressiven Architekten zur Stadtentwicklung sichtbar, wobei der Wille zur Ordnung und Gestaltung in Anlehnung an das Bauhaus spürbar ist.

Kollege Baresel hat Leistungen erbracht, die sowohl in der backsteinbezogenen Architektur wie auch in ihrer Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und vor allem in der zugleich humanen und urbanen Atmosphäre für die Entwicklung des Wohnungsbaus in Rostock beispielhaft sind. Die Schaffenspalette umfaßt Lösungen wie die Gesamtplanung eines größeren Wohnkomplexes, das sogenannte Komponistenviertel, städtebauliche Ensembles bedeutender Straßen und Plätze sowie Ein- und Mehrfamilienhäuser.

Bemerkenswert in der Materialwahl und im Detail sind die Kombinationen von Backstein und Putz und das vierteilige, nach außen schlagende Kastenfenster – typische Gestaltungsmerkmale, die Anregung wurden zu späteren Nachempfindungen. Resümiert man aus dem knappen historischen Rückblick und der Formensprache seiner Bauten, so wird das Schwergewicht der Bemühungen deutlich, den Backstein als territorial typisches Material in die heutige Architektur zu integrieren.

Als im Jahre 1950 die erste volkseigene Industrieprojektierungseinrichtung in Rostock gegründet wurde, stellte Kollege Baresel als Mitbegründer seinen reichen persönlichen



2

3



1
Rostock, Karl-Marx-Straße (1933). Mehrgeschossige Wohnbauten

2
Rostock, Schliemannstraße (1927). Mehrfamilienhausgruppe

3
Rostock, Heinrich-Schütz-Straße im sogenannten Komponistenviertel (1936). Dreigeschossige Wohnbauten mit eingeschossigen Läden und Gaststätten

4
Rostock, Klement-Gottwald-Straße. Mehrgeschossige Wohnbauten

5
Neubauten für die Technische Fakultät der Universität Rostock (1957)

6
Wismar. Schiffbauhalle und Hellinge der Mathias-Thesen-Werft (1950)



4

Erfahrungsschatz zur Verfügung. Diese Epoche war gekennzeichnet durch den Wiederaufbau und Neubau einer leistungsstarken Industrie. Neue Dimensionen und Maßstäbe im architektonischen Schaffensprozeß waren zu bewältigen. An bedeutenden Investitionsvorhaben unserer Republik für den Schiff- und Hafenbau, für Lehre und Forschung und für die Grundstoffindustrie hat er verantwortlich mitgewirkt. Unter seinem Einfluß entstanden umfangreiche Projekte und Planungen, darunter die Mathias-Thesen-Werft Wismar (1950), die Technische Fakultät der Universität Rostock (1957), das Spannbetonrohrwerk Laußig (1958). An Auslandsprojekten sind erwähnenswert: das Fischkombinat in Albanien (1953) und die Schiffswerft von Alexandria (1960).

Im Entwurfsprozeß des Sehens, Erkennens und Gestaltgebens waren stets die räumlichen und raumkörperlichen Perspektivzeichnungen sowie dreidimensionale Arbeitsmodelle wichtigste Arbeitsmittel, um nahekommende Vorstellungen der späteren Wirklichkeit zu ermöglichen.

Man schätzte nicht nur sein Wissen, seine reichen Berufserfahrungen, sondern ganz besonders seine charakterlichen Eigenschaften wie Bescheidenheit, Taktgefühl, seine Sorgfalt in der eigenen Arbeit, sein offenes Ohr für Argumente und Vorschläge seiner Kollegen. Alle diese positiven Eigenschaften brachten Kollegen Baresel hohe persönliche Wertschätzung und Achtung seiner Berufskollegen und besonders der Jugend ein.

Da Kollege Baresel es vorzüglich verstand, Impulse auszulösen und schöpferische Intuition zu wecken, war dies für seine Mitarbeiter eine stets interessante und fruchtbringende Zusammenarbeit.

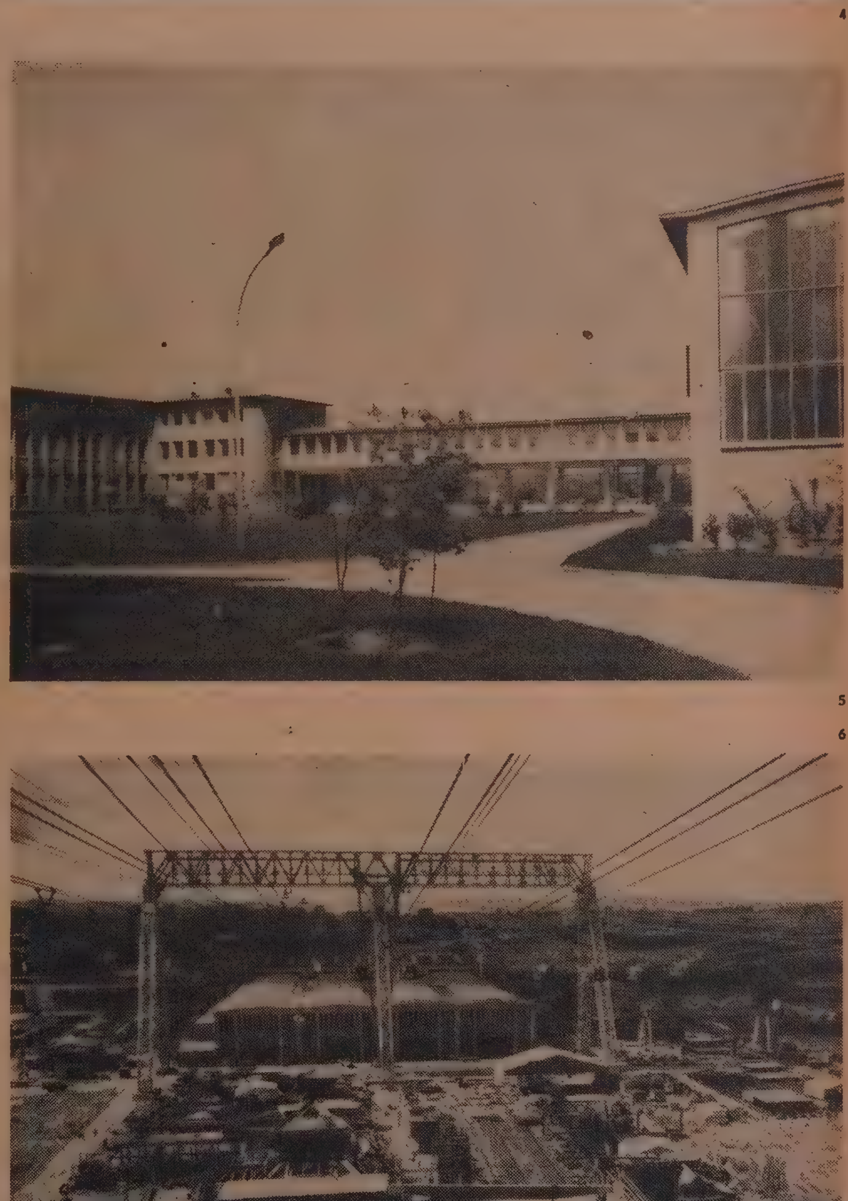
Kollege Baresel ist Mitbegründer des BdA/DDR in Rostock und langjähriges Mitglied. Er war Betriebsgruppenvorsitzender und Vorsitzender der Aufnahmekommission im Bezirksvorstand sowie als Berater und Gutachter in verschiedenen Fachgremien gesellschaftlich aktiv tätig.

Sein verdienstvolles Wirken fand durch mehrfache Auszeichnungen als Aktivist und durch die Verleihung der Schinkelmedaille in Silber 1971 Anerkennung.

An seinem Ehrentag wollen wir unserem Jubilar an dieser Stelle Dank sagen, Dank für ein schaffensreiches Leben und fruchtbringende Jahre gemeinsamer Arbeit.

Anläßlich seines 80. Geburtstages möchten wir auf diesem Wege Walter Baresel herzliche Glückwünsche übermitteln und ihm noch viele Jahre voller Gesundheit und persönliches Wohlergehen wünschen.

Dipl.-Ing. Ernst Gahler, Rostock



5

6

Naherholungsgebiet Kleingartenpark „Hinterer Bocksberg“ in Suhl

Dipl.-Ing. Werner Hochberger, Suhl

Auch im Bezirk Suhl nimmt das Interesse an Kleingärten zu. Es wird nicht nur an der Erweiterung bestehender Anlagen gearbeitet, sondern es entstehen auch neue Sparten. Bemerkenswert ist der zunehmende Anteil von Schichtarbeitern und jungen Ehepaaren mit Kindern.

Ein Beispiel für neue Kleingartenanlagen ist der Kleingartenpark „Hinterer Bocksberg“ Suhl des VKSK nordöstlich der Bezirksstadt, etwa 2 Kilometer vom Stadtrand entfernt. Die über 15 Hektar große Gesamtfläche ist hügelig, durchzogen von aufgeschütteten, zum Teil bewachsenen Feldsteinwällen, Böschungen und Feldwegen und hat oft starkes Gefälle. Das Gelände weist unterschiedlichen Strauch- und Baumbestand auf und hat wechselnde Struktur. Die Grasnarbe und Humusschicht sind stellenweise nicht sehr dick. Grundlage für die Gestaltung waren die städtebauliche Studie des Büros für Städtebau von 1971 und die „Empfehlung für die Planung und Gestaltung von Kleingartenparks“ der Bauakademie der DDR sowie die „Grundsätze für die Errichtung und Nutzung von Kleingartenanlagen, Kleingartenparks und Kleingärten“ des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter 1976. Von der Straße Suhl–Goldlauter/Heidersbach führt ein Weg am Kleingartenpark vorbei. Bis zur Anlage ist er ausgebaut. Die teilweise Verbreiterung und Weiterführung sind mit dem Rat der Stadt Suhl abgesprochen. Die Anlage besitzt Anschluß an das örtliche Wasserleitungsnetz, die Elektroversorgung ist zusammen mit den zur Zeit im Bau befindlichen Touristenunterkünften westlich der Kleingartensparte I für 1979 geplant.

Die Gesamtanlage umfaßt drei Kleingartensparten und Gemeinschaftseinrichtungen. Die Sparten sind voneinander abgegrenzt. Die Sparte I umfaßt 78 Kleingärten, eine Imkerstelle, einen Kinderspielplatz und drei Ruheplätze. Mit dem Bau wurde 1972 begonnen. Die Sparte II, Kleingartenanlage „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“, besitzt 113 Gartenparzellen, das Spartenheim, zwei Kinderspieleinrichtungen, vier Ruheplätze und sparteneigene Obstanlagen beiderseits des Hauptweges. Mit der Anlage des Teiles 1 (oberer Teil) wurde 1975 begonnen, die Baumaßnahmen sind fast abgeschlossen. Mit den Teilen 2 und 3 wurde 1977 und 1978 begonnen. In der Sparte III sind 96 Kleingärten, eine Imkerstelle, drei Ruheplätze und eine sparteneigene Obstanlage vorgesehen. Nachdem sich der Spartenvorstand gebildet hat, ist der Bau der Wege im unteren Teil der Sparte begonnen worden.

Jede Sparte ist gegen Wildschaden durch einen 2 m hohen Maschendrahtzaun geschützt und durch zusätzliche Windschutzpflanzungen eingegrünt. Zäune zwischen den Kleingartenparzellen sind nicht vorgesehen.

Die im Kleingartenpark vorhandenen Feldsteinwälle mit ihrem Strauch- und Baumbestand sind erhaltungswürdig und charakteristische Landschaftsmerkmale. Sie können eigenmächtig nicht verändert werden. Änderungen bedürfen des Beschlusses des Vorstandes. Bei der Abgrenzung der drei Sparten und deren Aufteilung in Kleingärten wurden Geländeformen, Feldraine und die genannten Landschaftsmerkmale berücksichtigt. Steinwälle, ausgesuchte Strauch- und Baumgruppen wurden nicht aufgeteilt und bleiben Sparteneigentum. Sie sind Windschutz und Schattenspender. Die Strauch- und Baumgruppen werden durch Neupflanzungen verstärkt und ergänzt. Alle Ruheplätze wurden hier untergebracht. Der Kinderspielplatz der Sparte I kann für Ausstellungszwecke und Veranstaltungen genutzt werden. Das Spartenheim in der Kleingartenanlage „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ wird von allen Sparten gemeinsam gebaut und steht allen zur Verfügung. Auf dem zum Spartenheim gehörenden Gelände ist eine Verkaufsstelle und Ausleihstelle für Kleingartenbedarf vorgesehen.

Die verbindlich vorgesehenen Laubentypen GL 64/1 (ab 1978 GL 14), GL 17, GL 64/11 (jetzt GL 19) und der Typ „Harz II“ sind Montagebauten mit Sattel- oder Pultdach, Dresden III und IV Massivbauten. Sie sind entsprechend der Ausführung, nach Außengestaltung und Dachform in Gruppen zusammengefaßt. Bei der Einordnung in die einzelnen Kleingärten wurde die Geländeform weitgehend beachtet. Dadurch wird die Geländesituation unterstrichen, und es ergibt sich überall ein reizvoller Ausblick auf die umliegenden bewaldeten Berge.

Die Spartenvorstände haben durch die Staatliche Bauaufsicht des Stadtbauamtes Suhl Vollmachten erhalten; sie werden in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit durch Baukommissionen unterstützt. Die Baugenehmigung erteilt der Vorstand der Sparte. Die Ausführung der Lauben muß auch den zusätzlichen örtlichen Festlegungen entsprechen. Die Kontrolle während der Baudurchführung übt die Baukommission aus, die Abnahme erfolgt zusammen mit dem Vorstand.

Die Parkplätze befinden sich grundsätzlich außerhalb der Sparteneinzäunungen. In ihrer Nähe sind Müllablageplätze, Abfallgroßcontainer und Anlagen für eine Gemeinschaftskompostierung vorgesehen. Der Kleinsportplatz, der auch für Gartenfeste benutzt wird, sowie die große Grünanlage zwischen den Sparten II und III und der Wasseranstau sollen von allen Spartenmitgliedern gestaltet, gepflegt und genutzt werden. Löschwasserentnahme ist aus dem Wasserstau und vor der Sparte I möglich.

1



1
Kleingartenpark „Hinterer Bocksberg“ – städtebauliche Konzeption

Entwurf:
Dipl.-Ing. Werner Hochberger
Baukommission Kleingartensparte „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“

CIAM und die Charta von Athen

Dr. phil. Karl-Heinz Hüter

Die CIAM (Congrès Internationeaux d'Architecture Moderne), die Kongresse zu Problemen der modernen Architektur, sind zum Symbol für die Städtebautheorie des Funktionalismus geworden. Ihre Thesen haben, akzeptiert oder abgelehnt, das städtebauliche Denken eines halben Jahrhunderts beeinflußt. In jüngster Zeit verfallen sie oft einer pauschalen Verurteilung, wobei sich das Unbehagen an Erscheinungen der gegenwärtigen Architektur in unhistorischer Betrachtungsweise gegen eine Bewegung richtet, in der die Keime zu späteren Fehlentwicklungen zu stecken scheinen.

Was stimmt daran?

Als sich vom 26. bis 28. Juli 1928 Vertreter des neuen Bauens aus mehreren europäischen Ländern im Schloß von La Sarraz in der Schweiz versammelten, verband sie die Absicht, eine internationale Übereinkunft über herangereifte Probleme der modernen Architektur zu finden. Der Gedanke einer solchen Vereinigung war während der Werkbundausstellung in Stuttgart 1927 aufgekommen. Beim Bau der aus diesem Anlaß errichteten „Weißenhofsiedlung" hatten Architekten aus Frankreich und Holland zusammen mit ihren deutschen Kollegen den praktischen Versuch unternommen, „die verschiedenen Elemente der modernen Architektur zu einer Harmonie zu bringen". Das Ergebnis hatte bewiesen, daß eine auf den neuen technisch-industriellen und sozialen Bedingungen aufbauende Architektur eine in ihren wesentlichen Elementen einheitliche, „international" gültige architektonische Sprache hervorgebracht hatte. Aber diese Architekten bildeten in ihren Ländern nur kleine progressive Gruppen innerhalb eines konservativen, von neoklassizistischen Richtungen beherrschten Baugeschehens. Beim internationalen Wettbewerb für den Völkerbundpalast 1927 waren die ersten Preise an Akademiker gegangen, während der großartige Entwurf Le Corbusiers mit einem Trostpreis abgefunden wurde. Durch gegenseitige Stützung erhofften sie eine Stärkung ihrer Positionen im eigenen Lande und ein größeres Gewicht im internationalen Raum. Sie glaubten, daß die schwerwiegenden, von einer hemmungslosen kapitalistischen Entwicklung in den großen Städten hervorgerufenen Probleme unter den Bedingungen einer weltweiten industriellen Verflechtung nur in internationaler Kooperation zu lösen seien.

Treibende Kräfte bei der Gründung der CIAM waren Le Corbusier – er erwartete noch eine Entscheidung zugunsten seines Völkerbundprojektes – und der Kunsthistoriker Siegfried Giedion. Giedion blieb lange Jahre Sekretär der CIAM. Madame de Mandrot, die schon vorher als Mäzenin der bildenden und der dekorativen Künste aufgetreten war, stellte die Räumlichkeiten ihres Schlosses zur Verfügung. Der Schweizer Architekt Alfred Roth, damals Mitarbeiter bei Le Corbusier, hat den wahrscheinlichen Hergang der Gründung dargestellt. Seiner Initiative ist es auch zu verdanken, daß im Institut für Theorie und Geschichte der Architektur an der ETH Zürich ein CIAM-Archiv eingerichtet worden ist.



1 V. Bourgeois, Brüssel
2 P. Chareau, Paris
3 J. Frank, Wien
4 G. Guevrekian, Paris
5 M. E. Haefeli, Zürich
6 H. Häring, Berlin
7 H. Hoste, St-Michiels
8 P. Jeanneret, Paris
9 Le Corbusier, Paris
10 A. Lurçat, Paris
11 E. May, Frankfurt a. M.
12 A. G. Mercadal, Madrid
13 W. M. Moser, [illegible]
14 G. Riet[illegible]
15 A. Sartoris, Turin
16 Hans Schmidt, Bas[illegible]
17 Mart Stam, [illegible]
18 R. Steiger, [illegible]
19 H. R. Von der Mühll, Lausanne
20 Juan de Zavala, Madrid
21 Hélène de Mandrot, La Sarraz
22 P. Artaria, Basel
23 E. J. Gubler, Zürich
24 Dr. S. Giedion, Zürich

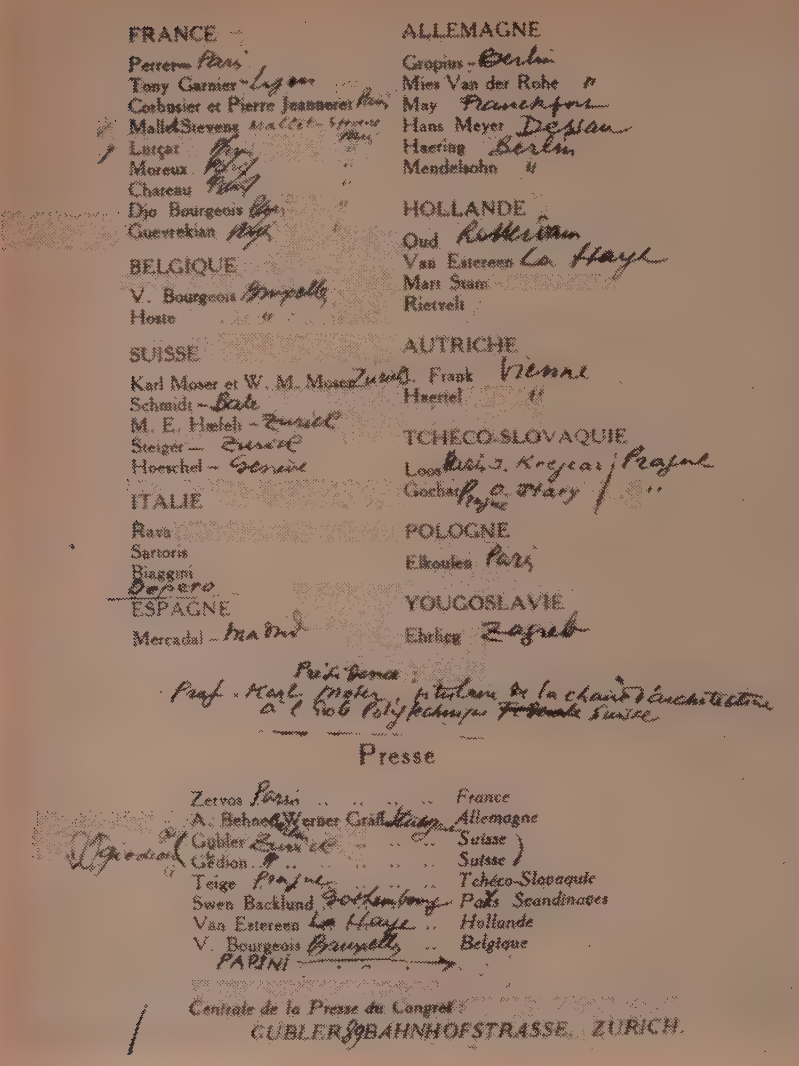
1 Teilnehmer an der Gründungsversammlung der CIAM in Schloß La Sarraz 1928 (Abbildungen aus A. Roth, Begegnung mit Pionieren, Zürich 1973)

Beim ersten Treffen in La Sarraz wurden die Grundtendenzen, auf die sich alle Teilnehmer einigen konnten, formuliert: Aufgabe der Architekten sei es, „sich in Übereinstimmung zu bringen mit den großen Tatsachen der Zeit und den großen Zielen der Gesellschaft". Folglich könnten nicht „gestalterische Prinzipien früherer Epochen und vergangener Gesellschaftsstrukturen" auf gegenwärtige Werke übertragen werden, sondern alle Aufmerksamkeit müsse „neuen Baustoffen, neuen Konstruktionen und neuen Produktionsmethoden" gelten. Konsequenzen der „ökonomisch wirksamsten Produktion", nämlich „Rationalisierung und Standardisierung" seien auch für das Bauen entscheidend. Städtebau wurde als „Organisation sämtlicher Funktionen des kollektiven Lebens in der Stadt und auf dem Lande" verstanden. Er könne „niemals durch ästhetische Überlegungen bestimmt werden, sondern ausschließlich durch funktionelle Folgerungen". An erster Stelle habe das Ordnen der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen (Sport, Vergnügen) zu stehen. Die „chaotische Zerstückelung der Bodenflächen", wie sie der Kapitalismus hervorgebracht hatte, müsse durch eine „planmäßig betriebene kollektive Bodenwirtschaft" ersetzt werden.

Die Diskussion verlief trotz Differenzen zwischen Le Corbusier auf der einen, Mart Stam und Hans Schmidt auf der anderen Seite sehr positiv. Der Kongreß beschloß weitere Zusammenkünfte in mehrjährigen Abständen.

CIAM 2 fand 1929 in Frankfurt am Main statt. Unter Ernst Mays Leitung waren dort seit 1925 international beachtete Siedlungen von städtisch kontrollierten Wohnungsbaugesellschaften entstanden. Sie bildeten den geeigneten Rahmen für das Kongreß-Thema: „Wohnung für das Existenzminimum".

Die Ablösung der privaten Bauspekulation mit deren Mietskasernen durch gesellschaftliche Bauherren – wie Kommunen und Genossenschaften – erforderte eine Defini-



Liste des participants par ordre alphabétique

FRANCE
Perrer — Paris
Tony Garnier — Lyon
Corbusier et Pierre Jeanneret Paris
Mallet-Stevens
Lurçat
Moreux
Chateau
Djo Bourgeois
Guevrekian

BELGIQUE
V. Bourgeois Bruxelles
Hoste

SUISSE
Karl Moser et W. M. Moser Zurich
Schmidt — Bâle
M. E. Hæfeli — Zurich
Steiger — Zurich
Hoeschel — Genève

ITALIE
Rava
Sartoris
Biaggini
Depero

ESPAGNE
Mercadal — Madrid

ALLEMAGNE
Gropius — Berlin
Mies Van der Rohe
May Francfort
Hans Meyer Dessau
Haering Berlin
Mendelsohn

HOLLANDE
Oud Rotterdam
Van Estereen La Haye
Mart Stam
Rietvelt

AUTRICHE
J. Frank Vienne
Haertel

TCHECO-SLOVAQUIE
Loos
Gochar

POLOGNE
Elkouken Paris

YOUGOSLAVIE
Ehrlich Zagreb

Presse

Zervos Paris	France
A. Behne, Werner Gräff	Allemagne
Gubler Zurich	Suisse
Gédion	Suisse
Teige Prague	Tchéco-Slovaquie
Swen Backlund	Pays Scandinaves
Van Estereen La Haye	Hollande
V. Bourgeois Bruxelles	Belgique
PAPINI	

Centrale de la Presse du Congrès:
GUBLER, 59 BAHNHOFSTRASSE, ZURICH.

2 Probedruckseite des von Le Corbusier bearbeiteten Tagungsprogramms. Liste der Eingeladenen mit Korrekturen

tion des unteren Grenzwertes für das Quantum Wohnung, das unter den Bedingungen drückender Wohnungsnot und staatlicher Subventionen jedem einzelnen zustand. Das heißt, bei dem Bestreben, die größtmögliche Anzahl billiger Wohnungen bei bestimmten zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und Kapazitäten zu bauen, wurde es notwendig, „jene qualitativen und quantitativen Wohnungseigentümlichkeiten" festzulegen, bei denen sich „der Betrieb des Wohnens für die Familie der Sollgröße im volkswirtschaftlichen Sinne am billigsten stellt, ... ohne daß die Bewohner an Leib und Seele Schaden leiden" (Gruschka). Minimum wird als Optimum verstanden. Nach L. C. Argan ist es „das Quantum, das der soziale Organismus ... dem Leben des einzelnen zubilligt. Von diesem Quantum, sei es durch ein Zuviel oder Zuwenig, abzuweichen, hieß Energie des Organismus außer Kraft setzen, das Lebensniveau der vielen zugunsten der wenigen senken".

CIAM 3 in Brüssel fragte nach den günstigsten Bauformen für die Stadterweiterung in den Außenbezirken. Unter dem Thema „Flach-, Mittel- oder Hochbau" wurden diese Bauweisen an Hand von Bebauungsplänen aus verschiedenen Ländern in ihrem Für und Wider unter Aspekten der Ökonomie und des Wohnwerts für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erwogen. In den Plänen und in den Vorträgen von Le Corbusier, Gropius, Böhm (Frankfurt), R. Neutra und K. Teige (Prag) war die Tendenz zu erkennen, von romantischen Raumwirkungen loszukommen und die „nach den Gesichtspunkten günstiger Orientierung und Durchlüftung aufgestellten Bebauungspläne mit sparsamsten Aufschließungskosten" zu bevorzugen. Gemeint war der Zellenbau, der sich in diesen Jahren durchsetzte, da er allen Wohnungen die gleichen günstigen Verhältnisse garantierte.

Der Kongreß formulierte seine Ergebnisse sehr vorsichtig: Für den Flachbau und für den 3- bis 5geschossigen Wohnungsbau seien genügend Erfahrungen vorhanden. Trotz anfänglicher Unwirtschaftlichkeit habe er sich in den vorangegangenen Jahren auf Grund staatlicher Förderung stark ausgedehnt.

Der drei- bis fünfgeschossige Wohnungsbau sei während der Zeit intensiver Großstadtbildung von der privaten Bauwirtschaft ausgebildet worden. Für das Hochhaus gäbe es jedoch nur amerikanische Beispiele, und zwar ausschließlich für teure Wohnungen. Diese Wohnform könne zu einer Lösung des Problems der Minimalwohnung beitragen, ohne die allein erstrebenswerte zu sein. Ihre Möglichkeiten sollten trotz der vorhandenen Widerstände finanztechnischer, baugesetzlicher und gefühlsmäßiger Art in Versuchen erprobt werden.

Fürsprecher des Wohnhochhauses waren Le Corbusier und Gropius. Le Corbusier empfahl, die mit der Industrialisierung zusammengeballten Menschenmassen nicht in ausgedehnten Stadterweiterungen unterzubringen, sondern die von der Industrie selbst in der Revolutionierung der Bautechnik angebotenen Möglichkeiten zu nutzen und Hochhäuser in weiträumiger Stellung auf Grünflächen mit zentralen Wirtschaftseinrichtungen im geräumten Altstadtgebiet zu bauen. Diese der Altstadt feindliche Kahlschlag-Konzeption ist zu Recht oft scharf kritisiert worden. Sie wurde aber zu Unrecht der gesamten CIAM-Gruppe zugeschrieben.

Gropius, der die Frage nach dem Verhältnis der Wohnung zum Haus, zum Wohnbezirk und zur Stadt stellte, hatte scheibenförmige Wohnhochhäuser unter anderem für ein Gelände am Wannsee entwikkelt. Er ging davon aus, daß es nicht mit einer massenweisen Übereinanderstapelung von Wohnungen getan sei, sondern daß das Hochhaus ein eigenwertiger Organismus werden müsse. Man könne nicht die individuelle Wohnzelle einschränken, ohne den vielfältigen sonstigen Bedürfnissen der Bewohner gesellschaftliche Möglichkeiten zu bieten. Gropius stellte daher die „gesellschaftlichen Einrichtungen im Wohnhochhaus" in das Zentrum seiner Untersuchungen. Die Werkbundausstellung in Paris 1930, mit der er beauftragt war, widmete er ausschließlich diesem Thema. Er dachte u. a. an Sport- und Bademöglichkeiten, an eine Bar und einen Raum, den wir heute Diskothek nennen würden.

Ein Nebeneinander von Flachbauten, vorwiegend für Familien mit Kindern, und Hochhäusern für Alleinstehende und kinderlose Ehepaare erschien ihm als die günstigste Lösung.

Der nächste Kongreß wurde folgerichtig dem Problem Stadt gewidmet. Tagungsort sollte Moskau sein. Die Sowjetunion hatte große Erfahrungen im Bau neuer Städte — 200 befanden sich damals im Aufbau — und bot dank der Vergesellschaftung des Bodens eine von den Architekten als ideal empfundene Bedingung für eine konsequente Stadtplanung. Inzwischen eingetretene politische Veränderungen in Europa, besonders der Machtantritt der Faschisten, ließen es geboten erscheinen, CIAM 4 mit dem Thema „Die funktionelle Stadt" 1933 auf dem griechischen Dampfer „SS Patris II" zwischen Marseille und Athen abzuhalten. Grundlage der Arbeit waren die nach den Richtlinien des CIPRAC-Ausschusses innerhalb der CIAM einheitlich abgefaßten Analysen von 33 Städten, darunter Athen, Brüssel, Baltimore, Bandung, Budapest, Berlin und andere. Sie waren auf der Hinfahrt von den Landesgruppen einzeln vorgestellt worden. In der Universität von Athen, wo der zweite Teil der Tagung vor einer größeren Öffentlichkeit stattfand, wurden sie in 200 Tafeln zusammenhängend ausgestellt. Hier sprachen als Hauptredner Cor van Eesteren, der 1930 nach Moser zum Präsidenten gewählte holländische Städtebauer und Planer von Amsterdam, der Wiener Soziologe Rudolf Neurath und Le Corbusier. Auf der Rückfahrt formulierten Arbeitsgruppen einen in 95 allgemeine Grundsätze gefaßten Schlußbericht mit dem Titel: „Die funktionelle Stadt, Feststellungen und Richtlinien des IV. Kongresses für neues Bauen". Unter diesem Titel wurden

sie 1934 von einer Schweizer Zeitschrift und unter dem Namen „Charta von Athen" als Sonderheft 1943 von der französischen CIAM-Gruppe publiziert. Sie behandelt zu Beginn allgemeine Begriffe (1 bis 8), dann den gegenwärtigen Zustand mit Kritik und Abhilfe (9 bis 29), das Erholen in der Freizeit (30 bis 40), die Arbeit (41 bis 50), Verkehr (51 bis 64), das historische Erbgut (65 bis 69) und schließlich Schlußfolgerungen und Lehrsätze (70 bis 95). Die Charta von Athen zeichnete ein düsteres Bild der großen kapitalistischen Städte. Eine Krise der Menschheit (man sagte nicht „des Kapitalismus") mache sich in ihnen verheerend bemerkbar. Durch „rücksichtslose Brutalität einiger Privatinteressen" und den „Köder des Gewinns" sei das Unglück zahlloser Menschen entstanden. Die Umwandlung und Weiterentwicklung der Städte vollziehe sich ohne Kontrolle.

Um das Chaos zu sichten, müßten die vier wesentlichen Funktionen — Wohnen, Arbeiten, Erholen (in der Freizeit) und Bewegen herausgeschält werden. Das sind die Punkte, die aus der Charta oft (und nur) zitiert wurden.

Sie forderte weiter, daß alle Größen im Plan der Stadt den Menschen zum Maßstab haben sollten, also eine Skala von Maßen für Flächen und Entfernungen, die in ihren Beziehungen zum natürlichen Verhalten des Menschen geprüft sind. Bei aller Bedeutung, die der Fahrverkehr gewonnen habe, dürfe „das Gehen" nicht vergessen werden. Die historischen Stadtteile sollten unter Beseitigung ungesunder Lebensbedingungen, Abbruch von Elendsvierteln und Umleitung des Verkehrs erhalten werden. Ausgangspunkt allen Städtebaus sei „das Heim". Diese Wohnzellen sollten zu Wohneinheiten zusammengefaßt werden, und zwar zu Gruppen, die eine bequeme Versorgung, Erziehung, ärztliche Betreuung und Nutzung der Freizeit gewährleisten. Sie wirkten als vermittelnde Größen zum gesamten Raum der Stadt, zu den Arbeitsstätten und den Freizeiteinrichtungen. Weiterhin wird auf die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe, die die private Willkür bremsen sollen, und auf die Ausweitung der Stadtplanung zur Gebietsplanung hingewiesen. Aber es überrascht, daß ein so wesentliches Element der Stadt wie das Gemeinschaftszentrum völlig unberücksichtigt blieb, obwohl es von vielen Architekten durchaus als wichtige Komponente erkannt worden war. Fritz Block zum Beispiel hatte in seinem Aufsatz „Grundsätzliches zum Siedlungsbau" 1930 das Gemeinschaftsleben neben die vier anderen Punkte an erste Stelle gerückt: Entsprechend den Funktionen einer Stadt habe der Bebauungsplan den Raum der Stadt einzuteilen in Flächen 1. für das Gemeinschaftsleben, 2. für das Wohnleben, 3. für das Werk- und Geschäftsleben, 4. für den Verkehr und 5. für das Erholungsleben (Zentralblatt d. Bauverw. 30. Jg. 1930, S. 313). Erst auf dem achten Kongreß (CIAM 8) 1951 in Hoddeston, England, wurde dieses Gemeinschaftszentrum (Core) und seine Bedeutung für die Stadt herausgearbeitet. Es mache die Stadt erst zum Organismus, der sich seiner selbst bewußt ist.

Nachdem CIAM 5 in Paris 1937 die Charta bei geringfügiger Änderung bestätigt hatte, kamen bei CIAM 6 in Bridgewater, England, 1947, der von der englischen MARS-Gruppe organisiert worden war, die ersten Zweifel an der rationalen Grundhaltung der bisherigen CIAM-Arbeit auf. Ziel der CIAM sei „die natürliche Umwelt, die alle materiellen und ideellen Bedürfnisse des Menschen erfüllt". Nur die Phantasie könne es schaffen, Mensch und Natur zusammenzustimmen.

CIAM 7 in der Altstadt von Bergamo 1949 beschäftigte sich mit einem visuellen Darstellungssystem zu systematischen vergleichenden Untersuchungen von Planungsaufgaben.

CIAM 8 mit dem Thema „Gemeinschaftszentren" hatte noch einmal einen gewissen Höhepunkt gebracht. Ihre Ergebnisse wurden von J. Tyrshitt, J. L. Sert, der seit 1947 Präsident war, und E. Rogers im Buch „The Heart of the City" publiziert.

CIAM 9 in Aix-en-Provence 1953 stellte „Habitat" als Synthese aller mit dem Leben und Wohnen zusammenhängenden Probleme zur Diskussion. Hierbei zeigte sich schon die Behinderung produktiver Arbeit durch wachsende Zahl der Mitglieder. Dies war der Hauptgrund, daß sich die CIAM auf ihrem 10. Kongreß 1956 in Dubrovnik als aufgelöst erklärte. Lediglich eine kleine Gruppe setzte als „Team 10" unter Leitung von Bakema die Arbeit noch ein paar Jahre fort und veranstaltete CIAM 1959 in Otterlo mit einer abschließenden Publikation von O. Newman unter einem gleichlautenden Titel.

Die CIAM haben über zwei Jahrzehnte wichtige Probleme des Wohn-, Siedlungs- und Städtebaus behandelt. Sie haben die Wertskala gegenüber der von den Akademien vertretenen repräsentativen Architektur zugunsten des Wohnproblems verändert. Ihre Analysen der Situation der kapitalistischen Stadt und ihrer Krise waren im wesentlichen richtig. Ihre Antworten auf die aktuellen Fragen haben das städtebauliche Denken entscheidend vorangebracht. Manches daran war zeitbedingt und daher nur für eine kurze Spanne des historischen Prozesses gültig. Manches ist einfach überholt durch die städtische Entwicklung eines halben Jahrhunderts, durch den Zuwachs des Autoverkehrs oder die Umweltverschmutzung. Vieles aber hat bis heute seine Gültigkeit behalten.

Es war nicht zu erwarten, daß die Mitglieder der CIAM die vielen aufgeworfenen Probleme hätten lösen können. Dazu waren diese zu sehr mit wirtschaftlichen und politischen Interessen verfilzt. Was sie tun konnten, war Leitbilder aufzustellen und Forderungen zu erheben.

Sicherlich ist die Charta von Athen als ein Dokument der Theorie und Methodik der Planung das wesentlichste Ergebnis der CIAM-Arbeit. Trotz mancher illusionärer Züge ist sie ein bedeutendes Dokument städtebaulichen Denkens in der spätbürgerlichen Epoche. Ihre Bedeutung lag einmal in der umfassenden Analyse einer repräsentativen Auswahl kapitalistischer Großstädte (— leider sind die Grundlagenmaterialien dafür, die 200 Tafeln, noch immer nicht publiziert worden. Cor van Eesteren hat sie sorgsam verborgen über die Kriegszeit gerettet und 1972 dem CIAM-Archiv in Zürich übergeben —); sie lag zum anderen in rationalen Schlußfolgerungen und Richtlinien für eine gesunde, humane Stadt und für Demokratisierung der Gesellschaft, die daraus abgeleitet wurden. Drittens lag sie in dem Einfluß, den sie als ein grundlegendes Glaubensbekenntnis der nach dem Kriege tätigen Architektengeneration auf den Wiederaufbau zerstörter Städte und bei Stadterweiterungen ausübte (oder auch zum Nachteil nicht ausübte), — zumindest in den kapitalistischen Industrieländern. In der DDR wurde 1952 mit den 16 Grundsätzen des Städtebaus eine eigene konzeptionelle Grundlage geschaffen. Den frühesten Niederschlag fanden die städtebaulichen Prinzipien durch van Eesteren bei der Stadterweiterung von Amsterdam ab 1935.

Le Corbusier war lange Zeit Spiritus rector. Viele der prägnanten Formulierungen in den Erklärungen lassen seine Treffsicherheit im Wort erkennen. Allerdings riefen seine Versuche, die in exakten Analysen gewonnenen Ergebnisse und daraus abgeleiteten Fragen mit utopischen Projekten zu beantworten, den Widerspruch holländischer, schweizerischer und deutscher Vertreter hervor.

Die starke künstlerische Überzeugungskraft von Le Corbusiers städtebaulichen Entwürfen wie plan voisin übertrumpfte mit der Magie des Bildes alle nüchternen Analysen. Im ganzen wirkten solche Gegensätze zwischen dem Künstlerarchitekten Le Corbusier und den Architekten, die Erfahrung und engen Kontakt mit den staatlichen und kommunalen Behörden und mit wirtschaftlichen Problemen hatten, durchaus aktivierend.

Im historischen Rückblick wird man Gropius' Urteil bestätigen können: „Am wichtigsten war die Tatsache, daß hier eine kleine übernationale Gruppe von Architekten inmitten einer Welt voller Verwirrungen und Planlosigkeit das Bedürfnis fühlte, sich zusammenzuschließen, um die vielseitigen Probleme, vor die sie sich gestellt sah, in ein Gesamtbild einzuordnen"; das heißt, das große Verdienst der CIAM wird es bleiben, aus den progressiven Ansätzen der zwanziger Jahre heraus eine internationale Zusammenarbeit der führenden Architekten organisiert und auch in den Jahren heftigster internationaler Spannungen über den zweiten Weltkrieg hinweg aufrecht erhalten zu haben. Die erarbeiteten Materialien sind ein einzigartiges noch immer unerschlossenes städtebauliches Dokument.

In den letzten Jahren erschienen zwei Deklarationen mit einer der Charta von Athen verwandten Zielstellung, die Deklaration von Vancouver, Kanada 1976, und die Charta von Machu Picchu, Peru 1977.

Die Deklaration von Vancouver ist ein Grundsatzdokument der HABITAT-Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen (Hg. unter gleichem Titel vom Ministerium für Bauwesen 1977).

Die Charta von Machu Picchu versucht eine Revision der Charta von Athen. Die Architekten, darunter Candela, Collins, Sert, Fuller, Rudolph, Nervi, Frei Otto, Kenzo Tange, Niemeyer gingen davon aus, daß die Charta von Athen noch immer ein grundlegendes Dokument darstelle, daß auch die Errungenschaften der Architektur in den zwanziger und dreißiger Jahren noch voll gültig seien und die Zeit reif sei, sich der historischen Genesis der modernen Architektur und ihrer Merkmale voll bewußt zu werden. Der Kritik und Veränderung bedürften vor allem die Sicht des Verkehrsproblems — statt des uferlosen Individualverkehrs wird konsequenter Ausbau des Massenverkehrs gefordert —, weiterhin die Beziehungen zwischen den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen. Nicht mehr eine analytische Trennung, sondern eine bewußte und planmäßige Integration müsse hier das Ziel sein —. Schließlich dürfe nicht das visuelle Spiel räumlicher Volumen im Raum im Vordergrund stehen, sondern die Schaffung des „sozialen Raumes", was eine Akzentverlagerung vom Behälter des gesellschaftlichen Lebens zu dessen Inhalt selbst bedeutete.

Dokumentation: Charta von Athen

Über die 1933 von der CIAM ausgearbeitete Charta von Athen ist in den letzten Jahren erneut viel diskutiert worden. Jedoch nur wenige haben den Text noch in ihrem Besitz. Deshalb möchten wir hier wesentliche Auszüge (die Thesen ohne die Erläuterungen) daraus noch einmal als Dokumentation veröffentlichen.

LE GROUPE CIAM FRANCE

URBANISME DES C.I.A.M.

LA CHARTE D'ATHÈNES

avec

UN DISCOURS LIMINAIRE

de

JEAN GIRAUDOUX

PLON

Erster Teil: Allgemeine Begriffe. Die Stadt und ihr Gebiet

1. Die Stadt ist nur ein Teil eines ökonomischen, sozialen und politischen Ganzen, welches das Stadtgebiet ausmacht.

2. Neben den ökonomischen, sozialen und politischen Werten bringen die an die menschliche Person gebundenen Werte psychologischer und physiologischer Natur Überlegungen individueller und kollektiver Art in die Debatte. Das Leben entfaltet sich nur in dem Maße, in dem die beiden sich widersprechenden, die menschliche Persönlichkeit beherrschenden Prinzipien, das Individuelle und das Kollektive, sich vertragen.

3. Diese psychologischen und biologischen Konstanten unterliegen den Einwirkungen des Milieus: geographische und topographische Situation, ökonomische Situation, politische Situation. Erstens: geographische und topographische Situation, die Gegebenheiten der Elemente, Wasser und Erde, der Natur, des Bodens, des Klimas . . .

4. Zweitens: die wirtschaftliche Situation. Die Hilfsquellen des Gebietes. Natürliche und künstliche Kontakte mit dem Draußen . . .

5. Drittens: Über die politische Situation. Verwaltungssystem.

6. Besondere Umstände haben im Laufe der Geschichte den Charakter der Stadt bestimmt: militärische Verteidigung, wissenschaftliche Entdeckungen, aufeinanderfolgende Verwaltungen, fortschrittliche Entwicklung der Verkehrsmöglichkeiten und Transportmittel (Wasser- und Landstraßen, Schienen- und Luftwege).

7. Die Gründe, die für die Entwicklung der Städte an erster Stelle stehen, sind also einem beständigen Wandel unterworfen.

8. Das Heraufkommen des Maschinenzeitalters hat ungeheure Umwälzungen im Verhalten der Menschen, in ihrer Verteilung auf der Erde, in ihren Unternehmungen hervorgerufen: eine nicht mehr zu zügelnde Konzentrationsbewegung in den Städten dank der maschinellen Geschwindigkeiten – brutale und umfassende Entwicklung ohne Präzedenzfall in der Geschichte. Das Chaos hat in den Städten Einzug gehalten!

Zweiter Teil: Der gegenwärtige Zustand der Städte, Kritik und Abhilfen

I. Wohnung

■ 1. Untersuchungen

9. Der innere, historische Kern der Städte ist zu dicht besiedelt (man zählt bis zu tausend, sogar bis zu fünfzehnhundert Einwohner pro Hektar), wie auch gewisse Bezirke seit dem industriellen Aufschwung im 19. Jahrhundert übervölkert sind.

10. In den zusammengedrängten Stadtvierteln sind die Wohnbedingungen unheilvoll, weil der den Wohnungen zugebilligte Raum nicht genügt, weil keine Grünflächen zur Verfügung stehen und schließlich, weil die Gebäude nicht in gutem Zustand erhalten werden (Ausbeutung auf Spekulationsbasis). Ein Tatbestand, der noch verschlimmert wird durch das Vorhandensein einer Bevölkerung mit einem sehr niedrigen Lebensstandard und unfähig, von sich aus Abwehrmaßnahmen zu ergreifen (Sterblichkeit bis zu 20 Prozent).

11. Das Wachstum der Städte verschlingt nach und nach die angrenzenden Grünflächen, auf die die aufeinanderfolgenden Umwallungen der Städte hinausblickten. Diese sich ständig steigernde Entfernung von der Natur erhöht ebenfalls die Mißstände in der Hygiene.

12. Die zu Wohnungen bestimmten Bauwerke sind im Widerspruch zu den Notwendigkeiten der Hygiene auf der Grundfläche der Stadt verteilt.

13. Die am dichtesten bevölkerten Viertel befinden sich in den am wenigstens begünstigten Bezirken (schlecht gelegene Abhänge, Viertel, die ständig von Nebel, von Industrie-Abgasen heimgesucht werden, Überschwemmungen ausgesetzt sind etc.).

14. Die luftigen Bauwerke (teure Wohnungen) liegen in den begünstigten Vierteln, geschützt vor feindlichen Winden, in anmutiger Auflockerung, mit dem Blick auf die Landschaft, See, Meer, Berge etc. und mit Sonne im Überfluß.

13. Diese parteiische Verteilung der Behausungen ist sanktioniert durch Gewohnheit und durch Magistratsanordnungen, die man für gerechtfertigt hält: die Einteilung in Bezirke.

16. Bauwerke, die längs der Verkehrswege und an Kreuzungen errichtet werden, sind für Wohnungen ungeeignet: Lärm, Staub, schädliche Abgase.

17. Die traditionelle Baulinie für die Häuser am Rand der Straßen sichern nur einem minimalen Teil der Wohnungen Sonnenlage.

18. Die Verteilung der Gebäude zu gemeinschaftlichem Gebrauch, die mit den Wohnvierteln zusammenhängen müßten, ist willkürlich.

19. Vor allem die Schulen liegen häufig an Verkehrsstraßen und sind zu weit entfernt von den Wohnungen.

20. Die Vorstädte sind ohne Plan errichtet und ohne normalen Zusammenhang mit der Stadt.

21. Man hat versucht, die Vorstädte der städtischen Verwaltung einzugliedern.

22. Die Vorstädte sind oft nur eine Anhäufung von Baracken, bei der die notwendigen Erschließungsarbeiten (Straßenbau, Kanalisation usw.) sich kaum rentieren.

■ 2. Forderungen

23. Die Wohnviertel müssen künftig im Stadtgebiet die besten Baustellen einnehmen, ihre Vorteile aus Topographie und Lage ziehen, über die günstigste Sonnenlage und bequem gelegene Grünflächen verfügen.

24. Die Wahl der Wohnbezirke muß nach hygienischen Gesichtspunkten erfolgen.

25. Eine vernünftige Bevölkerungsdichte, entsprechend der durch die Natur des Geländes bestimmten Siedlungsform, sollte vorgeschrieben werden.

26. Für jede Wohnung ist ein Sonnenstundenminimum zu bestimmen.

27. Die Baulinie der Häuser die Verkehrsstraßen entlang muß verboten werden.

28. Man muß auf die Hilfsmittel der modernen Technik zurückgreifen, um hohe Bauten zu errichten.

29. Hohe Bauwerke, in großer Entfernung voneinander aufgeführt, sollen den Boden zugunsten weiter Grünflächen freigeben.

II. Freizeit

■ 1. Untersuchungen

30. Die freien Flächen sind im allgemeinen unzureichend.

31. Sofern freie Flächen in ausreichendem Umfang vorhanden sind, liegen sie oft ungünstig und sind dadurch wenig brauchbar für die Masse der Einwohner.

32. Die Außenlage der freien Flächen macht diese ungeeignet für die Verbesserung der Wohnbedingungen in den überfüllten Stadtbezirken.

33. Die wenigen Sportanlagen waren im allgemeinen, um in nächster Nähe der Benutzer zu sein, provisorisch auf Terrains untergebracht, die dazu bestimmt waren, zukünftigen Wohn- oder Industrievierteln als Bauland zu dienen (Unsicherheit und ständige Umwälzungen).

34. Die Terrains, die der wöchentlichen Freizeit zugedacht sein könnten, haben oft eine schlechte Verbindung zur Stadt.

■ 2. Forderungen

35. Jedes Wohnviertel muß künftig über eine Grünfläche für vernünftige Spiel- und Sportanlagen für Kinder, Jugendliche, Erwachsene verfügen.

36. Die ungesunden Häuserblocks müssen abgerissen und durch Grünflächen ersetzt werden: die angrenzenden Viertel werden dadurch gesunden.

37. Die neuen Grünflächen müssen klar definierten Zwecken dienen: sie sollten die Kindergärten erhalten, die Schulen, die Zentren für die Jugend oder alle Gebäude zum Gemeinschaftsgebrauch, die eng mit der Wohnung verbunden sind.

38. Die wöchentliche Freizeit muß sich an liebevoll eingerichteten Orten abspielen: in Parks, in Wäldern, Sportanlagen, Stadien, Strandbädern etc.

39. Parks, Sportgelände, Stadien, Strandbäder etc.

40. Man muß mit den Gegebenheiten rechnen: Flüssen, Wäldern, Hügeln, Bergen, Tälern, Seen, Meer etc.

III. Arbeit

■ 1. Untersuchungen

41. Die Arbeitsplätze sind nicht mehr rationell untergebracht innerhalb des städtischen Komplexes: Industrie, Handwerk, Geschäfte, Verwaltung, Handel.

42. Die Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist nicht mehr normal: sie zwingt zur Bewältigung übermäßig weiter Wege.

43. Die Stoßzeiten des Verkehrs offenbaren einen kritischen Zustand.

44. Aus dem Fehlen jeglichen Programms folgen: unkontrollierte Entwicklung der Städte, Mangel an Vorsorge, Bodenspekulation etc. Die Errichtung von Industriebetrieben ist dem Zufall überlassen und keinem Gesetz unterworfen.

45. In den Städten haben sich die Büros zu Geschäftsvierteln konzentriert. Diese Geschäftsviertel, die in den bevorzugten Stadtteilen mit dem vollständigsten Verkehrsnetz liegen, werden schnell die Beute der Spekulation. Da die Geschäftsviertel Privatbesitz sind, fehlt es an der nötigen Organisation und ihrer natürlichen Entwicklung.

■ 2. Forderungen

46. Die Entfernungen zwischen Arbeitsplatz und Wohnort müssen auf ein Minimum reduziert werden.

47. Die Industriesektoren müssen unabhängig von den Wohnsektoren und durch eine Grünzone von diesen getrennt sein.

48. Die Industriebezirke müssen an Eisenbahn, Kanal und Landstraße liegen.

49. Das Handwerk, eng mit dem Leben der Stadt verbunden, aus dem es unmittelbar hervorgegangen ist, muß klar bestimmte Orte im Innern der Stadt einnehmen können.

50. Den Geschäftsvierteln, die der privaten oder öffentlichen Verwaltung vorbehalten sind, müssen gute Verbindungsmöglichkeiten mit den Wohnvierteln gewährleistet sein, ebenso mit den Industrie- oder Handwerksvierteln, ob sie nun in der Stadt oder in der Nähe liegen.

IV. Verkehr

■ 1. Untersuchungen

51. Das bestehende Straßennetz der Städte ist eine Summe von Verzweigungen, die sich rings um die großen Verbindungswege entwickelt haben. Letztere reichen in Europa weit in die Vergangenheit zurück, bis in vormittelalterliche Zeiten, bisweilen sogar bis ins Altertum.

52. Die großen Verbindungswege waren für Fußgänger oder Fuhrwerke gedacht, sie entsprechen nicht mehr den modernen Verkehrsmitteln.

53. Das Fassungsvermögen der Straßen ist nicht mehr angemessen und widersetzt sich der Ausnutzung der neuen Geschwindigkeit und dem geordneten Aufschwung der Stadt.

54. Die Abstände zwischen den Straßenkreuzungen sind zu gering.

55. Die Breite der Straßen genügt nicht. Der Versuch, sie zu verbreitern, ist oft ein beschwerliches und überdies wirkungsloses Unterfangen.

56. Angesichts der mechanischen Geschwindigkeiten erweist sich das Straßennetz als unrationell, da es ihm an Genauigkeit, an Wendigkeit, an Mannigfaltigkeit und an Einheitlichkeit fehlt.

57. Straßen, die der Prachtentfaltung dienen und repräsentative Zwecke verfolgen, konnten und können schwere Hindernisse für den Verkehr bedeuten.

58. In zahlreichen Fällen ist das Netz der Eisenbahnlinien infolge der Ausdehnung der Stadt ein schweres Hindernis für den Städtebau geworden. Es schließt Wohnviertel ab und beraubt sie des notwendigen Kontaktes mit den lebenswichtigen Elementen der Stadt.

■ 2. Forderungen

59. Auf Grund rigoroser Statistiken über den gesamten Verkehr in der Stadt und ihrem Gebiet müssen brauchbare Analysen durchgeführt werden, eine Arbeit, die die Verkehrsströmungen und den Umfang ihrer Leistungen enthüllen wird.

60. Die Verkehrsstraßen müssen ihrem Charakter gemäß klassifiziert und entsprechend den Fahrzeugen und ihrer Geschwindigkeit gebaut werden.

61. Die stark belasteten Kreuzungen sollten durch Unterführungen für den zügigen Verkehr eingerichtet werden.

62. Der Fußgänger muß andere Straßen als das Auto benutzen können.

63. Je nach ihrer Bestimmung müssen folgende Straßen unterschieden werden: Wohnstraßen, Straßen für Spaziergänger, Durchfahrtsstraßen, Hauptstraßen.

64. Die Fernverkehrsstraßen sollen grundsätzlich durch Grünzonen isoliert werden.

V. Historisches Erbgut der Städte

65. Architektonische Werke müssen erhalten bleiben (einzelne Gebäude oder ein Stadtganzes).

66. Sie werden erhalten bleiben, wenn sie der Ausdruck einer früheren Kultur sind und wenn sie einem allgemeinen Interesse entsprechen.

67. ... wenn ihre Erhaltung nicht nur auf Kosten der dadurch weiterhin in ungesunden Bedingungen lebenden Bevölkerung möglich ist ...

68. ... wenn es möglich ist, den Nachteilen ihres Vorhandenseins durch radikale Maßnahmen abzuhelfen, z. B. durch die Umleitung lebenswichtigen Verkehrs oder sogar durch das Verlegen von Zentren, die man bis dahin für unbeweglich gehalten hat.

69. Die Beseitigung der Elendsquartiere rings um die historischen Denkmäler wird es ermöglichen, Grünflächen zu schaffen.

70. Es hat verheerende Folgen, neue Bauten in alten Vierteln unter dem Vorwand der Ästhetik in Stilarten der Vergangenheit aufzuführen. Das Festhalten an solchen Gepflogenheiten oder ihre Neueinführung sollte in keiner Form geduldet werden.

Dritter Teil: Schlußfolgerungen — Lehrsätze

71. Die Mehrzahl der analysierten Städte bietet heutzutage das Bild des Chaos. Diese Städte entsprechen in gar keiner Weise ihrer Bestimmung, die vordringlichen biologischen und psychologischen Bedürfnisse ihrer Einwohner zu befriedigen.

72. Diese Situation enthüllt die unaufhörliche Vermehrung der privaten Interessen seit dem Beginn des Maschinenzeitalters.

73. Die Rücksichtslosigkeit der privaten Interessen ruft eine verheerende Zerstörung des Gleichgewichts hervor zwischen den ökonomischen Kräften, die ständig wachsen, einerseits und der administrativen Kontrolle und der sozialen Solidarität, die immer schwächer und machtloser werden, andererseits.

74. Obgleich sich die Städte im Zustand der permanenten Umwandlung befinden, vollzieht sich ihre Entwicklung ohne Präzision und Kontrolle und ohne daß den Grundsätzen des zeitgenössischen Städtebaus, die in qualifizierten technischen Kreise ausgearbeitet worden sind, Rechnung getragen würde.

75. Die Stadt muß auf geistiger und materieller Ebene die individuelle Freiheit und den Nutzen kollektiven Handelns sicherstellen.

76. Alle Größenbestimmungen im Plan der Stadt müssen den Menschen zum Maßstab haben.

77. Die Schlüssel zum Städtebau liegen in folgenden vier Funktionen: wohnen, arbeiten, sich erholen (in der Freizeit), sich bewegen.

78. Die Planungen werden die Struktur jedes den vier Schlüsselfunktionen zugewiesenen Viertels bestimmen, und sie werden deren entsprechende Lokalisierung innerhalb des Ganzen fixieren.

79. Der Zyklus der täglichen Funktionen: wohnen, arbeiten, sich erholen wird durch den Städtebau unter Berücksichtigung größter Zeiteinsparung geregelt, indem die Wohnung als das eigentliche Zentrum der städtebaulichen Bestrebungen und als der Angelpunkt aller Maßnahmen betrachtet wird.

80. Die neuen mechanischen Geschwindigkeiten haben das städtische Milieu in Unordnung gestürzt, indem sie eine ständige Gefährdung mit sich bringen, Verkehrsengpässe und -lähmungen hervorrufen und die Hygiene bedrohen.

81. Das Prinzip des Verkehrs in Stadt und Vorstadt muß revidiert werden. Eine Einteilung der möglichen Geschwindigkeiten muß vorgenommen werden. Die Reform der Bezirkseinteilung wird — indem sie die Schlüsselfunktionen der Stadt untereinander in Einklang bringt — natürliche Verbindungen zwischen diesen herstellen, zu deren Festigung ein rationelles Netz großer Verkehrsadern vorgesehen sein wird.

82. Der Städtebau ist eine dreidimensionale Wissenschaft und keine zweidimensionale. Indem man das Element der Höhe einführt, wird eine Lösung gefunden für den modernen Verkehr und gleichzeitig für die Freizeitgestaltung, da die so gewonnenen Flächen dafür ausgenutzt werden können.

83. Die Stadt muß im größeren Rahmen ihres Einflußbereiches untersucht werden. Eine Gebietsplanung hat die einfache Gemeindeplanung zu ersetzen. Die Grenze einer Ansiedlung wird dem Radius ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit entsprechen.

84. Die Stadt, künftig als funktionelle Einheit definiert, muß dann harmonisch in jedem ihrer Teile wachsen, da sie über Räume und Verbindung verfügt, in denen sich die Entwicklungsetappen im Gleichgewicht vollziehen können.

85. Es ist von dringlicher Notwendigkeit, daß jede Stadt ihr Programm aufstellt und die Gesetze erläßt, die seine Verwirklichung gestatten.

86. Das Programm muß auf Grund genauer, von Fachleuten durchgeführte Analysen aufgestellt werden. Es hat die Etappen in Zeit und Raum vorauszusehen. Es muß die natürlichen Hilfsmittel der Lage zu einem fruchtbaren Einklang vereinigen: die Topographie des Ganzen, die wirtschaftlichen Gegebenheiten, die soziologischen Notwendigkeiten, die geistigen Werte.

87. Für den Architekten, der mit städtebaulichen Aufgaben beschäftigt ist, hat der Mensch das Maß zu sein.

88. Kernfrage und Ausgangspunkt des Städtebaus ist eine Wohnzelle (eine Unterkunft) und ihre Einfügung in eine Gruppe, die eine Wohneinheit zweckentsprechender Größe bildet.

89. Erst mit diesen Wohneinheiten werden im Raum der Stadt Beziehungen hergestellt zwischen Wohnung, Arbeitsstätten und den der Freizeit zugedachten Einrichtungen.

90. Um diese große Aufgabe zu lösen, ist es unerläßlich, die Hilfsmittel der modernen Technik zu nutzen. Diese wird die Baukunst durch das Zusammenwirken ihrer Fachleute mit allen Sicherheiten der Wissenschaft unterstützen und sie bereichern um die Erfindungen und Hilfsmittel der Epoche.

91. Der Gang der Ereignisse wird von Grund auf beeinflußt werden durch politische, soziale und ökonomische Faktoren ...

92. Und hier wird die Architektur nicht als letzte Kraft intervenieren.

93. Die Skala der Arbeiten, die dringlich zur Einrichtung der Städte in Angriff zu nehmen sind, und andererseits der grenzenlos zerstückelte Zustand des Grundbesitzes sind zwei einander feindliche Realitäten.

94. Der hier festgestellte gefährliche Widerspruch wirft eine der gefährlichsten Fragen der Epoche auf: die Dringlichkeit, mit legalen Mitteln die Verteilung allen nutzbaren Bodens zu regeln, um die lebenswichtigen Bedürfnisse des Individuums in voller Harmonie mit den Kollektivbedürfnissen zu befriedigen.

95. Das Privatinteresse wird in Zukunft dem Interesse der Gemeinschaft unterstellt sein.



Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Herbert Ehbrecht, Berlin,
1. März 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Kurt Köppen, Berlin,
2. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Wolfgang Radke, Berlin,
3. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Horst Berghäuser, Berlin,
4. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Karl Henry, Potsdam,
4. März 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Max Kowohl, Berlin,
5. März 1904, zum 75. Geburtstag

Architekt Werner Bornemann, Plauen,
6. März 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Walter Boeisen, Berlin,
7. März 1919, zum 60. Geburtstag

Diplomarchitekt Lieselotte Filbrandt, Dresden,
8. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Werner Gabrysiak, Brandenburg,
8. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Hölzel, Dresden,
8. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr. sc. techn. Eberhard Just, Dresden,
8. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Werner Oppe, Dresden,
8. März 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Wilhelm Heyer, Blankenfelde,
11. März 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Walter Baresel, Rostock,
12. März 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Rolf Elfert, Hildburghausen,
12. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hermann Poetzsch, Potsdam,
12. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Günter Meißgeier, Gera,
13. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr. phil. Annelies Weidner, Eichwalde,
16. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Max Werner, Karl-Marx-Stadt,
16. März 1899, zum 80. Geburtstag

Architekt Harald Rüssel, Halberstadt,
17. März 1904, zum 75. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Peter Wolf, Schwerin,
17. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Johannes Haueisen, Zwickau,
19. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Gewi. Alfred Hoffmann, Berlin,
19. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Max Jahn, Leipzig,
19. März 1889, zum 90. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Otto Gaudig, Meuschau,
21. März 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Hubert Matthes, Berlin
22. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Günter Thiele, Dresden,
23. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Irmgard Neuschild, Wernigerode,
24. März 1914, zum 65. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Horst Stelzer, Berlin,
27. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Walter Brandt, Sangerhausen,
28. März 1904, zum 75. Geburtstag

Architekt Heinz Maske, Eberswalde-Finow,
28. März 1919, zum 60. Geburtstag

Architekt Dipl.-Ing. Lothar Meiner, Großbothen,
28. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Diplomgärtner Günther Voges, Berlin,
28. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Gartenbauingenieur Horst Walter, Leipzig,
29. März 1929, zum 50. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Horst Wieland, Berlin,
29. März 1929, zum 50. Geburtstag

Diplomarchitekt Rudi Nitschke, Berlin,
30. März 1909, zum 70. Geburtstag

Architekt Bernhard Einert, Dresden,
31. März 1929, zum 50. Geburtstag

Seminar „Gestaltung von Gaststätten"

Am 16. und 17. 11. 1978 fand in Neubrandenburg das 10. Seminar „Architektur und Bildende Kunst" statt, zu dem der BdA/DDR und der VBK-DDR eingeladen hatten. Das Seminar zum Generalthema „Gestaltung von Gaststätten" wurde gemeinsam von der ZAG Architektur und Bildende Kunst, der ZFG Innengestaltung/Ausbau, der ZFG Rekonstruktion und der Abteilung Feriendienst des FDGB vorbereitet.

Nach der Begrüßung der Seminarteilnehmer durch den 1. Sekretär des BdA/DDR, Koll. Wachtel, und nach einleitenden Worten des Vorsitzenden der ZAG Architektur und Bildende Kunst, Dr.-Ing. Flierl, referierten namhafte Vertreter aus Lehre und Praxis zu wesentlichen Aspekten der Gestaltung von Gaststätten. Unter anderem sprachen am ersten Tag:

Dipl.-Arch. Kuntzsch zum Thema „Gaststätten und Gaststätter"
Dipl.-Ing. Wipprecht zum Thema „Historische Gaststätten und Gaststätten in historischen Gebäuden"
Dipl.-Ing. Bock zum Thema „Gestaltung des öffentlichen Gaststättennetzes"
Architekt NPT Graffunder zum Thema „Gaststätten im Palast der Republik"
Dr.-Ing. Andrä zum Thema „Gastronomie im Boulevard-Bereich"
Dipl.-Ing. Wolff zum Thema „Wohngebietsgaststätten"
Dipl.-Ing. Zimmermann zum Thema „Innenraumgestaltung von Mensabauten".

Die Problematik und Vielschichtigkeit der gewählten Themen wurden jeweils durch Dia-Beispiele verdeutlicht. In der Diskussion nahmen Vertreter des VBK-DDR und des BdA/DDR zu den vorgetragenen Themen Stellung und stellten auch eigene Arbeiten vor.

Am zweiten Tag wurde das Seminar im FDGB-Ferienkomplex in Klink fortgesetzt. Nach einem Einführungsvortrag von Dipl.-Ing. Lüdke wurde das Objekt besichtigt.

Im Anschluß daran referierten Bauingenieur Koth zum Thema „Gaststätten in Ferienheimen des FDGB" und M. Fandt, VBK-DDR, über „Gaststätten in Betriebsferienheimen".

Zum Abschluß des Seminars stellte Dr.-Ing. Flierl, Leiter der ZAG Architektur und Bildende Kunst, fest, daß ein Seminar gerade zu dieser Thematik eine Vielzahl interessanter Anregungen gebracht habe und daß die aufgeworfenen Probleme nur in enger Zusammenarbeit zwischen bildenden Künstlern, Architekten, FDGB und anderen Beteiligten zu lösen sind. gen.

Bücher

Aus dem Buchangebot des VEB Verlag für Bauwesen empfehlen wir:

Dietze
Heizlastberechnung
2., durchgesehene Auflage 1979, 16,40 M

Henze
Berechnungen der Technischen Gebäudeausrüstung
4. Auflage 1979, etwa 12,10 M

Rätzer
Richtlinien für den Materialbedarf im Bauwesen
13. Auflage 1979, etwa 10,80 M

Schulze/Tischer/Ettel
Der Baustoff Beton
Band 2: Nichtzementgebundene Mörtel und Betone
1. Auflage 1979, etwa 15,– M

Arnold/Kerkow
Fußbodenlegearbeiten
Lehrbuch
4., durchgesehene Auflage 1979, etwa 10,50 M

Fischer/Pfestorf
Wärmelehre-Strömungslehre
Lehrbuch
4., durchgesehene Auflage 1979, etwa 6,25 M

Henze
Fachzeichnen der Technischen Gebäudeausrüstung
Teil 1: Allgemeine Grundlagen
Lehrbuch
3., bearbeitete Auflage 1979, etwa 3,50 M

Nowe
Grundlagen der Wasserversorgung
Lehrbuch
2., bearbeitete Auflage 1979, etwa 4,50 M

Wagenbreth
Naturwissenschaftliches Grundwissen für Ingenieure des Bauwesens
Band 3: Technische Gesteinskunde
3. Auflage 1979, etwa 22,– M

Werner und Kollektiv
Taschenbuch Verkehrs- und Tiefbau
Band 2: Stadttechnische Versorgungsnetze
1. Auflage 1979, etwa 25,– M

Hampe
Flüssigkeitsbehälter
Reihe Spezialbauwerke
Band 1: Grundlagen
1. Auflage 1978, etwa 62,– M, Export etwa 90,– M

Hampe
Spannbeton – Hochschullehrbuch
1. Auflage 1978, etwa 28,60 M

Kurzfassung	Содержание

DK 643.2.004.68

Becker, G.

Grundrißgestaltung von Altbauwohnungen bei der komplexen Umgestaltung innerstädtischer Gebiete

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 73–75, 12 Grundrisse

Ausgehend von der prinzipiell wachsenden Bedeutung der Rekonstruktion innerstädtischer Gebiete untersucht die Autorin Möglichkeiten, mit vorhandenen Mitteln die Wohnqualität solcher Bereiche entscheidend zu erhöhen. Dabei wurden auch die Vorteile alter Wohngebäude wie Großräumigkeit und ruhige Lage der Wohnungen in sogenannten Hofgebäuden berücksichtigt. An Hand von Varianten für die Umgestaltung unterschiedlich großer Wohneinheiten werden funktionelle und konstruktive Möglichkeiten für Ein- und Mehrraumwohnungen unterbreitet und zur Diskussion gestellt.

73

УДК 643.2.004.68

Becker, G.

Очертание в плане квартир старой застройки в ходе комплексного преобразования внутригородских территорий

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 73—75, 12 планов

Исходя из принципиально возрастающего значения реконструкции внутригородских районов женщина-автор исследует возможности, позволяющие решительное повышение качества жилья в таких районах. При этом учтены также преимущества старых жилых зданий как, напр., наличие больших помещений и спокойное расположение квартир в так называемых дворовых зданий. На основе вариантов преобразования жилых единиц различной величины показаны функциональные и конструктивные возможности одно и двухкомнатных квартир, которые представляются на обсуждение.

DK 711.58 (–201) (439)

Denesi, Ö.

Wohnungsbau im Rekonstruktionsgebiet Szigeti in Pécs

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 76–83, 4 Pläne, 2 Grundrisse, 13 Abb.

Szigeti ist ein neues Wohngebiet im Westen der ungarischen Stadt Pécs. Es entstand auf einem Rekonstruktionsgebiet als Ersatz für alte, mangelhafte Bausubstanz und wurde vorwiegend mit vier- und elfgeschossigen Wohnbauten neu bebaut. Das Gebiet Szigeti ist ein interessantes Beispiel dafür, wie mit typisierten Wohnbauten der Plattenbauweise und modernen Gesellschaftsbauten innerstädtische Bereiche neugestaltet werden können, die städtisch und zugleich wohnlich wirken.

76

УДК 711.58 (—201) (439)

Denesi, Ö.

Жилищное строительство на территории реконструкции Шигети в г. Печ

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 76—83, 4 плана, 2 гориз. разреза, 13 иллюстраций

Шигети является новым жилым районом на западе венгерского города Печ. Он возник на территории реконструкции как замена старых, неудовлетворительных фондов застройки. Новая застройка является интересным примером нового оформления внутригородских жилых районов с помощью типизированных жилых зданий панельного строительства и современных общественных сооружений, вызывающих одновременно городское и уютное внечатление. Новая застройка состоит преимущественно из 4- и 11-этажных зданий.

DK 711.523 656.14

Hajny, P.

Zur Umgestaltung des Schweriner Stadtzentrums

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 84–89, 11 Abb., 2 Lagepläne

Mit der Entwicklung von Schwerin zu einem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zentrum und der damit verbundenen Realisierung des Wohnungsbauprogramms wird auch der Bereich des Stadtzentrums schrittweise umgestaltet. Ein wichtiger Bestandteil dieser städtebaulichen Umgestaltungsmaßnahmen ist die Gestaltung von Fußgängerbereichen. Mit geringen baulichen Maßnahmen wird die historisch gewachsene Struktur des Zentrums erhalten und das typische Gepräge dieses Bereichs aufgewertet. Besonders ausführlich wird die Umgestaltung der Hermann-Matern-Straße (Straßenoberfläche, Farbgebung, Straßen-„möblierung", Werbung) als Haupteinkaufsstraße und eine der wichtigsten Fußgängerachsen beschrieben.

84

УДК 711.523 656.14

Hajny, P.

О преобразовании центра города Шверина

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 84—89, 11 иллюстраций, 2 плана расположения

Развитие Шверина в общественный и экономический центр и связанная с этим реализация программы жилищного строительства сопровождаются постепенным преобразованием центра города. Важная часть этих мероприятий — создание пешеходных зон. Ряд простых строительных мер обеспечивает сохранение исторически сложившейся структуры центра и типичный характер этой области получает новое качество. Дается особенно подробное описание преобразования улицы Херманн-Матерн-штрассе (поверхность, колорит, «снаряжение», реклама) как главной улицы торговли и одного из важнейших путей пешеходов.

DK 725.9.004.68 725.91

Walter, J.

Zur Rekonstruktion des Friedländer Tores in Neubrandenburg

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 90–95, 15 Abb., 1 Schnitt, 3 Grundrisse

Das Friedländer Tor ist die älteste der vier Toranlagen im System der mittelalterlichen Wehrbauten der Stadt Neubrandenburg. Der Rat des Bezirkes beschloß 1971 die vollständige Rekonstruktion der Gesamtanlage. Im Vordergrund stand dabei die Verbindung der denkmalpflegerischen Aufgabe mit den durch die neue gesellschaftliche Nutzung gegebenen Anforderungen. Dabei wurden Haupttor, Torschreiberhaus und Vortor für die Nutzung durch das „Zentrum Bildende Kunst" umgestaltet. Das ehemalige Steuereinnehmerhäuschen wurde zum Café ausgebaut. Die Rekonstruktion wurde von 1973 bis 1976 durchgeführt. Der Ausbau der Anlage erfolgte auf der Grundlage eines Projektes, das alle Aspekte denkmalpflegerischer Forderungen berücksichtigte.

90

УДК 725.9.004.68 725.91

Walter, J.

О реконструкции фридляндских ворот в г. Нойбранденбурге

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 90—95, 15 иллюстраций, 1 разрез, 3 плана

Фридляндские ворота являются старейшими из четырех воротных сооружений в системе средневековых оборонных устройств Нойбранденбурга. В 1971 г. совет города принял решение о полной реконструкции общего сооружения. При этом на переднем плане стояло создание связи между задачей ухода за памятниками и требованиями нового общественного пользования. Главные ворота, дом воротного писаря и передние ворота были преобразованы для использования как «Центр изобразительного искусства». Бывший домик сборщика налогов был достроен в кафе. Общая реконструкция была проведена с 1973-го до 1976-го гг. Основой строительных работ служил проект, который учел все аспекты требований ухода за памятниками.

DK 725.71

Stallknecht, W.; Leis, M.; Hübler, M.

Gaststätte „Am Steintor" in Bernau

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 96–100, 8 Abb., 2 Grundrisse, 2 Lagepläne

Eine ehemalige Gaststätte an der historischen Stadtmauer von Bernau mußte aus funktionellen und gestalterischen Gesichtspunkten abgerissen werden. Als ein Teil der Umgestaltungskonzeption für die Altstadt sind eine Reihe von Sonderbauten vorgesehen, die in unmittelbarer Nachbarschaft von historischen, unter Denkmalschutz stehenden Bauten in traditioneller Bauweise ausgeführt werden sollen. Der Neubau dieser Gaststätte stellt das erste Bauwerk dieser Art dar und bildet gegenwärtig einen kulturellen und gastronomischen Mittelpunkt des Stadtkerns. Funktion, Konstruktion und Gestaltung des Gebäudes werden ausführlich erläutert.

96

УДК 725.71

Stallknecht, W.; Leis, M.; Hübler, M.

Ресторан «Ам Штейнтор» в г. Бернау

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 96—100, 8 иллюстраций, 2 плана, 2 плана расположения

Бывший ресторан у исторической городской стены города Бернау должен был сношен по причинам функциональности и оформления. Как часть концепции преобразования старого города предусмотрено возвести ряд специальных сооружений, которые должны быть выполнены в традиционном строительстве в непосредственной близости исторических сооружений под уходом за памятниками. Новостройка указанного ресторана представляет собой первый дом этого рода. В настоящее время он является культурным и гастрономическим центром ядра города. Функция, конструкция и оформление здания подробно объяснены.

DK 725/727

Geisler, W.

Neugestaltung des „Karl-Marx-Hauses" in Delitzsch

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, S. 101–103, 5 Abb., 2 Grundrisse

In der Kreisstadt Delitzsch wurde nach mehrmaligen Umbauten ein ehemaliges Vereinsgebäude in der letzten Zeit erweitert und neugestaltet. Dem für viele gesellschaftliche, kulturelle und politische Veranstaltungen konzipierten Mehrzwecksaal sind ein Foyer (mit Nebenanlagen), zwei Gaststätten und eine Tanzbar zugeordnet worden. Außerdem errichtete man einen funktionstüchtigen Küchen-, Wirtschafts- und Sozialtrakt.

101

УДК 725/727

Geisler, W.

Новое оформление дома им. Карла Маркса в г. Делич

Architektur der DDR, Берлин 28 (1979) 2, стр. 101—103, 5 иллюстраций, 2 плана

После неоднократной перестройки бывшее здание объединения в районном центре Делич был расширен и оформлен вновь. Дом теперь включает универсальный зал для многих общественных, культурных и политических мероприятий, фойе (с побочными устройствами), два ресторана и один бар-танцев. Также возведен функциональный кухонный, гастрономический и социальный тракт.

Summary

DK 643.2.004.68

Becker, G.

Floor Plan Design of Old-Age Dwellings in Complex Renewal of Urban Areas — 78

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 2, pp. 73–75, 12 floor plans

Reference is made to the fundamentally growing importance that has to be attributed to the renewal of urban centres and to the need for utilising all existing means for a decisive improvement in dwelling quality of such areas. In that context, consideration is given also to certain inherent advantages of old-age houses, such a larger space and quiet situation of dwellings in socalled courtyard buildings. Variants are suggested for the renewal of dwelling units of different size, and functional as well as structural possibilities are discussed for the design of one-room and two-room dwellings.

DK 711.58 (–201) (439)

Denesi, Ö.

Housing Construction in Szigeti Renewal Area of Pécs — 76

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 2, pp. 76–83,
4 plans, 2 floor plans, 13 illustrations

Szigeti is a new housing area in the western part of the Hungarian town Pécs. Built in a renewal area to substitute for dilapidated building stock, it includes primarily four-storey and eleven-storey apartment houses. Szigeti is an illustrative example of the effective use of system construction on panel assembly basis and its suitability for blocks of flats and public buildings in the renewal of urban centres which are both urban and livable.

DK 711.523 656.14

Hajny, P.

Renewal of Centre of Schwerin — 84

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 2, pp. 84–89,
11 illustrations, 2 layouts

The development of Schwerin into a centre of social life and economic activity is accompanied by an advancing housing construction programme with step-wise renewal of the urban centre. The buildup of pedestrian areas is a substantive component in the urban renewal scheme. The traditional structure of the centre has grown in history and is preserved at minimum cost, while the typical setup of the area is upgraded. An account in greater detail is given of renewal projects in Hermann-Matern-Strasse (road surface, coloration, outdoor "furniture", advertisement) which is the major shopping street and one of the most important pedestrian precincts.

DK 725.9.004.68 725.91

Walter, J.

Renewal of Friedländer Tor in Neubrandenburg — 90

Architektur der DDR, Berlin (1979) No. 2, pp. 90–95,
15 illustrations, 1 section, 3 floor plans

Friedländer Tor (Gate of Friedland) is the earliest of four gate structures in a system of medieval fortifications of the town of Neubrandenburg. Complete restoration of the system was decided by the regional council in 1971. Emphasis has been laid on good combination of aspects relating to architectural conservation with requirements resulting from new functions. The main gate structure, the toll booth, and the foregate were redesigned for use by the Local Centre of Crèative Art. The former tax-collector shack was made into a cafeteria. The renewal operations took from 1973 to 1976. The system was restored on the basis of a blueprint in which due consideration was given to all aspects and demands of architectural conservation.

DK 725.71

Stallknecht, W.; Leis, M.; Hübler, M.

„Am Steintor" Dining House in Bernau — 96

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 2, pp. 96–100,
8 illustrations, 2 floor plans, 2 layouts

A traditional dining house, originally located at the historic town wall of Bernau had to be demolished for functional and architectural reasons. The completion of several special structures has been envisaged in a renewal concept for the old town. They will be built by traditional methods and situated in close vicinity of historic buildings which are under architectural conservation statutes. The above dining house will be the first building in that series. It is a cultural and gastronomic centre of the downtown area. Function, structure, and design of the building are described in great detail.

DK 725/727

Geisler, W.

Renewal of "Karl-Marx-Haus" in Delitzsch — 101

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) No. 2, pp. 101–103,
5 illustrations, 2 floor plans

A former club house in Delitzsch was recently expanded and redesigned, following several alterations before. The building holds a multi-purpose hall for a diversity of social, cultural, and political events. Attached to the auditorium are a hallway with auxiliary facilities, two restaurants, and a dancing club. Kitchen as well as other services and social amenities are included, as well.

Résumé

DK 643.2.004.68

Becker, G.

Disposition en place de constructions anciennes lors de la restructuration complexe de vieux quartiers — 78

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 1, pages 73–75, 12 sections horizontales

Partant de l'importance généralement croissante de la reconstruction de vieux quartiers, l'auteur analyse les possibilités données en vue d'une augmentation décisive de la qualité des conditions d'habitat de ces régions. On y a pris en considération également les avantages qu'offrent ces constructions anciennes, à savoir grands espaces, situation tranquille des logements dans lesdits bâtiments donnant sur les cours. A l'exemple de variantes élaborées pour la restructuration d'unités d'habitat de grandeur différente, sont exposés les possibilités fonctionnelles et constructives pour logements à pièce unique et à deux pièces.

DK 711.58 (–201) (439)

Denesi, Ö.

Construction de logements dans la région de reconstruction Szigeti à Pécs — 76

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, pages 76–83,
4 plans, 2 sections horizontales, 13 illustrations

Szigeti est une nouvelle zone résidentielle implantée à l'ouest de la ville hongroise Pécs. Les immeubles d'habitation – de préférence à quatre et à onze étages – s'élèvent dans une région de reconstruction, remplaçant une substance de construction vieillie ne répondant plus aux exigences d'aujourd'hui. Szigeti est un intéressant exemple illustrant qu'il est possible de reconstruire moyennant des immeubles d'habitation typisés (construction par panneaux préfabriqués) de vieux quartiers en leur conférant un caractère urbain agréable à habiter.

DK 711.523 656.14

Hajny, P.

Restructuration du centre-ville de Schwerin — 84

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, pages 84–89,
11 illustrations, 2 tracés

De concert avec le développement de Schwerin en un centre d'activités sociales et économiques et avec la réalisation du programme de construction de logements adopté pour la ville, une attention particulière est accordée également à la restructuration progressive du centre-ville. L'une des tâches essentielles posées dans ce contexte: l'aménagement de zones réservées aux piétons. Il ne faut que peu de mesures constructives pour conserver la structure historique du centre-ville et pour souligner le caractère typique de cette zone. L'article présent porte notamment sur la restructuration de la rue Hermann Matern (revêtement, coloration, "ameublement" de la rue, publicité), en tant que centre d'achat et l'une des plus importantes voies pour piétons.

DK 725.9.004.68 725.91

Walter, J.

Reconstruction de la Porte de Friedland à Neubrandenburg — 90

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, pages 90–95,
15 illustrations, 1 coupe, 3 sections horizontales

La Porte de Friedland est la plus ancienne des quatre portes réunies au système des fortifications datant du Moyen-Age de la ville de Neubrandenburg. En 1971, le Conseil de district prit la décision de reconstruire entièrement le complexe intégral. Il a fallu tenir compte, d'une part, de la tâche de conserver la substance historique et, d'autre part, des exigences posées par l'exploitation collective. Les bâtiments Haupttor, Torschreiberhaus et Vortor abritent aujourd'hui le Centre des arts plastiques. L'ancien Steuereinnehmer-Häuschen a été transformé en café. Les mesures de reconstruction ont été effectuées de 1973 à 1976. L'achèvement du complexe s'est fait sur la base d'une projet ayant tenu pleinement compte de tous les exigences posées par les constructions placées sous protection.

DK 725.71

Stallknecht, W.; Leis, M.; Hübler, M.

Restaurant "Am Steintor" à Bernau — 96

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, pages 96–100,
8 illustrations, 2 sections horizontales, 2 tracés

Un ancien restaurant situé à l'enceinte historique de Bernau avait dû être démoli pour des raisons fonctionnelles et architecturales. Comme éléments de la conception de reconstruction adoptée pour la vieille ville de Bernau, on a prévu toute une série de constructions spéciales qui, à réaliser selon des méthodes de construction traditionnelles, voisineront avec des bâtiments historiques placés sous protection. La construction nouvelle de ce restaurant est le premier édifice de ce genre qui sert actuellement de centre culturel et gastronomique de cette zone. La fonction, la construction et l'aménagement du bâtiment sont exposés plus en détail.

DK 725/727

Geisler, W.

Restructuration de la "Karl-Marx-Haus" à Delitzsch — 101

Architektur der DDR, Berlin 28 (1979) 2, pages 101–103,
5 illustrations, 2 sections horizontales

A Delitzsch, ville d'arrondissement, on vient d'élargir et de reconstruire ces derniers temps un ancien bâtiment d'un club. A la salle à usages multiples – ici seront organisées des manifestations sociales, culturelles et politiques – sont adjoints un foyer (avec installations secondaires), deux restaurants et un dancing-bar. En font également partie un ensemble cuisine, des équipements d'approvisionnement et des locaux sociaux.

Index 31 409